

Burschen: Wenn es dann ums Verdienen geht, wenn es darum geht, Spitzenpositionen zu bekleiden, haben Männer einen eindeutigen gesellschaftlichen Vorteil: Die Kollegin Beutl, aber auch die Kollegin Bachmaier-Geltewa, haben es schon in Zahlen gegossen, was die Karriere von Frauen betrifft. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele Frauen nach wie vor unbefriedigend gelöst. Einem Bericht des Arbeitsmarktservice ist zu entnehmen, daß 30 Prozent der Frauen deshalb als schwer vermittelbar gelten, weil sie Betreuungspflichten zu erledigen haben, das heißt, weil sie daheim für ihre Kinder sorgen müssen, und daher haben sie konkrete Nachteile in der Arbeitswelt. Man braucht sich nicht wundern, daß sich immer mehr Frauen überlegen, überhaupt Kinder in die Welt zu setzen. Wenn wir uns die Geburtenrate anschauen, so müssen wir erkennen, daß es 1960 noch drei Geburten je Frau in der Steiermark gab, heute sind wir bei 1,37 angelangt. Das heißt, Frauen sagen daher, wenn ich nur mehr Nachteile habe, dann verzichte ich darauf, Kinder zu haben. (Abg. Tasch: „Das ist der Egoismus!“) Ja, das ist ein Egoismus in dieser Richtung. Die steirische Bevölkerungsprognose weist drastische Zahlen vor Augen, nämlich im Jahr 2050 wird es nur mehr 964.000 Steirerinnen und Steirer geben. Das würde bedeuten, daß wir einen Bevölkerungsstand wie in den dreißiger Jahren haben. Der Generationenvertrag wird wahrscheinlich nicht mehr erfüllt werden können. Schon jetzt übernimmt der Staat die Aufgabe, gewisse Teile des Generationenvertrages abzudecken, etwa im Bundespflegegeldgesetz, das 1993 beschlossen wurde, wo man für die Pflege und Betreuung alter und behinderter Menschen etwas bekommt. Während man sehr wohl für die Pflege und Betreuung behinderter und alter Menschen etwas bekommt, ist die Pflege und Betreuung von Kindern eigenartigerweise dem Staat gar nichts mehr wert. Die Frau hat allein sämtliche Nachteile zu tragen. Ich glaube, da ist akuter Handlungsbedarf der Politik notwendig, dieses System, das Frauen diskriminiert, zu verändern. Eine Umfrage des Österreichischen Institutes für Familienforschung sagt klar aus, daß heute schon 80 Prozent der Frauen unter 40 Jahre, nämlich jene Bevölkerungsschicht, die mit den Nachteilen direkt konfrontiert ist, mit der derzeitigen Karenzgeldregelung nicht zufrieden ist. 89 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe wünscht sich eine stärkere sozialrechtliche Absicherung. Die Kollegin Zitz hat das Kinderbetreuungsgesetz und unser Verhalten in diesem Zusammenhang angesprochen. Ich sage es klipp und klar, wir stehen für den Kinderbetreuungsscheck, weil er für uns die bessere Möglichkeit ist und weil Feuer am Dach ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Die betroffenen Frauen sind mit der derzeitigen Regelung nicht zufrieden. Es wäre doch arrogant, von politischer Seite zu behaupten, es ist ohnedies alles in Ordnung. Tun wir so weiter, dort ein bißchen mehr, und dann wird es schön gehen. Wir müssen das System zugunsten der Frauen ändern. Ich bedanke mich bei Landesrat Schmid, der Verständnis für seine Abgeordneten und dem Kinderbetreuungsgesetz mit Parteienvorbehalt zugestimmt hat. Er vertritt nämlich die Meinung, daß wir im Landtag ein Team haben, in dem Frauen sind, und diese sollen sich selbst ausreden, was der beste Weg ist. Sie sollen entscheiden, so wie es eigentlich immer sein sollte, daß die Gesetze

vom Landtag beschlossen werden (Beifall bei der FPÖ.), und nicht, wie es oft so üblich ist, die Regierer sagen, wo es lang geht. Das Pilotprojekt „Kinderbetreuungsscheck“ ist die historische Chance, daß erstmals Familienarbeit entgeltlich abgegolten wird, und es ist auch die Möglichkeit der Wahlfreiheit. Das heißt, Frauen können es sich selbst richten, und Familien können es sich ausreden. Wahlfreiheit: Wie vereinbare ich Familie und Beruf. Weg mit dem Berufsverbot, so wie es jetzt existiert. Am Ende des 20. Jahrhunderts bin ich der festen Überzeugung, daß Frauen ein Recht darauf besitzen, daß die Familienarbeit finanziell abgegolten wird und wir als Gesellschaft die Pflicht haben, die Situation für berufstätige Frauen und Mütter zu verbessern. (Beifall bei der FPÖ. - 14.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (14.23 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eingangs möchte ich doch zu ein paar Dingen Stellung nehmen, die von den Vorrednerinnen auch in Richtung ÖVP gegangen sind. Zu Beginn berichte ich vom gestrigen Tag über die Arbeitsgruppe zur Frauenenquete und worum es dabei ging: Es war die Vorstellung und der Gedanke, eine Frauenenquete über die Gesamtsituation von Frauen in der Steiermark mit Wissenschaftlerinnen und mit Expertinnen am Vormittag abzuwickeln. Angesprochen werden sollen Arbeitsrecht, Bildung, Wiedereinstieg, Qualifikation, Weiterqualifikation. Am Nachmittag sollte die politische Dimension herausgehoben werden, was in der Steiermark jetzt umgesetzt werden kann. In dieser Arbeitsgruppe wurde vorgeschlagen, natürlich auch von unsern Verhandlern, daß Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder und Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic einzubinden. Dieser Vorschlag wurde in einer Abstimmung drei zu zwei abgelehnt. Ich frage mich jetzt schon, was ist demokratiepolitisch richtig? Sind es die Wahl- und Mehrheitsverhältnisse, die der Wähler festgelegt hat, oder sind es gerade zufällige Arbeitsgruppen, die Inhalte und Vorgangsweisen, auch über das Kräfteverhältnis hinaus, festlegen? Auch eine finanzielle Unterstützung dieser Frauenenquete wird für eine Umsetzung gebraucht. Wenn es den Verantwortlichen nicht einmal möglich gemacht wird, die Begrüßung vorzunehmen oder am Podium ihre Position darzulegen, dann denke ich mir, ist es schade, wenn wir diese Enquete durchführen. Sie läuft Gefahr nur Schall und Rauch zu werden. Die zweite Sache, die ich auch ansprechen möchte ist, zu der ich dann später noch komme, ist die Tatsache, daß eine Vielzahl von Frauen im Landesdienst wirklich beste Arbeit zu wenig finanziellen Vorteilen leistet, um nicht zu sagen, sie sind unterbezahlt. Die vielen Schreibkräfte, die die Arbeit für die Gruppenleiter, die Referatsleiter, für Abteilungsvorstände, für die Leitenden, vorbereiten, haben tatsächlich einen Besoldungsstand, der absolut erneuert und neu berechnet werden müßte. Ich will nicht sagen, sie sind in der Mindestlohnstufe, aber sie sind absolut nicht weit darüber hinaus. Da ist eine Anhebung, eine echte Aufwertung der

Frauenarbeit berechtigt, eine Vielzahl der Frauenarbeit im öffentlichen Dienst dieses Landes wird von dieser Bezugsgruppe geleistet, notwendig. (Beifall bei der ÖVP.)

Das waren eine paar Dinge, die ich als Vorrede noch einbringen wollte. Die Initiative, die da gesetzt wird, Frauenförderung und Frauengleichbehandlung, hat jetzt nicht nur mit dem öffentlichen Dienst etwas zu tun, sondern ich glaube, es muß ein allgemeiner Wunsch werden, einfach die Frauen in ihrer Arbeit entsprechend zu bewerten, zu qualifizieren und ihnen auch Aufstiegs- und Weiterkommensmöglichkeiten zu ermöglichen. Die Referatsleiterin von Frau, Familie und Gesellschaft hat 1990 sich das Schweizer Modell angeschaut, wo es darum geht, daß Betriebe, privat geführte, aber auch öffentlich geführte, mit besonderen frauenfreundlichen und familienfreundlichen Strukturen gefördert werden. Diese Initiative hat Frau Steibl herübergenommen in den Verein „Taten statt Worte“, der sich wirklich mit konkreter Förderung in öffentlichen und in privaten Betrieben seit 1991 befaßt. Damals gab es den ersten Wettbewerb. Mittlerweile ist diese Initiative auf die Bundesländer Wien, Oberösterreich, Kärnten und Vorarlberg übergegangen, und es sind 600 Betriebe, die sich diesem Wettbewerb stellen. Sie alle führen ihr Unternehmen frauenfreundlich und familienfreundlich. Das interessante ist, daß sich nicht nur die Betriebsführer um die Aufnahme in diesen Wettbewerb bewerben, sondern es auch oft Mitarbeiterinnen sind, die sagen, unser Betrieb ist aus unserer Sicht so frauenfreundlich, wir möchten an diesem Wettbewerb teilnehmen.

Warum geht es? Natürlich um den allgemeinen Frauenanteil, um die Führungsfunktionen, um flexible Arbeitszeiten, um Kinderbetreuungszeiten, eben um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familienarbeit. Die Idee - wie gesagt - stammt aus der Schweiz und wurde in der Steiermark, als erstes Bundesland, bereits 1991 umgesetzt. Wie läuft das Projekt? Jährlich kann eine Mitarbeiterin von SALE beschäftigt werden, dadurch entstehen dem Land Steiermark keine zusätzlichen Lohnkosten, aber auch keine personelle Folgewirkung. Die Beteiligung des Bundes ist gegeben, die Beteiligung von Sponsoren aus der Privatwirtschaft, und der Verein „Taten statt Worte“ bekommt 60.000 Schilling zur Abdeckung der Preise für die Siegerbetriebe aus der Wirtschaftsförderung. Im vergangenen Jahr, also 1998, haben in der Steiermark 69 Betriebe teilgenommen, und am kommenden Freitag wird die Prämierung beziehungsweise die Klassifizierung dieses Bewerbes wieder öffentlich stattfinden. Ich glaube, daß ist eine wirkliche Initiative, wo es in einem breiten Konsens darum geht, frauenfreundlich und auch Frauenförderung im wahrsten Sinne des Wortes zu betreiben. Zu diesem Thema möchte ich auch von unserer Seite einen Entschließungsantrag einbringen, und zwar den Entschließungsantrag der Abgeordneten Beutl und Pußwald, betreffend die Finanzierung des Gründerinnen-zentrums in Graz. Dieses Gründerinnen-zentrum ist die Bereitstellung von Infrastruktur, von Infrastruktur für die betriebliche Ausbreitung, die Bereitstellung von Kinderbetreuungs-möglichkeiten und natürlich die Bildung und Information in betriebswirtschaftlicher Hinsicht.

Der Entschließungsantrag lautet: „Derzeit läuft ein innovatives Modellprojekt für den Betrieb eines Gründerinnen-zentrums in Graz, das derzeit ein zweijähriges Modellprojekt der EU-Gemeinschaftsinitiative NOW mit einer Projektlaufzeit vom 15. Jänner 1998 bis 15. Jänner 2000 ist. Projektträger ist der Verein ‚Taten statt Worte‘, eine Initiative zur Chancverbesserung von Frauen in der Arbeitswelt, welcher bereits seit 1991 tätig ist. Ziel dieses Projektes ist es, steirischen Frauen, die sich selbständig machen und einen Firmensitz benötigen, zu helfen. In einem österreichweit ersten Wirtschaftspark für Unternehmerinnen in Graz sollen in einem Gebäude die Büro- und Geschäftsräumlichkeiten der Unternehmerinnen untergebracht werden. Diese Konzentration von Unternehmungen unter einem Dach ermöglicht die Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur ebenso wie einen Erfahrungsaustausch und die Erzielung von Synergieeffekten. Der Wirtschaftspark soll Platz für rund 15 bis 20 Unternehmungen bieten, Raumsharing und teilweise integrierte Trennwände sollen größtmögliche Flexibilität ermöglichen. Als Standort ist im Grazer Zentrum ein Objekt am Nikolaiplatz vorgesehen. Mit dem Beginn der Betriebsansiedelung soll Ende 1999 begonnen werden. Zur Finanzierung des Zentrumsaufbaues sollen in den ersten drei Jahren öffentliche Förderungen von Bund, Land und Stadt dienen. Während dieser Zeit ist das Zentrumsmanagement für die Entwicklung eines selbsttragenden Systems und eines integrierten Dienstleistungsangebotes bis zum Jahr 2002 verantwortlich. Eine Machbarkeitsstudie wurde als Grundlage bereits erstellt. Geplant ist, daß sich an der Finanzierung dieses Projektes auch der Bund, das Land Steiermark und die Stadt Graz je zu einem Drittel beteiligen sollen. Zur Ausfinanzierung dieses Projektes sind folgende Förderungsbeiträge erforderlich: 1999 1.200.000 Schilling, 2000 1.845.000 Schilling, 2001 1.755.000 Schilling.“

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Zusammenwirken mit der Stadt Graz für die Finanzierung von zwei Dritteln des Förderungsbeitrages des EU-Modell-Projektes eines Gründerinnen-zentrums Graz für die Jahre 1999 bis 2001 Sorge zu tragen und damit diesem österreichweit ersten Wirtschaftspark für Unternehmerinnen, der Platz für rund 15 bis 20 Unternehmungen bieten soll, die entsprechende Unterstützung in der Höhe von 900.000 Schilling für 1999, 1.230.000 Schilling für 2000 und 1.170.000 Schilling für 2001 zu gewähren; zweitens an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß sich der Bund ebenfalls mit einem Drittel des Förderungsbedarfes an diesem Projekt beteiligt.“ Ich bitte um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP. - 14.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (14.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, Frau Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Sicherung von Arbeitsplätzen, Erhaltung von Arbeitsplätzen ist uns Sozialdemokraten immer ein besonderes Anliegen. Arbeit für unser Land, unsere

Initiative der SPÖ mit Peter Schachner trägt diesem Anliegen durch viele erfolgreiche Initiativen Rechnung. Meine Kollegin Dr. Bachmaier hat ja bereits ausführlich über „Job 2000“ gesprochen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir unterstützen darum auch den Entschließungsantrag zur Sicherung des Frauenprojektes „Kleiderladen-Nähstube“ in Leoben. Bei diesem Projekt geht es darum, daß 13 Frauen Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich darf vor allem Frau Landesrat Dr. Anna Rieder herzlich dafür danken, daß sie sofort - ich betone sofort - zur Sicherung dieses Projektes 500.000 Schilling in Aussicht gestellt hat. Mir erscheint es aber auch sehr wichtig, daß Frauen in diesem Projekt längerfristig beschäftigt werden. Ich glaube, es ist wichtig im Konzept des AMS, daß vor allem auch diese Längerfristigkeit zu beachten ist. Frau Landesrat, nochmals herzlichen Dank für deine spontane Hilfe. Gerade durch deine Zusage ist ein wichtiger Schritt zur Erhaltung dieses Frauenprojektes geschehen. Herzlichen Dank und ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. - 14.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (14.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorige Woche hat sich Herr Wissenschaftsminister Einem zur Frage der Frauenquote in der Universitätsprofessorenenschaft geäußert und gesagt, ich zitiere jetzt aus den Medien, der Frauenanteil bei den Universitätsprofessoren sei erbärmlich peinlich gering. Jetzt stimme ich dem Herrn Wissenschaftsminister insoweit zu, als der Frauenanteil an der Professorenenschaft im Ausmaß von 4,8 Prozent nicht nur der Bevölkerungsstruktur nicht entspricht, sondern auch nicht der Struktur der Universitätsangehörigen, insbesondere wenn ich mir vergegenwärtige, daß wir schon mehr als 50 Prozent Studentinnen haben, daß wir zwischen 30 und 40 Prozent, es differiert von Fach zu Fach, von Universität zu Universität, in Leoben weniger, in anderen Fachrichtungen mehr, Assistentinnen haben, aber eben nur 4,8 Prozent ordentliche Professorinnen haben. Da ist irgend etwas schief bei dieser Relation. Ich muß gestehen, daß ich mich allerdings über die Aussagen des Herrn Wissenschaftsministers etwas geärgert habe, wenn er so deftig von erbärmlich und peinlich spricht und hinzufügt, daß 60 Prozent der Berufungsvorschläge für Professuren keine Frau enthalten, aber in der Öffentlichkeit nicht sagt, was der Grund oder zumindest einer der Hauptgründe dafür ist, daß die Relation zwischen Assistentinnen und Professorinnen so auseinanderklafft und die Pyramide so abbricht zwischen 30 und 40 Prozent Assistentinnen und nur 5 Prozent Professorinnen. Einer der Hauptgründe dafür ist, daß ich auf die Voraussetzungen schauen muß, die gegeben sein müssen, daß ich auf eine Berufungsliste komme, und die Voraussetzungen sind Qualifikation. Die Qualifikation wird in den meisten Fächern durch ein Habilitationsverfahren zum Ausdruck gebracht und gemessen und wieder in sehr vielen Fächern durch das Verfassen einer Habilitationsschrift in Form einer Monographie - jetzt drücke ich es quantitativ aus - zwischen 200 und 400 Seiten.

Es wäre mir wichtig gewesen, daß Herr Wissenschaftsminister das auch zum Ausdruck bringt. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, daß die Berufungslisten unter Mißachtung von Frauen erstellt werden. Das ist über weite Strecken nicht so, sondern manches Mal gehen wir bei Berufungen sogar auf die Suche nach habilitierten Frauen und finden keine habilitierten Frauen, weil eben der Habilitationsgrad bei den Frauen sehr gering ist. Daher muß man beim Habilitationsgrad ansetzen. Die Ursache, wieso so wenige habilitiert sind und damit auf Berufungslisten kommen können, besteht darin, daß Habilitationen im Lebensalter so zwischen 26. und 40. Lebensjahr erbracht werden und erbracht werden müssen. Das ist jene Zeit, wo Frauen mehrfach Belastungen ausgesetzt sind, die Assistentinnen mehrfach belastet sind. Sie müssen die Arbeit am Institut leisten, sie sollen sich habilitieren, und sie müssen ihren Aufgaben und Verpflichtungen als Hausfrauen und Mütter nachkommen. Diese dreifache Belastung führt dazu, daß unter den Assistentinnen nur ein ganz kleiner Prozentsatz habilitiert ist mit der Folge, daß auch der Frauenanteil bei den Professoren relativ gering ist. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: Unverständlicher Zwischenruf.) Das ist ja nicht das Problem, Frau Kollegin. Im Gegenteil. Die Universitäten, Frau Kollegin Bachmaier, haben von der rechtlichen Seite her ein fortschrittlicheres Frauengleichbehandlungsrecht als der Bund und das Land, und zwar deswegen, weil die Frauenbeauftragten Bestellungsverfahren verhindern beziehungsweise verzögern können. Das geht beim Bund und beim Land nicht. Das ist nicht das Problem, sondern das Problem ist, daß ich auf die Voraussetzungen schauen muß, die gegeben sein müssen und die auch im Universitätsrecht ausgeschildert sind, daß ich auf eine Berufungsliste komme. Die Voraussetzung dafür ist, und ich sage es jetzt einmal so, und Kollege Jeglitsch wird mir das bestätigen, in den meisten Fächern, bis auf einige Fächer an der Technik, daß ich auf die Berufungsliste komme, daß ich habilitiert bin, also Dozentin oder Dozent bin. Wenn ich das nicht bin, dann fehlt eine Formalvoraussetzung, auf die Berufungsliste zu kommen. Daher muß man dort ansetzen, Frau Kollegin Bachmaier. Wie kann das geschehen? Wir haben das in unserem Antrag ausgeschildert, nämlich das sogenannte Habilitationsstipendium für Assistentinnen. Das bedeutet, daß für eine Assistentin, die sich habilitieren möchte und im Habilitationsverfahren ist, eine Ersatzkraft angestellt werden kann, um sie von den Institutsaufgaben zu entlasten. Sie soll im Institut integriert bleiben, aber sie soll von den Institutsaufgaben entlastet werden dadurch, daß für die Assistentin, die sich habilitiert, eine Ersatzkraft angestellt wird. Das ist meines Erachtens höchst zielführend, um die Zahl der Dozentinnen zu erhöhen. Dann ist die Voraussetzung geschaffen, daß auch auf den Berufungslisten mehr Frauen stehen. Es gibt vereinzelt diese Habilitationsstipendien, und ich glaube, der Wissenschaftsfonds vergibt solche Habilitationsstipendien. Dort, wo es sie gibt, haben wir gute Erfahrungen, daß eine Assistentin bei Karenzierung aus dem Institut nicht herausgenommen wird, sondern im Institut bleibt, aber von der Aufgabenerfüllung des Institutes entlastet ist, und unser Antrag geht in diese Richtung. Der Antrag wird unterstützt, abgesehen von Kollegin Keshmiri und von mir, auch vom Kollegen Jeglitsch, auch Kollege

Getzinger unterstützt diesen Antrag. Er hat mir nur gesagt, warum wir den Antrag nicht auch in die Richtung formulieren, daß er nicht nur für Frauen gilt, die an der Universität tätig sind, sondern auch für Frauen, die das Doktorat haben, außerhalb der Universität beschäftigt sind und sich habilitieren wollen. Ich habe ihm gesagt, daß es ganz schwierig ist, das in diesen Antrag hineinzureklamieren. Ich meine, ich kann sein Anliegen verstehen, sage es aber fairerweise, weil er nicht da ist und weil mir Kollege Flecker gesagt hat, er unterstützt unseren Antrag aber trotzdem, auch wenn er nicht in diese Richtung verändert wird. Ich möchte noch auf einen anderen Einwand des Herrn Kollegen Flecker eingehen, daß das eine Benachteiligung vielleicht für die Assistenten sei - zu dem stehe ich aber. Frauengleichbehandlung und die Herstellung halbwegs ausgeglichener Paritäten zwischen Männern und Frauen geht nur, indem allenfalls temporär Frauen überproportional gefördert werden und diese Förderung nicht auch den Männern zukommt.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, verstärkt für Assistentinnen an den Universitäten zwei bis dreijährige „Habilitationstipendien“ zu vergeben, um den Assistentinnen einerseits durch eine Reduktion ihrer Aufgaben am Institut zu ermöglichen, ihre Habilitation schneller zu verfassen, und den Instituten andererseits zur Aufgabenerfüllung in dieser Zeit für zwei bis drei Jahre eine Ersatzkraft zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, den Frauenanteil an ordentlichen Professorinnen an den Universitäten längerfristig zu heben. Ich bitte, daß Sie diesem Antrag zustimmen. (Beifall beim LIF. - 14.47 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (14.47 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat!

Ich möchte eingangs kurz etwas zu einigen Wortmeldungen von vorhin sagen. Zu dir, Kollegin Edith Zitz, weil du die Frage stellst, ob die Gleichbehandlungskommission parteipolitisch besetzt ist. Ist sie natürlich nicht. Die Gleichbehandlungskommission ist besetzt von Menschen, die dort auf Grund bestimmter Funktionen hineinnominiert worden sind. Deshalb sind auch relativ viele Männer in dieser Kommission, weil eben eher Männer diese Funktionen einnehmen als Frauen und ist die Kommission auch ÖVP-dominiert. Auch das hat historische Gründe, die jedem von uns hier klar sind. Das ist keine Kritik, Edith, sondern nur eine Klarstellung. Wir haben ja die Besetzung dieser Kommission einvernehmlich ausgehandelt, soweit ich mich erinnern kann. (Abg. Mag. Zitz: „Zwischen zwei Parteien!“) Für uns war von Anfang an klar, daß das Steiermärkische Gleichbehandlungsgesetz nur dann mit Leben erfüllt werden kann, wenn wir dazu ein Frauenförderungsprogramm haben. Ich möchte jetzt darauf hinweisen, daß es für mich nicht nur um die Frauen in den hohen und höchsten Positionen, in den höchsten Verwendungsgruppen, geht. Was im Lande Steiermark so ver-

blüffend ist, das ist die Einstufung der Frauen in allen Verwendungsgruppen. Ich habe hier eine kleine Statistik. In der Verwendungsgruppe A zum Beispiel befinden sich in den Dienstklassen VIII und IX, das sind die höchsten zu erreichenden Dienstklassen und - ich möchte für jene dazusagen, die nicht Beamte sind und das nicht wissen - sind diese Dienstklassen auch mit einem weitaus höheren Einkommen verbunden, nur sechs Frauen unter 122 Männern. In der Verwendungsgruppe B, also das sind jene Menschen, die nach der Matura in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, befinden sich 22 Frauen neben 182 Männern in der Dienstklasse VII, die höchste Klasse, die dort zu erreichen ist. In der Verwendungsgruppe C, das sind zum Beispiel Sekretärinnen, befinden sich in der höchsten Dienstklasse V 264 Männer und 146 Frauen, und in der niedrigsten Verwendungsgruppe befinden sich in der Dienstklasse VI 52 Männer und zwei Frauen. Also, Frau Kollegin Beutl, Sie haben auf die Altersstruktur hingewiesen. Dieser Sachverhalt kann nicht nur mit der Altersstruktur erklärt werden. Aber dieser Sachverhalt kann auch nicht mit Defiziten in der Ausbildung erklärt werden, weil zum Beispiel im Bereich der Maturantinnen wir schon seit zwei Jahrzehnten zirka 50 Prozent weibliche Absolventinnen haben. Diesen Sachverhalt kann man sich nur durch stetige Diskriminierung und Ausschluß von Frauen im Landesdienst erklären. Das, was Sie ins Feld geführt haben, trifft vielleicht auf die Hofräte zu, weil ich weiß, das ist eine Alterserscheinung, bis man Hofrat wird, aber sicher nicht auf die Bereiche C, D und ähnliches mehr. Frau Abgeordnete Karisch, ich kann mich erinnern, daß Sie im Rahmen der Verhandlungen zur Gleichbehandlungskommission einmal gesagt haben, es wäre für Sie unmöglich gewesen, nach der Absolvierung des Studiums eine Stelle im Landesdienst zu bekommen. Warum war das unmöglich? Es gibt nur einen Grund: weil Sie eine Frau sind. Das ist der wirkliche Grund, und es ist - hier ist auch der Herr Landesrat Dr. Hirschmann nicht verantwortlich, er ist noch nicht so lange für das Personal zuständig - eine jahrzehntelange Diskriminierung von Frauen. Die Verantwortung - das muß ich auch sagen - liegt, historisch gesehen, politisch bei der ÖVP, die ja viele Jahrzehnte in diesem Land die absolute Mehrheit und jede Möglichkeit hatte, auch personell den Landesdienst zu gestalten.

Frau Abgeordnete Beutl, ich möchte zu Ihnen sagen, weil Sie gemeint haben, wir hätten sozusagen nur aus taktischen Gründen unseren Antrag eingebracht (Abg. Beutl: „So ist es!“), das möchte ich zurückweisen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die Gleichbehandlungskommission sehr schnell und sehr zielstrebig tätig wurde, nachdem wir unseren Antrag eingebracht haben. Ich weiß, die Gleichbehandlungskommission hat schon vorher diskutiert und Arbeitsaufträge erteilt et cetera. Kaum war unser Antrag da, war 14 Tage später das Frauenförderungsprogramm der Kommission da. (Abg. Beutl: „Die Einladung zu dieser Sitzung ist 14 Tage vor dem Antrag passiert!“) Nein, es ist irgendwie ein hinfalliger Streit, aber sicher ist, daß dann sehr rasch gehandelt wurde. Ich muß auch sagen, daß dieses Programm, das von der Gleichbehandlungskommission vorgelegt wurde, ein sehr gutes ist. Das möchte ich sagen, ich bin hier fair und korrekt. Es liegt ja noch nicht öffentlich vor. Es ist ein

gutes Programm, aber ich hoffe nur, daß es tatsächlich auch so beschlossen werden kann oder tatsächlich so verordnet wird, wie es jetzt ist, und daß nicht noch einige Abstriche gemacht werden an diesem wirklich guten und fortschrittlichen Frauenförderungsprogramm. Ich werde das übrigens sehr genau beobachten.

Zur Frau Abgeordneten Dietrich möchte ich folgendes sagen: Sie haben gesagt, Frauen haben es schwer, eine Arbeit zu finden. Ich denke, wir sollten diese Fragen alle etwas differenzierter beobachten. Frauen haben es schwer, bestimmte Arbeiten zu finden. Kein Mann ist einer Frau zu neidig, wenn sie beim Billa Wurstradeln aufschneidet. Diesen Posten will kein Mann haben. Wir haben einen geteilten Arbeitsplatz, für Frauen sind bestimmte Arbeiten reserviert. Das sind vor allem Arbeiten in Bereichen, wo niedrig entlohnt wird, die nicht kapitalintensiv sind. Sie haben bezeichnenderweise auch die schlechtesten Arbeitsbedingungen, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft. Also ich weise hier vor allem auf die Frauen in den Dienstleistungsberufen hin – Handel, Frisör et cetera. Ich würde auch den Generationenvertrag, der angeblich einmal so gut funktioniert hat, nicht allzu sehr strapazieren. Die Sozialgeschichte erzählt uns da ganz etwas anderes über das traurige Leben alter Menschen. Wären Sie gerne vor 50 Jahren nach einem Schlaganfall auf einem armen Bauernhof gepflegt worden? Ich sage nein. Es hat auch keine Pflegefälle über Jahrzehnte gegeben, weil die Menschen in Wahrheit relativ schnell gestorben sind. Es hat sich sehr viel im Lifestyle, in der Einstellung, in der medizinischen Versorgung und auch in der Lebenserwartung verändert. Im 19. Jahrhundert lag die Lebenserwartung noch durchschnittlich bei 45 Jahren. Das ist natürlich etwas ganz anderes, wenn sie dann bei 70 oder bei Frauen gar schon gegen 80 liegt.

Zum Kinderbetreuungsscheck möchte ich vielleicht nur einen Satz sagen, weil ich denke, daß das ein Thema ist, das noch häufig diskutiert werden wird. Ich denke, wir sollten nicht anfangen, uns selber zu langweilen, indem wir uns ständig immer wiederholen. Ich möchte dazusagen: Wenn es um die Wahlfreiheit geht, müssen als erstes einmal genügend Betreuungseinrichtungen vorhanden sein, daß Frauen überhaupt wählen können. Ich kann mir nicht vorstellen, daß beides jetzt vorerst finanzierbar ist. Wenn dann im Zusammenhang mit dem Scheck noch von Kostenwahrheit bei den Kinderbetreuungseinrichtungen geredet wird – wir wissen, ein Kinderbetreuungsplatz kostet kostenwahr bis um die 9000 Schilling, dann kann man sich vorstellen, wieviel Betreuungsplätze man sich für ein oder gar für zwei Kinder leisten kann. Aber das nur ganz kurz und nebenbei. Hier wird noch ausführlichst diskutiert werden.

Was die Diskussion zur Frauenenquete anbelangt, möchte ich der Frau Pußwald in allen Punkten recht geben: Ich habe das ebenso empfunden, und ich denke, da müssen wir wirklich noch einmal darüber reden, das halte ich auch nicht für demokratiefeindlich. Jedenfalls, noch einmal abschließend, das Frauenförderungsprogramm ist ein gutes Programm, und ich hoffe, daß es auch so bleibt, wie es von der Gleichbehandlungskommission vorgeschlagen worden ist. (Beifall bei der SPÖ. – 14.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobmann Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (14.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Vier Punkte zu all dem, was bis jetzt gesagt wurde: Zum Antrag, über den wir uns eigentlich unterhalten, betreffend Frauenförderungsprogramm. Ich finde es äußerst legitim, daß hier eine Fraktion, wenn man sieht, daß es ein Gesetz gibt, das nicht vollzogen wird, sehr wohl einen Antrag stellt, um etwas mehr Druck hinter die Sache zu legen, damit etwas passiert und durchgeführt wird. Wenn es dazu führt, daß die Abteilung etwas schneller arbeitet, dann ist es nur legitim, daß etwas gemacht wird. Ich freue mich schon darauf, wenn wir diesen Antrag von der Regierung zurückbekommen werden, daß ohnehin schon alles passiert ist und gemacht wurde – wunderbar, bestens. Ich verstehe aber die ÖVP nicht, daß es dann heißt, wir stimmen diesem Antrag nicht einmal zu, weil das schon passiert ist. Wenn es schon passiert ist, ja wunderbar, dann machen wir den Antrag, daß das zu erlassen ist, weil es noch nicht offiziell ist. Dieses Papier hat man sich besorgt, oder die, die in den Gremien vertreten sind, haben es, und die anderen noch nicht. (Abg. Beutl: „Das ist eine Begutachtung!“) Wenn es offiziell ist, dann erst kann ich sagen, es ist schon gemacht und schon passiert. Es ist wirklich legitim, daß eine Fraktion diesen Antrag stellt und sagt, daß das zu passieren hat. Wenn es dann noch schneller passiert, ist es noch besser, daß ein bißchen Druck gemacht wird. Hier zu jammern und zu sagen, das ist schon passiert, das verstehe ich wirklich nicht, bei allen Problemen, die, wie wir gehört haben, vor allem die Frauen im Landesdienst haben. (Abg. Beutl: „Ich kann nicht dazu auffordern, wenn es schon gemacht worden ist!“) Wo ist es denn? Es hätte schon längst gemacht werden sollen, weil das Gesetz haben wir schon vor längerer Zeit erlassen. Es hätte daher schon längst da sein können. Das ist der Punkt. Wenn es in der Zeit nicht erfüllt worden ist, ist es doch legitim, wenn man sagt, es soll gemacht werden. (Abg. Beutl: „Der Antrag kann dann erst gestellt werden, wenn die Unterlagen ...!“) Das ist jetzt ein Streit um des Kaisers Bart. Irgendwie ist das wirklich ein hinfälliger Streit. Genauso ist das bei der Frauenenquete. Das ist auch ein Lamentieren über Verhandlungen, die wir geführt haben. Die Verhandlungen hat die Frau – wie soll ich sie jetzt nennen – Abteilungsleiterin vom Frauen- und Familienreferat Nationalratsabgeordnete Steibl geführt. Sie hat in der Arbeitsgruppe abstimmen lassen. Es war auch ihre Sache, daß sie abstimmen ließ, denn die Mehrheitsverhältnisse waren nun einmal anders. Sie hätte die Vorsitzführung anders machen und sagen müssen, okay, wir schauen, daß wir eine Einigung herbeiführen. Nachdem sie das verabsäumt und abstimmen ließ, kann ich im nachhinein, nach einer Abstimmung, auch wenn es sich nur um eine Arbeitsgruppe handelt, nicht sagen das Ganze soll so nicht stattfinden und kann man so nicht machen. Sie hätte dann nicht abstimmen lassen dürfen, weil mir scheint, sie hat das ganze System nicht verstanden. (Beifall bei der FPÖ, den Grünen und dem LIF.)

Wir werden in Zukunft überlegen zu überlegen haben, ob wir so jemanden als Moderator für solche Verhandlungen überhaupt nominieren dürfen. Das ist die Frage. (Abg. Beutl: „Eine Arbeitsgruppe nach dem Kräftemessen des Ausschusses wäre gerechter!“) Ich habe die Arbeitsgruppe nicht eingesetzt. Ich bin davon ausgegangen, daß wir in dieser Arbeitsgruppe schauen, daß alles mit Konsens über die Bühne geht. Ich habe mich allerdings sehr gewundert, daß bei den einzelnen Punkten abgestimmt wurde. Ich habe mir gedacht, okay, dann wird eben abgestimmt. Es war wirklich Ihr Pech, daß Sie in der Minderheit geblieben sind. Das ist ein Nachweinen der ehemaligen Mehrheiten, die Sie einmal gehabt haben. Jetzt schaut es vielleicht doch ab und zu einmal anders aus. Das ist – so glaube ich – eigentlich Ihr Problem, das Sie mit dem Ganzen haben. (Abg. Pußwald: „Die Art und Weise, die zuständigen Regierer nicht einzubinden!“) Sie haben es heute auch noch einmal gesagt. Es hat jeder die Möglichkeit, sich dort zu Wort zu melden. Wir werden darüber sowieso noch länger und ausführlicher diskutieren. Ich darf eine solche Arbeitsgruppe mit dieser Art und Weise nicht einsetzen, wenn ich hinterher wieder alles umwerfe. Man sollte sich vorher überlegen, wie man vorgeht. Sie waren bei den Verhandlungen nicht dabei, Frau Dr. Karisch. Auch Sie hätten sich gewundert, wie das dort abgegangen ist. (Abg. Dr. Karisch: „Können Sie sich eine Enquete zum Wohnbau vorstellen, zu der Landesrat Schmid nicht eingeladen wird?“) Ich bin schon sehr gespannt auf die Enquete. Er wird aber sicher hingehen und sich trotzdem zu Wort melden. Oder vielleicht geht er gar nicht hin? Das könnte die andere Variante sein, wenn es eine Enquete des Landtages ist. Man kann sich sehr viel vorstellen. (Abg. Ing. Löcker: „Es gibt viele Varianten!“) Es gibt viele Varianten. Das ist auch ein Punkt, den wir dort diskutiert haben. Die Mehrheit hat allerdings eine andere Variante gefunden. Nächster Punkt zu den zwei Anträgen, die vorliegen, und das ist auch wieder die typische Art und Weise, wie hier vorgegangen wird. Entschließungsantrag von den Liberalen zum Business-Frauen-Center: Es ist legitim, daß er gemacht wird. Die SPÖ selbst sagt, das brauchen wir nicht. Wir wollen das Ganze nicht bis zum Jahr 2002 vorpräjudizieren, weil wir dann ganz andere Verhältnisse haben. Wir wissen, daß das Business-Frauen-Center von der Ex-Frauenministerin Konrad ins Leben gerufen wurde. Wenn jetzt die SPÖ sagt, das brauchen wir nicht, dann werden nicht wir es sein, die sagen, das brauchen wir unbedingt. Wir werden deshalb beim Business-Frauen-Center nicht zustimmen. Daß dann, wenn der Antrag von einer Fraktion schon eingebracht wurde, die ÖVP kommt und sagt, auch wir haben so eine Organisation, die das gleiche macht, eben nur unter dem ÖVP-Deckmantel, und wollen auch Geld dafür haben, so finde ich das schon etwas eigenartig. Dieser Entschließungsantrag kam erst nachher. Nachdem wir diesen alle in den Händen hatten, ist dann zwei Stunden nachher der andere Antrag von der ÖVP gekommen. Das ist lächerlich, wenn wir hier anfangen, uns die Anträge abzukupfern, nur weil einer etwas einbringt, dann der andere wegen seiner Organisation einbringt, damit dort auch etwas gemacht werden kann. Wir werden deshalb keinem der beiden Anträge zustimmen, weil diese Art und Weise kindisch ist und nicht die Art und

Weise, wie wir hier in einem Hohen Haus vorgehen sollten. (Abg. Pußwald: „Wir nehmen das zur Kenntnis!“) Ich glaube, daß das eine wichtige Sache ist. Der erste Schritt bei dieser Sache sollte sein, daß Sie sich einmal zusammensetzen sollten, wenn Sie schon bundesweit so ein großes Frauengremium machen. Diese beiden Organisationen sollten endlich einmal eine einheitliche Sache machen. Nicht eine rote und eine schwarze, wo die einen sagen, das gehört mir und das gehört mir und ich fördere das und ich fördere das. Setzen Sie sich zusammen und machen sie eine Sache daraus. Dann machen wir etwas Ordentliches daraus und nichts Parteipolitisches.

Das wäre eine echte Frauenförderung, wie ich sie mir vorstellen würde, und nicht immer dieses Spiel, das gehört mir und das gehört dir, und dann wollen wir die Frauen auch noch in rote und schwarze einteilen. Das wäre Ihnen wohl am allerliebsten, wenn man das so gestalten würde. (Abg. Pußwald: „Stimmt nicht!“) Doch, so schaut es aus, daß Sie das genau in dieser Art und Weise so machen wollen. Anders ist mir dieser Antrag nicht erklärbar. Letzter Punkt, nachdem er angesprochen wurde. Ich habe mir schon gedacht, die SPÖ will überhaupt nicht mehr darüber reden, daß es einen Kinderbetreuungsscheck gibt. Die Kollegin Reinprecht hat gesagt, wir wollen uns hier nicht langweilen. Sie langweilt der Kinderbetreuungsscheck schon. Es liegen nicht einmal Studien von Frau Landesrätin Rieder vor, wie man das finanzieren könnte, aber sie langweilt sich schon darüber. Scheinbar weiß sie schon genau, wie es aussieht. Wir wissen, wir brauchen noch Unmengen von Kinderbetreuungseinrichtungen, auch wenn man den Kinderbetreuungsscheck macht. Ich glaube, Sie haben dieses System noch nicht verstanden. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gross: „Oh ja!“) Ach so? Mit dem Kinderbetreuungsscheck würden die Kinder dort sein, wo sie auch wirklich hingehören, nämlich zu Hause bei ihren Müttern, vor allem in der ersten Zeit.

Das wäre nämlich das Wichtige an der Sache. Wir sollten das Karenzgeld nicht auf eineinhalb Jahre kürzen, daß schon die Eineinhalbjährigen in die Krabbelstuben kommen müssen, wo sie von fremden Betreuungspersonen betreut werden, weil die Frauen arbeiten gehen müssen, da sie sonst mit dem Geld nicht auskommen. Hier würde der Kinderbetreuungsscheck ansetzen, daß wir den Frauen die Möglichkeit geben, und zwar denen, die wollen, daß sie zu Hause bleiben können. Das ist der Unterschied. Daß, wenn sie wollen, sie auch zu Hause bleiben können. Fragen Sie einmal Ihre Frauen in den Arbeitsbereichen, ob sie wirklich so gerne für 7000, 8000 Schilling arbeiten gehen wollen. Fragen Sie einmal nach, ob diese nicht ganz gerne mit 5700 Schilling Kinderbetreuungsscheck sagen, ja, da bleibe ich zu Hause bei den Kindern. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Vollmann: „Das brauchst du uns nicht erzählen!“) Dann heißt es, beides ist nicht finanzierbar. Ich sage Ihnen, wo ein Wille, da ist auch Weg. Es muß einmal der Wille vorhanden sein, sich überhaupt damit auseinanderzusetzen. In den Verhandlungen war aber nicht einmal ein Wille da, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Nur weil es Ihnen nicht in den Kram paßt, setzt man sich überhaupt nicht damit auseinander, und es wird nur das gemacht, was gut und teuer ist, egal, ob es den

Kindern auch wirklich etwas bringt. Und da geht es wirklich um die Kinder. Fragen Sie einmal die Kinder, wo sie am liebsten sein wollen. Ich denke wohl sicher bei ihren Müttern. (Abg. Schrittwieser: „Der Kinderbetreuungsscheck ist unsozial!“) Der Kinderbetreuungsscheck ist unsozial? Weißt du, was der Kinderbetreuungsscheck ist? Er ist eine Familienförderung. Und das ist etwas, was ihr gar nicht kennt. Familienförderung ist nicht das, was euch interessiert. (Beifall bei der FPÖ.) Sozial soll alles sein. Das heißt sozial: Da geben wir die Kinder mit eineinhalb Jahren schon in die Krabbelstube, bis sechs Jahre sollen sie in Betreuung von irgendwelchen Fremden sein, und ja nicht zu Hause bei den Eltern, sondern immer schön in öffentlichem Gewahrsein. Das ist das, was ihr haben wollt. Das ist das, was ihr unter sozial versteht. Wir sagen: Kinderbetreuungsscheck soll eine Familienförderung sein – das ist der Unterschied. (Abg. Schrittwieser: „Das Wort gewahrsam kommt woanders her!“ – Abg. Volmann: „Gewahrsam ist gut!“) Ich weiß zwar jetzt nicht, was du meinst, aber wenn du meinst, daß das hier wieder ein Wort von irgendwelchen anderen Zeiten ist, diese Zeiten habe ich zum Glück nicht erlebt. Ich bin froh, daß ich sie nicht erlebt habe. (Beifall bei der FPÖ.) Vielleicht hast du es erlebt, und deshalb ist diese Zeit für dich noch so im Hinterkopf. (Abg. Dr. Reinprecht: „Frauen zurück zum Herd!“) Das ist das Argument: Frauen zurück zum Herd. Mein Gott, es gibt vielleicht Frauen, die auch gerne zu Hause bleiben wollen. Nur das ist das, was Sie sich halt nicht vorstellen können, daß jemand sagt, ich würde gerne zu Hause bleiben und gerne auf die Kinder schauen. Wenn man dieses Modell, das wir uns vorstellen, anschaut, dann ist es vor allem für Alleinerzieherinnen eine Verbesserung. Diese Würden dadurch die Möglichkeit bekommen, auch Teilzeitarbeit zu machen. Damit Sie einmal wissen, worum es überhaupt geht. Sie haben nämlich auch in unserem Modell die Möglichkeit, daneben zu arbeiten und kriegen trotzdem den Kinderbetreuungsscheck. (Beifall bei der FPÖ.)

Was diese Frauen jetzt bekommen, wenn sie zwei Kinder haben und Alleinerzieherinnen sind, ich glaube, das wissen alle von Ihnen. Dann kriegen sie nämlich überhaupt nichts mehr und vielleicht ein Karenzgeld. Dann sollen sie sich mit 8000 Schilling zufriedengeben, wenn sie beim Billa oder irgendwo arbeiten gehen. Also das kann ja wohl nicht das Ziel und der Zweck des Ganzen sein. (Abg. Dr. Reinprecht: „Mit dem Kinderbetreuungsscheck haben wir keinen einzigen zusätzlichen Kinderbetreuungsplatz!“) Wir glauben, daß zu Hause ein guter Kinderbetreuungsplatz ist. Deshalb werden wir nichts zusätzlich brauchen, aber wir sagen auch: Zwischen vier und sechs Jahren sollen die Kinder sehr wohl in einer außerhäuslichen Betreuung sein. Dadurch würden keine Kinderbetreuungsplätze verlorengehen, denn wir glauben auch, daß das wichtig und notwendig ist. Nur, wir brauchen nicht mehr so viel mehr. Schauen wir halt einmal ein bisserl über den Horizont hinaus. Schauen wir uns etwas Neues an, schön nach dem Slogan, denn wir ja alle brauchen: groß, stark, steirisch. Das wäre doch der richtige Slogan, der schön wäre für uns in der Steiermark. (Beifall bei der FPÖ. – 15.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (15.09 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren

Ich bin eigentlich ein bißchen betroffen, daß wir Frauen uns bei einem so wichtigen Thema nicht ganz einig sind. Ich bin ein bißchen betroffen, denn wir haben vor über einem Jahr ein Gleichbehandlungsgesetz, ich glaube in einem sehr guten Klima, miteinander behandelt. Wir haben viel zustande gebracht. Es ist in diesem Gesetz sehr viel drinnen.

Ich möchte dazu grundsätzlich sagen, daß wir Frauen es nach wie vor schwer haben. Es ist keine Frage, daß Frauen benachteiligt sind. Ich selbst habe vieles miterlebt. Es gibt unterschiedliche Lebensmodelle und unterschiedliche Wunschlebensmodelle von Frauen. Ich selbst war 25 Jahre Hausfrau, habe mehrere Kinder großgezogen, bevor ich mich wieder dem Beruf zugewendet habe. Ich weiß, daß es Frauen gibt, die das wollen. Ich weiß, daß es Frauen gibt, die Beruf und Familie vereinbaren wollen. Wir müssen in der Politik Vorsorge treffen, daß alle Frauen das können, daß die Kinder nicht zu kurz kommen, daß die Frauen nicht überlastet sind, daß die Frauen wieder in den Beruf zurückkommen, und nicht in eine Falle tappen. Wir müssen Voraussetzungen schaffen, daß jede Frau sich ein ordentliches Leben mit ihrer Familie, ohne Familie, wie immer sie es will, gestalten kann.

Ich möchte jetzt zu drei Punkten Stellung nehmen. Der erste Punkt ist wie gesagt das Frauengleichbehandlungsgesetz, das wir vor einem Jahr beschlossen haben und zu dem es vor allem von der Kollegin Zitz Kritikpunkte gegeben hat. Ich glaube zu Unrecht. Wir haben uns damals sehr bemüht, es ist ein gutes Gesetz geworden. Wir waren auch nicht „hintendran“. Zu dem Zeitpunkt, als wir dieses Gesetz beschlossen haben, hat es in einigen Bundesländern noch kein Gesetz gegeben. Das stelle ich richtig. Es hat in anderen Bundesländern, wo es ein Gesetz gegeben hat, weder die Einbeziehung der Gemeindebediensteten, noch teilweise der Landeslehrerinnen gegeben. Wir haben beides hineingenommen. Wir haben ein Gesetz gemacht, das alles abdeckt. Ein Punkt ist uns nicht gelungen, aber ich glaube, es war trotzdem gut, das Gesetz so zu beschließen. Eine eigene Gleichbehandlungsbeauftragte für die Gemeinden ist daran gescheitert, daß die Gemeinden sie nicht finanzieren wollten und daß sie mit dem Konsultationsmechanismus gedroht haben. Das hätte uns ein sehr langes Verfahren gebracht, und ich weiß nicht, ob wir dann so weit gekommen wären. Es wären uns die Gemeinden vielleicht ganz hinausgefallen. So haben wir ein gutes Gesetz für alle Bereiche gemacht und immer noch die Möglichkeit, nach einer Zeit der Probe und der Erfahrung einmal eine eigene Gleichbehandlungsbeauftragte für die Gemeinden einzusetzen. Ich glaube, wir sind gut damit gefahren, dieses Gesetz so zu beschließen.

Der zweite Punkt, der Verwurf von Edith Zitz, die VP trage so viel zum gläsernen Plafond bei. Also das möchte ich zurückweisen. Ich möchte sogar darauf hinweisen, daß die Volkspartei oft sehr vorbildlich bei

der Frauenkarriere war. Ich darf daran erinnern, daß die erste Ministerin dieses Staates eine ÖVP-Ministerin war, die Sozialministerin Rehor. Ich darf darauf hinweisen, daß der erste Landeshauptmann in unserem Bundesland eine ÖVP-Frau ist, die erste Bezirkshauptfrau in der Steiermark war von der ÖVP. Ich freue mich, daß es wieder eine gibt, und ich hoffe, es wird in Zukunft noch viel mehr geben. Vor kurzem ist in einer Baubezirksleitung eine Leiterin bestellt worden, auch eine ÖVP-Frau, wobei wichtig ist, daß sie tüchtig ist, glaube ich. Ich sage das deshalb, weil man immer sagt, daß die ÖVP alles verhindert. Sie hat das zumindest nicht verhindert. Etwas möchte ich zum Vorwurf, daß es so wenig Frauen an der Spitze gibt, sagen. Das tut mir persönlich auch leid. Ich möchte nur daran erinnern, daß uns die Breite in einer gewissen Altersgeneration fehlt. Die Spitze ist immer eine Folge der Breite. Dort, wo die Pyramide unten sehr schmal ist, kann die Spitze oben auch nicht sehr breit sein. Ich hoffe, daß sich das bessern wird. Es hat sich in den letzten Jahren bei den Einstellungen sehr viel gebessert. Es kommen viele gute Frauen nach, die bei Objektivierungsmodellen sehr gut abschneiden. Ich habe hier nur die Zahlen für das Jahr 1997. Im Jahr 1997 sind 30 A-Beamte eingestellt worden, 16 männlich, 14 weiblich, 24 B-Beamte, 11 männlich, 13 weiblich. Im Jahr 1998 war es ähnlich in der Prozentzahl. Also, es kommt viel nach, und ich glaube und hoffe, daß sich das bessern wird und wir uns alle darum bemühen müssen.

Nun zum dritten und letzten Punkt, dem eigentlichen Antragspunkt, dem Frauenförderungsprogramm. Meine Damen und Herren, die Vorarbeiten haben nachweislich sehr früh begonnen, und zwar hat es im Sommer am 25. August 1998 eine Sitzung der Gleichbehandlungskommission gegeben, wo das behandelt worden ist. Es hat dann eine Einladung zur nächsten Sitzung schon am 14. Oktober gegeben und erst danach am 27. Oktober den Antrag der Sozialdemokratinnen. Also wir haben nicht nachreagiert, sondern die Kommission mit den damals Anwesenden - die Kommission war nicht vollständig - hat das ausgearbeitet. Das Frauenförderprogramm liegt vor und ist seit einer Woche der Antrag in Begutachtung. Ich habe ihn mir durchgelesen, ich habe es mir jetzt beschafft. Der Entwurf ist öffentlich, er ist zur Begutachtung allgemein ausgeschickt worden. Er deckt eigentlich alles das ab, was hier gewünscht worden ist. Ich glaube, man sollte die Begutachtung in Ruhe abwarten, unter Umständen vorgeschlagene Verbesserungen auch noch überlegen und das dann in Ruhe verabschieden. Ich bitte um Verständnis, nachdem das schon vorliegt, nachdem das bisher schon so breit behandelt worden und gut diskutiert worden ist, vieles da ist und ich davon ausgehe, daß es beschlossen wird und es nicht zu gravierenden Veränderungen kommt, vor allem zu keinen großartigen Abstrichen, daß meine Fraktion dem Antrag heute nicht zustimmen möchte. Inhaltlich tragen wird das, es steht ja im Frauenförderprogramm drinnen. Ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung, ich nehme aber an, daß Sie es haben, weil es schon seit einer Woche ausgeschickt ist. (Abg. Mag. Zitz: „Wir haben es nicht!“) Sie können es gleich von mir haben. Ich habe es mir beschafft, es ist in Begutachtung. Wie gesagt, Sie können es gerne haben. (Abg. Vollmann: „Wer begutachtet?“) Das ist zur

Begutachtung ausgeschickt worden so wie es immer nach dem allgemeinen Verteiler ausgeschickt wird. Ich nehme an, daß wir dazu vom Herrn Landesrat, der früher da war, noch etwas hören werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie weiterhin um gute Zusammenarbeit vor allem aller Frauen. Ich glaube, für die Frauen sind wir uns einig. Wir haben noch vieles nachzuholen, ich weiß aber, daß die meisten meiner männlichen Kollegen uns dabei auch unterstützen. Ein herzliches Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Unterstützung! (Beifall bei der ÖVP. - 15.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Dr. Wabl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (15.16 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollegin Karisch, soweit ich informiert bin, hat man diesen Entwurf nur illegal bekommen können. Wir als kleine Fraktion haben ihn jedenfalls bisher noch nicht erhalten. Das spricht irgendwo Bände dafür, wie im Land diese Dinge gehandhabt werden. Alle anderen bekommen die Dinge früher, wir offensichtlich nicht. Vielleicht könnte man das ändern.

Ein Zweites: Ich habe mich auch deshalb zu Wort gemeldet, um als Mann meine Solidarität zu den Frauenproblemen zum Ausdruck zu bringen, nachdem bisher nur Kollege Brünner als Mann gesprochen hat. Ich möchte die Zeit nicht über Gebühr strapazieren, aber doch die Gelegenheit zum Anlaß nehmen, um auf zwei Punkte einzugehen, die nicht unbedingt in unsere Landeskompentenz fallen, die mir aber am Herzen liegen. Alle Frauenförderungsprogramme, die wir auf Landesebene initiieren und betreiben, sind ungemein wichtig, aber hängen, Kollegin Karisch, unmittelbar damit zusammen, welche Rahmenbedingungen wir den Frauen in diesem Staat insgesamt schaffen. Mir tut es leid, daß das Karenzgeld für alle heute noch immer nicht beschlossen wurde und daß der Widerstand, und das sage ich ganz deutlich, von seiten der SPÖ gegen dieses berechnete Vorhaben noch so massiv vorhanden ist, weil ich nicht einsehen kann, daß man für Studentinnen, für Bäuerinnen und für Selbständige nicht auch dieses Karenzgeld einführen kann. Ich glaube, das ist ein Gebot der Stunde, auch ein Gebot der Gleichberechtigung, daß man endlich dieses Karenzgeld für alle einführt. Wenn ich gehört habe, das sei sozial schädlich und was immer im Raum gestanden ist, dann halte ich diese Argumentation für falsch. Wenn man Frauenförderung ernst nimmt, dann sollte man diesen Programmpunkt so rasch wie möglich verwirklichen. Ich weiß schon, daß es hier ideologische Barrieren gibt, die kaum zu überwinden sind. Ich appelliere aber an die SPÖ-Frauen, Kollegin Bachmaier vielleicht, daß man doch einen Weg findet, um auch diesen Personengruppen diese familienpolitische und frauenpolitische Maßnahme zukommen läßt. Noch etwas: Manchmal überlege ich mir, ob ich das hier anbringen soll, will es aber trotzdem sagen: Wir werden in der Frauenförderung in der Zukunft nicht ernst genommen werden, wenn wir nicht endlich dafür sorgen, daß erstens einmal die Frauenarbeit gleich bezahlt wird und, was zumindest gleich wichtig ist,

daß das Pensionsrecht für Frauen in der Praxis verbessert wird. Wir haben in Österreich ein Pensionsystem, das total antiquiert ist, sehr teuer ist und vor allem an jenen Frauen, die Kinder aufgezogen haben und die nicht im Arbeitsprozeß eingegliedert waren oder die geschieden sind, vorbeigeht, weil unser Pensionssystem auf Erwerbstätigkeit im kapitalistischen Arbeitsprozeß oder auf eine Ehe abstellt. Wenn beides nicht vorhanden war, dann fallen die Frauen durch den Rost. Ich erzähle Ihnen zum Schluß ein Beispiel, was ich damit meine: Kollegin Beutl, du bist aus dem Bezirk Feldbach. Vor ein paar Monaten ist eine Frau im Alter von 55 Jahren gestorben, die elf Kinder auf die Welt gebracht hat und damit meiner Meinung nach, und jetzt kann man alle ideologischen Positionen beiseite schieben, einen wichtigen Beitrag für den Generationenvertrag geleistet hat. Von den elf Kindern sind bereits schon acht im Erwerbsleben, also jene acht zahlen schon in diesen Topf ein. Drei dieser elf Kinder sind noch minderjährig. Mit 17 Jahren hat sie das erste Kind bekommen, war praktisch im Erwerbsleben nicht integriert, und hat so die Jahre nicht gehabt. Die Abstände zwischen den Geburten waren so unglücklich plaziert, daß sie nicht auf 25 Jahre kommt, was damals mit viel Ach und Weh durchgesetzt wurde, sondern sie kam nur auf 23 Jahre. Was bedeutet das für sie, daß sie neben der kleinen Rente ihres Mannes, der schon vor vielen Jahren gestorben ist, nicht einmal eine eigene Pension gehabt hätte, weil sie die Jahre nicht gehabt hätte und weil sie den Anspruch nicht erfüllt hat. Jetzt bedeutet das aber, daß die drei Kinder, die minderjährig sind, nicht einmal eine Waisenspension bekommen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der eines Sozialstaates unwürdig ist, wo Milliarden vom Staat dazugeschossen werden, damit manche, die eine hohe Pension haben, noch eine höhere Pension haben. Das ist untragbar. Ich appelliere an die beiden Großparteien, wobei Großparteien übertrieben formuliert ist, aber an die beiden Mittelparteien, tun Sie etwas, Kollegin Beutl. Ich kann es in Wien nicht machen, weil einerseits hätte ich sowieso keine Gelegenheit, und andererseits sind wir nicht in der Regierung, und drittens sind beide hier aufgefordert, etwas zu tun – und ich mache keinen Unterschied. Solange wir aber dieses Problem nicht menschlich- und frauenwürdig gelöst haben und solange, und das weißt du selbst, auch Frauen, die geschieden sind und dann mit 50 Jahren plötzlich dastehen, die auch Kinder gehabt haben und zu Hause geblieben sind, und da bin ich zum Teil bei Kollegin Bleckmann, die diese Aufgabe als wichtige angesehen hat, wir als Gesellschaft oder Gesetzgeber diese Ansprüche, dieses Bedürfnis der Frauen nach Sicherheit im Alter, nicht ernst nehmen und einfach nur sagen, sie hat die Jahre nicht, werden diese Frauen weiterhin benachteiligt sein. Wenn ich an meine Anträge denke und was die Kollegin Bachmaier daraufhin immer gesagt hat, als ich von der Mindestpension für Frauen gesprochen habe, dann hat es Tausende Argumente gegeben, angefangen von sozial schädlich, von unverträglich bis hin zum Zurückgehen an den Herd. Ich halte diese Frage der Mindestabsicherung für Frauen, vor allem solcher, die elf Kinder in die Welt gesetzt haben und damit einen wichtigen und großartigen Beitrag für den Generationenvertrag leisten, äußerst wichtig. Solange das nicht erledigt ist, kann diese Gesellschaft sich

nicht als Sozialgesellschaft und als Sozialstaat bezeichnen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich würde diese Bezeichnung ablehnen. Mein Appell richtet sich vor allem an die SPÖ-Frauen, die noch immer in einem klassisch kapitalistischen Denkschema – nur wer arbeitet, bekommt eine Pension – leben. Ich halte das für katastrophal und frauenfeindlich. Ich bin überzeugt davon, wenn wir dieses Problem nicht lösen, dann wird der soziale Friede in diesem Lande mehr als gefährdet sein. Ich bin der Meinung, daß unser Sozialgefüge durch solche Lücken, durch solche Außerachtlassung und durch solche Mißachtungen schon in Gefahr ist. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 15.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (15.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß das nicht nur ein Thema ist, das Frauen betrifft. Wenn ich mir die Diskussion anhöre, dann muß ich sagen, manches Mal habe ich das Gefühl, selbst Frauen wissen nicht, über was sie sprechen. (Beifall bei der SPÖ.) Magda, dir sage ich auch noch etwas. Es ist für mich unverständlich und im Prinzip fast unverschämt, hier herauszugehen, denn im Prinzip willst du eine große Brandrede halten, und dann setzt du dich wieder hin und lächst über das, was du selbst gesprochen hast, weil für dich das Thema wahrscheinlich nicht so ernst ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du schläfst ein bei der Frauendiskussion!“) Ich könnte nicht lachen über das, was du gesagt hast. Mir ist das Lachen bei der Diskussion längst vergangen.

Meine Damen und Herren! Als Mann weiß ich, daß gerade in unserer Berufsgruppe – (Abg. Mag. Bleckmann: „Du schläfst ein!“) Du kannst dich nachher nochmals zu Wort melden. Ich weiß, jetzt habe ich dich getroffen. Endlich ist es mir auch einmal gelungen, auch dich zu treffen. Ein Beispiel aus der Praxis: Wir haben jetzt zu unserer Gewerkschaft in Kooperation die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder zu uns bekommen. Wenn ich mir die Diskussion jetzt anhöre und dann schaue, wie die Realität draußen aussieht, dann muß ich euch schon etwas sagen, weil ihr von Kinderbetreuungsscheck, Karenzgeld für alle und so weiter gesprochen habt: Lieber Martin Wabl, ich trete auch für das Karenzgeld für alle ein, allerdings nur für jene, die es brauchen und nicht einfach quer drüber. (Beifall bei der SPÖ.)

Eines muß man auch zur Kenntnis nehmen: Viele alleinstehende Mütter und Alleinerzieherinnen können es sich nicht aussuchen, Sie können nicht zurückgreifen, zum Beispiel auf einen Kinderbetreuungsscheck. (Abg. Mag. Bleckmann: „Den gibt es nämlich noch gar nicht!“) Wenn es ihn geben sollte. In der Situation ist diese Diskussion des Kinderbetreuungsscheck bei der ÖVP so alt wie ihre Partei selbst. Es ist daher sinnlos, weil das sind alles leere Luftblasen und weil sie an der Realität vorbeidiskutieren. Ich kenne keine Frau, die 7000 Schilling netto verdient und Kinder hat und es sich leisten könnte, die nicht gerne selbst zu Hause bei den Kindern bleiben würde. Selbst

bei Familien, wo das Einkommen sehr gering ist, ist es sicherlich manchmal auch von Vorteil, wenn man zusätzlich noch ein Geld bekommt, wenn die Frau zu Hause bleibt. Manchesmal müssen beide arbeiten gehen, um überhaupt ihre Lebensexistenz bestreiten zu können. Das muß einmal im Vordergrund stehen. (Beifall bei der SPÖ.) Daher habe ich etwas dagegen, wenn man so global darüber redet und sagt „Karenz-geld für alle“. Es macht schon einen Unterschied, ob ich zum Beispiel, wenn ich verheiratet bin, Gattin eines Rechtsanwaltes, eines Generaldirektors oder selbständig bin, wo Einkommen genug da ist, wo sie sich es richten können, oder ob einer am Existenzminimum herumgrassiert. Diese kann nicht in Karenz gehen, diese muß arbeiten gehen, weil sie ihre Miete nicht bezahlen kann, weil sie die Sozialversicherung braucht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, gehen wir davon aus, setzen wir von einem Betrag rund 6000 Schilling jetzt noch die Sozialversicherung ab, damit sie dann in späterer Folge sozialversichert ist. Daher soll man bitte nicht in der Form darüberfahren. Wenn man so locker immer redet von der Beschäftigung, gehen alle hinaus und sagen Teilzeitarbeit. Ja, die Teilzeitarbeit, von der Ihr träumt, die gibt es nicht. Es gibt eben Teilzeitarbeit, wo eine Frau bitte, wenn sie Kinder daheim hat, um 15 Uhr zum Billa gehen muß, weil bis 19.30 Uhr offen ist und weil sie Regale nachschlichten muß. Wo sind da Kinderbetreuungseinrichtungen? (Abg. Keshmiri: „Wo ist da die Gewerkschaft!“) Was nutzt uns da ein Kinderbetreuungsscheck? Ich weiß schon, daß euch das weh tut. Wir brauchen Kinderbetreuungseinrichtungen, die auf derartige Dienstzeiten auch Rücksicht nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nicht einmal der Gemeindekindergarten nimmt auf diese Öffnungszeiten Rücksicht. Alles klar, muß alles geregelt werden. Das ist bitte in der Frage Öffnungszeiten im Handel ganz speziell eine Lawine, die losgetreten wurde, weil sie Folgerungen natürlich auch für andere Bereiche hat. Ja, warum kann ich nicht um 19.30 Uhr am Abend zum Paßamt gehen und mir dort bitte meinen Paß abholen. Da ist zu, aber bei den anderen ist es völlig Wurscht, was sie mit den Kindern machen. In der Frage Nacharbeit für Frauen, wo der Kollege Purr, Hohegger, alle geredet haben, haben wir diskutiert. Habt ihr schon einmal überlegt, wer sich Sorgen macht, wo die Frauen ihre Kinder hintun, die jetzt quasi eh freiwillig, aber indirekt gezwungenermaßen Nachtdienst machen müssen, weil sie sonst ihre Arbeit verlieren. Da brauchen wir Kinderbetreuungseinrichtungen, meine Damen und Herren. Das wird die Zukunft, und nicht nach deinem Motto „zurück zum Herd“. (Beifall bei der SPÖ.)

Die, die es sich leisten können, haben sicherlich viel Freude daran, wenn sie ein Geld kriegen, weil sie es sich im Familienverband richten können, weil eine Großmutter, eine Tante, wer immer da ist, der einspringt. Aber die, die niemanden haben, sind auf die öffentlichen Einrichtungen angewiesen. Die Mobilität, meine Damen und Herren, bei den Frauen ist deshalb ein Problem, weil eben erstens einmal von der Abhängigkeit von der Beschäftigung und in vielen Berufen Frauen gar nicht die Möglichkeit hätten, einzusteigen. Könnt ihr euch vorstellen, daß eine Frau in das Bäcker-gewerbe einsteigt und eine Bäckerin wird, wo sie um

ein Uhr in der Nacht arbeiten anfangen muß, wenn sie Kinder oder Familie hat? Diese Frauen, die um ein Butterbrot arbeiten gehen, haben die Doppelbelastung – Haushalt und Beschäftigung. Wir alle reden vom Dienstleistungsbereich, ja steigen wir einmal gemeinsam auf, daß auch im Dienstleistungsbereich mehr bezahlt wird. Wir alle wollen den Dienstleistungsbereich haben, nur zahlen will niemand etwas dafür. (Beifall bei der SPÖ.)

Daher ist diese ganze Diskussion eine Heuchelei, und wir als Sozialdemokraten – ich sage noch einmal – treten ein für ein „Karenzgeld für alle, die es brauchen“, aber nicht für die, die genug haben und die es sich richten können. (Beifall bei der SPÖ. – 15.30 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, können wir wieder auf den Boden des Hauses zurückkommen. Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (15.31 Uhr): Die Rede vom Herrn Kollegen Gennaro hat mich jetzt noch einmal dazu bewogen, mich zu Wort zu melden. Offensichtlich hat die SPÖ an sozialer Kompetenz verloren, wenn Sie, Herr Kollege Gennaro, nur das Karenzgeld für alle haben wollen, die es brauchen, ja, dann frage ich Sie, brauchen Studentinnen Ihrer Meinung nach keine Absicherung, wenn sie ein Kind bekommen, oder Selbständige, die gerade am Anfang einer Unternehmensgründung ganz massiv mit finanziellen Mitteln zu kämpfen haben? (Beifall bei der ÖVP.) Nein, Sie sind unglaublich für mich, Herr Kollege Gennaro. Wenn Sie sagen für Leute, die es brauchen, wie schaut es mit den Transferleistungen aus, mit der Familienbeihilfe? Da ist ja genau dasselbe in grün. Da sagen Sie nicht nur die, die es brauchen. Sie richten es sich so, wie Sie es gerade haben möchten. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie sagen, die Frauen müssen beim Billa von 14.30 bis 19.30 Uhr arbeiten gehen. Ich sage, es ist noch schlimmer. Die Frauen, die Kinder haben, Alleinerzieherinnen, die erfahren heute, wann sie morgen in Handelsketten arbeiten gehen müssen. Dann frage ich Sie als Vertreter der Gewerkschaft, wie schaut es mit Ihnen aus, wie setzen Sie sich für mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen in den Unternehmen ein? Da ist die Gewerkschaft gefordert, Herr Kollege Gennaro, nicht nur Karenzgeld für alle, die es brauchen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren! Kollege Vollmann, du hast die Möglichkeit, dich zum Wort zu melden, wenn du etwas zu sagen hast.

Abg. Vollmann (15.33 Uhr): Ich danke dir, daß du mich aufforderst. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Gerne, ich bitte darum!“) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In dem Haus hier regen sich anscheinend dann immer die Gemüter, wenn es darum geht, für den Durchschnitt der Menschen etwas zu tun. Zu Ihrem Vorwurf, Kollegin Keshmiri, daß die Gewerkschaft für

all jene nichts täte, die sich in dieser Situation befinden, darf ich Ihnen sagen, liebe Frau Kollegin Keshmiri – und das schreiben Sie sich ins Stammbuch: Die Gewerkschaft hat schon früher etwas getan, bevor es noch ein Liberales Forum gegeben hat in diesem Lande, das doppelbödig die Liberalisierung der Wirtschaft, der Arbeitszeit, der Unternehmungen, der Beschäftigung und aller Dinge fordert und sich dann im Endeffekt herstellt und sagt, aber die Gewerkschaft tut nichts, Na, vielleicht sollten wir, Kollege Hochegger und Purr, wenn ihr schon so laut geklatscht habt und euch so gefreut habt über die Worte der Frau Kollegin Keshmiri, hergehen und alle auffordern, sie sollen streiken. Das wäre also eine Möglichkeit, die die Gewerkschaft ergreifen könnte. So legen wir die Arbeit in diesem Land lahm, denn da fordern welche von der Gewerkschaft, sie soll etwas tun, sie soll die Leute dazu auffordern, die Arbeit zu verweigern. Wissen Sie, warum wir in Österreich so viele Arbeitsplätze mehr haben, weil die Zahl der Teilzeitbeschäftigten so stark steigt und weil ein Job zum Teil in drei, vier Teile zerlegt wird und weil das in erster Linie die Frauen betrifft. Meine Damen und Herren, das ist die Tatsache, und es ist die Wahrheit. (Abg. Purr: „Ihr seid dagegen, aber warum steigt die Teilzeitarbeit?“) Wir sind grundsätzlich nicht dagegen, daß es Teilzeitarbeit, Kollege Purr, und auch geringfügig Beschäftigte gibt, weil sie bestimmten Bereichen die Möglichkeiten bieten, ein zusätzliches Einkommen zu erreichen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das sind eure Gesetze. Macht eure Gesetze anders!“) Aber die Tatsache ist eine ganz andere. Kollegin Bleckmann, höre zu. Darf ich dir auch etwas sagen. Ich habe dir auch sehr höflich eine Zeitlang zugehört, bis du übermäßig geworden bist. Darf ich das so in dem Bereich sagen. Du redest vom Kinderbetreuungsscheck. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es der Herr Kollege Gennaro gesagt hat, dann verzeihen Sie mir bitte, wenn ich das wiederhole. Wissen Sie, was mit dem Kinderbetreuungsscheck, nämlich mit der Höhe, mit der wir uns befassen, noch entsteht? Habt ihr einmal darüber nachgedacht, daß die Frau, die den Kinderbetreuungsscheck bekommt und keinen Job hat, dann nicht versichert ist? Vielen Frauen geht es darum, Sozialversicherungszeiten zu erwerben. Da muß man gleichzeitig darüber nachdenken, das ganze Sozialsystem in der Frage der Versicherungen und aller anderen Bereiche umzudenken.

Meine Damen und Herren, so geht die Schere auseinander. Irgend jemand muß das im Endeffekt doch bezahlen. Es ist leicht, hier schön zu reden: Jetzt zahlen wir das als Familienscheck oder als Karenzgeld und als das oder das, und das alles bezahlen wir aus dem Familienausgleichsfonds. Wer wird das alles miteinander dann letzten Endes bezahlen, und wie wird das im Endeffekt mit den Abgaben und Steuern funktionieren, wo jeder niedrigere Steuern auch noch verlangt. (Beifall bei der SPÖ.)

Irgendwo beißt sich hier die Katze in den Schwanz. Alles, was Sie hier zu dieser Sache sagen, ist Populismus. Auch ich kann mich hierherstellen und von jedem weniger Steuern und mehr Geld für jeden einzelnen verlangen. Es muß aber auch welche geben, die bereit sind, das zu zahlen. Ich erinnere mich an das große Geheule, das es landauf, landab über die

Gehalts- und Lohnerhöhungen im letzten Jahr, die kollektivvertraglich zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt wurden, gegeben hat: Alles ist zuviel. Jeder einzelne Schilling für den Arbeitnehmer ist zuviel. Wir verlangen alles, was nur irgendwie geht. Meine Damen und Herren, so werden wir in dem Staat wahrscheinlich auf Dauer nicht weiterarbeiten können. Denken Sie vielleicht auch einmal darüber nach. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 15.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (15.37 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Gennaro, ich bin immer tief beeindruckt, wenn ausgerechnet du als einer der mächtigsten Gewerkschaftsvertreter und seit langem dort Tätiger ans Rednerpult trittst und uns so oberlehrerhaft die Leviten lesen willst, was soziale Gerechtigkeit ist und was Einkommensgerechtigkeit ist, daß wir alle für die Schwachen und für die Armen in dem Land nichts tun – ausgerechnet du, deine Gewerkschaft und deine Kollegen. Ich erzähle dir zwei Beispiele, für die du ganz entscheidend mitverantwortlich bist und die beweisen, daß zwischen deinen Worten, deinen Reden hier und deinem Handeln ein großer Unterschied ist und kilometerweit auseinanderklafft. Warst du oder war ich dafür verantwortlich, daß in der Steiermark von 1980 bis 1990 das Gehalt des Arbeiterkammerpräsidenten und alle, die daran gehängt sind, von 100.000 auf 200.000 Schilling gestiegen ist? – nachweisbar. Warst du oder ich in der Kammervollversammlung? Warst du im Kammervorstand, oder war ich dort? Glaubst du, daß das gerecht ist oder daß das einer der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im dem Land gewollt haben, geschweige denn gewußt haben oder verhindern konnten? – das war das eine Beispiel. Ich erzähle dir noch ein Beispiel, weil du immer sagst, da die Arbeitnehmer, du der Vertreter der Armen und derjenigen, die Hilfe brauchen, und da die anderen, die Unternehmer, die „Owinhema“, und so weiter. Du bist der Vertreter der gerechten Sache. Ich habe vor einer Woche einen langjährigen Gewerbetreibenden getroffen, er heißt Gmeindl. Dieser hat 40 Jahre einen kleinen Betrieb in Graz mit zehn Leuten geführt. Er hat zu mir gesagt: Jetzt habe ich vor kurzem den bekannten Rudolf Sametz getroffen, den ehemaligen Metallarbeitersekretär. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Ihr könnt ruhig lachen. Das ist aber ein Musterbeispiel. Er war Metallarbeitersekretär, dann war er Obmann der Gebietskrankenkasse, dann war er Vizepräsident der Arbeiterkammer – in der besten Zeit – und dann Vizepräsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Ich möchte Ihnen sagen, wie er es mir erzählt hat: Ich habe 40 Jahre einen Betrieb geführt, zehn Menschen Arbeit und Brot gegeben und habe dafür gesorgt, daß sie einen Arbeitsplatz haben. Meine Pension macht 8000 Schilling aus. Er hat gesagt, daß er damit auskommt. Sie können sich aber vorstellen, daß ich allerdings große Schwierigkeiten habe, über die Runden zu kommen. Dann er hat gesagt, der andere – ich will den Namen nicht nennen, weil sonst regt ihr euch zuviel auf, aber ich habe ihn ohnedies schon genannt – hat in der besten Zeit vier

Gehälter bezogen, allein durch den Fleiß der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dem Land. Er hat von den Krankenversicherungsbeiträgen, von den Arbeiterkammerbeiträgen und von den Gewerkschaftsbeiträgen gelebt und hat in der besten Zeit geschätzte 100.000 Schilling netto gehabt. Ein Arbeitervertreter, ein Kollege von dir, Gennaro, wo du neben ihm gegessen bist und nichts dagegen getan hast. Dieser hat heute eine Pension von geschätzten 60.000 Schilling netto. Das ist jene Gerechtigkeit, die du vertrittst, und deshalb bist du für mich nicht legitimiert, wenn du von Gerechtigkeit sprichst, weil du mitverantwortlich bist. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (15.41 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich bin immer sehr beeindruckt, wenn Martin Wabl von seinem sozialen Engagement her zu solchen Dingen redet wie jetzt, nicht nur wegen des Beispiels, das er gebracht hat, ist aber für mich sehr authentisch von ihm und auch sehr glaubwürdig. Kurt Gennaro, ich habe bei dir auch gut zugehört, und vieles, was du gesagt hast, war von der Analyse her auch absolut richtig und müßte eigentlich den Beifall aller Fraktionen finden. Das schwierige ist bei uns offenbar nur, daß wir, auch was die Kollegin Keshmiri geantwortet hat, natürlich bei allen Themen sowieso, aber auch bei den Fragen, die offenbar parteiübergreifend sind wie dieses Thema hier, abgehandelt werden sollten oder könnten – zumindest – eigentlich in der Therapie und in den Lösungsansätzen doch in unsere alten Verhaltensweisen und in die doch sehr parteipolitisch geprägten Sichten der Dinge verfallen, was im Wesen einer Demokratie offenbar liegt. Es ist aber schade für dieses Thema, weil – soweit ich der Debatte folgen konnte – weithin ein positiver Wille da war mit – wie schon gesagt – sehr vielen guten Analysen und mit vielen richtigen Vorschlägen. Jetzt ist es in der Tat so, meine verehrten Damen und Herren, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, daß wir gerade bei einem so komplizierten Problem, in einer so differenzierten Gesellschaft, in der wir heute leben, Gott sei Dank leben, natürlich die maßgeschneiderten Einsermodelle zur Lösung dieser Probleme nicht finden, wie der ehemalige Bundeskanzler Sinowatz einmal zu Recht gesagt hat, die Welt ist sehr kompliziert – und das stimmt. Ich fände es gut, wenn wir in dieser Frage, meine verehrten Damen und Herren, zumindest in den Kernbereichen, die uns betreffen, doch zu einem gemeinsamen Lösungsansatz kämen, denn es ist unbestritten, daß Frauen, und das ist für mich auch kein Klassenkampf, der immer, wobei ich nochmals unterstreiche, vieles von dem, was Kurt Gennaro in der Analyse gesagt hat, selbstverständlich seine absolute Richtigkeit hat. Ich glaube nicht, daß das einfach mit den dogmatischen Lösungen der Vergangenheit zu lösen ist, erstens.

Zweitens, meine verehrten Damen und Herren, was den öffentlichen Dienst anbelangt: Wir werden in den nächsten Wochen eine Verordnung in die Regierung

zum Frauenförderungsprogramm einbringen. Die Situation im öffentlichen Dienst ist unvergleichlich besser als in der sonstigen nicht geschützten Welt, das muß ich auch dazusagen, von der Ausgangslage her, sowohl was den Anteil der Frauen, die bei uns arbeiten, als auch die Entwicklungsmöglichkeiten bis auf, ausgenommen, den Führungsbereich betrifft – das ist schon richtig. Meine verehrten Damen und Herren! Wenn es nach mir ginge, würde ich Ihnen einen Vorschlag machen: Beschließen Sie heute, daß Führungsfunktionen in der Landesverwaltung auf die nächsten fünf oder zehn Jahre prinzipiell nur von Frauen besetzt werden. Das ist verfassungswidrig – so nehme ich an, Christian. Das macht aber nichts, wäre aber eine sehr schöne Willenskundgebung, eine parteiübergreifende, der gesamten Landtagsfraktionen, und es würde eine gewisse politische Wirkung haben, vermute ich, auf alle Parteien, die dann einen etwas größeren Einfluß auf die Bestellung von Führungsfunktionen haben. Das wäre von mir ein Vorschlag, meine verehrten Damen und Herren. Ich möchte allen sehr herzlich danken, die nicht nur sich engagiert hier heute zu Wort gemeldet haben, sondern auch die in den verschiedensten Arbeitsgruppen zur Vorantreibung der Lösung dieser Probleme sich in den letzten Wochen und Monaten eingesetzt haben. Ich sage nochmals, daß Gesetze und Verordnungen die eine Sache sind, meine verehrten Damen und Herren, Arbeitsgruppen sind eine andere Sache.

Ich möchte abschließend sagen, die Steiermark ist erfreuerlicherweise im Bereich der politischen Funktionen, die es im Land gibt, aber auch in den Verwaltungsfunktionen, immerhin insofern ein Vorbild, als wir zumindest bei den kleinen Schritten, die gesetzt wurden, den ersten Schritten, die gesetzt wurden, in Österreich beispielhaft waren. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 15.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Nach 17 Debattenrednern kommen wir nun zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt und stimmen als erstes über den Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 965/1 ab. Jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Zweitens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Frauenförderungsprogramm. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Liberalen, der Volkspartei und der Sozialdemokraten, betreffend verstärkte Schaffung von Habilitationsstipendien für Assistentinnen, zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums, der Volkspartei, der Sozialdemokraten, bezüglich der Sicherung des Frauenprojektes „Kleiderladen-Nähtube“ in Leoben. Bitte um ein Zeichen. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend langfristige finanzielle Absicherung des Business-Frauen-Centers Graz, Steiermark, bitte um ein Handzeichen.

Der Antrag findet nicht die erforderliche Mehrheit.

Schlußendlich über den Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei, betreffend Finanzierung des Gründerinnenzentrums Graz. Bitte um ein Handzeichen.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 891/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Sportstätten Leoben.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Jeglitsch um den Bericht.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (15.49 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren

Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 891/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Sportstätten Leoben, beraten. Den Intentionen der Antragsteller wird auf Grund der Stellungnahme der Landesregierung bereits Rechnung getragen. Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Sportstätten Leoben, wird zur Kenntnis genommen. (15.49 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (15.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Stadtgemeinde Leoben wendet für den Sport alljährlich im Budget sehr hohe Summen auf. Im Jahr 1998 betragen die Aufwendungen inklusive aller Sportanlagen 29.937.000 Schilling. Auch im Voranschlag des Jahres 1999 sind im Budget 31.122.000 Schilling vorgesehen – eine sehr ansehnliche Summe, wie Sie sehen. Schon allein diese Summen zeigen Ihnen, welche Bedeutung dem Sport in der Stadt Leoben zugewendet wird. Die Stadtgemeinde Leoben verfügt über umfangreiche Sportstätten. Herr Landeshauptmann Schachner und Herr Landesrat Hirschmann wissen das. Wir haben uns schon öfter bei Eröffnungen, vor allem letztes Mal im Tivoli, gesehen. Ich nenne die Sportanlage im Tivoli, Rasenspielfeld, Kunstrasenspielfeld, Kunststofffläche für Hand- und Basketball, Leichtathletikanlagen, Beachvolleyballfeld, Asphaltfeld für Stockschießen, Streetball und anderes: Zweitens: Die Sporthalle, eine 42 mal 28 Meter große Sporthalle, drei Normturnsäle mit elastischem Parkettboden für sämtliche Hallensportarten, Krafttrainingsraum, Judoraum, Gymnastikraum, eine Tribüne mit 540 Sitz- und 200 Stehplätzen, ein Hallen-

bad, Sportbecken, Lehrschwimmbecken, Therapiebecken, Kleinkinderbereich, Saunaaanlage, Dampfkammern, Frischluft Räume, ein Stadionbad, Wettkampfbecken, Nichtschwimmerbecken mit Wasserspielen, Wasserrutsche, Kinderplanschbecken, diverse Spielgeräte, Multifläche für Fußball, Basketball, Volleyball, ein Bad im Stadtteil Donawitz mit einem Mehrzweckbecken, Kinderplanschbecken, Kabinen, Tischtennistische et cetera, eine Kunsteisbahn, Freiluftesfläche, Stehplatztribünen, Umkleidemöglichkeiten, ein Tischtenniszentrum, Tennisplätze mit Umkleiden, Sanitäräumen.

Sehr geehrte Damen und Herren, diese kurze Aufstellung zeigt Ihnen, daß für Sportausübung in der Stadt Leoben ausgezeichnete Anlagen zur Verfügung stehen. Ich darf abschließend zu diesem Kapitel betonen, daß der Sportplatz Lerchenfeld, ein Fußballfeld 90 mal 45 Meter, eine Rundenlaufbahn 374 Meter, ein Umkleidegebäude mit vier Umkleiden, inklusive Sanitärraum, an die Polizeisportvereinigung Leoben zu einem überaus günstigen Preis – 7000 Schilling pro Jahr, ungefähr 700 Schilling pro Monat – verpachtet wurde. Der Mietvertrag wurde bereits am 28. November 1997 abgeschlossen, und es wurde mit Unterstützung und Förderung der Gemeinde vom Polizeisportverein eine Hackschnitzeltrainingslaufbahn errichtet. Die Stadtgemeinde Leoben wird daher die Notwendigkeit und den Umfang einer erforderlichen Ersatzlaufbahn für Trainingszwecke in Kunststoffausführung ebenfalls prüfen und sich einer Ersatzbeschaffung nach Maßgabe der Erfordernisse sicher nicht verschließen. Ich darf anführen, daß in der Stadt 26 Sportvereine sind. Wenn ich an die letzte Sportlerehrung denke – ich habe Ihnen sämtliche Einrichtungen dargestellt –, sehen Sie aber auch den Erfolg. Bei der letzten Sportlerehrung: ein Weltmeister, zwei dritte Plätze bei Weltmeisterschaften, zwei zweite Plätze bei Europameisterschaften, drei Plätze bei Europameisterschaften, 15 österreichische Meister, 38 steirische Meister in den Disziplinen Kickboxen, Wasserschi, Leichtathletik, Schisport, Stocksport, Radsport, Sportkegeln, Sportschießen, Volleyball, Tischtennis, Judo. Ich glaube, allein diese Aufzählung zeigt Ihnen, daß die Einrichtungen nicht nur genützt werden, sondern erfolgreichste Sportler im Rahmen der Stadt tätig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Aus meinen Ausführungen sehen Sie, daß sich die Stadt Leoben ganz besonders bemüht, ihren Ruf als Sportstadt ganz besonders Rechnung zu tragen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (15.55 Uhr): Ich möchte mich nur ganz kurz zu Wort melden. Es ist richtig, was Herr Kollege Ussar gesagt hat. Also Leoben bietet wirklich genügend Möglichkeiten für die Jugend, Sport zu betreiben. Auch Tivoli ist einzigartig und gerade für die technischen Sportrichtungen hervorragend, allerdings was fehlen würde, wenn es zu einer Schließung dieser Sportanlage kommen würde in der Au, so wie es jetzt

eben vorgesehen ist, wäre, daß die Leichtathleten keine Möglichkeiten mehr hätten, professionell zu trainieren. Es hat mich gefreut, daß Sie gesagt haben, Kollege Ussar, nach Maßgabe der Erfordernisse. Sie werden wahrscheinlich auch die Erfolge des Polzeisportvereines Leoben kennen. Es gibt Weltmeister, es gibt Staatsmeister, es gibt Landesmeister, und zwar in jeder Altersgruppe. Auch die Jugend ist engagiert und trainiert täglich. Deshalb ist es auch nicht möglich, daß – so wie Bürgermeister Konrad auch einmal vorgeschlagen hat – die Jugend nach Kapfenberg fahren soll, weil das einfach von der Zeit her nicht möglich ist. Wenn sie täglich trainieren, ist es von den zeitlichen Ressourcen her, ich denke nur daran, die Kinder haben bis 14, 15 Uhr nachmittags Schule, gar nicht möglich, eine halbe oder dreiviertel Stunde in Kauf zu nehmen, um nach Kapfenberg zu kommen und um dort vielleicht zwei Stunden zu trainieren und dann wieder zurückfahren müssen. Das wäre – wie schon gesagt – von der zeitlichen Ressource her nicht möglich. Es wäre natürlich auch für Leoben ein Vorteil, wenn eine professionelle Laufbahn kommen würde, weil es im ganzen Bezirk und in der Umgebung keine Laufbahn eines solchen Ausmaßes gibt. Wenn Leoben so eine Anlage hätte, dann würde sich die Obersteiermark sicherlich noch mehr zum sportlichen Zentrum entwickeln. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.57 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich darf jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitten, ein Handzeichen zu geben. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

7. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1017/1, betreffend Steirische Wirtschaftsförderung, aktueller Entwicklungsstand der steirischen Impulszentren; Förderungsstatistik 1997 – KMU-Anteil.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hohegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (15.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 1999 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1017/1, betreffend Steirische Wirtschaftsförderung, aktueller Entwicklungsstand der steirischen Impulszentren, Förderungsstatistik 1997, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht, betreffend Steirische Wirtschaftsförderung, aktueller Entwicklungsstand der steirischen Impulszentren, Förderungsstatistik 1997 – KMU-Anteil, wird zur Kenntnis genommen. (15.58 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (15.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich habe im Rahmen der Wirtschaftsdebatte hier im Hohen Haus ausführlich auf die Situation in der Obersteiermark, vor allem im Bezirk Leoben, hingewiesen. Der Anteil, der 1980 noch ein Drittel aller steirischen Arbeitsplätze bot, ist in der Obersteiermark auf nur ein Viertel zurückgegangen. Die von Herrn Univ.-Prof. Faßmann durchgeführte Evaluierung der Bevölkerungsprognose – der ÖROK – für den Raum Obersteiermark hat selbstverständlich – wie ich schon einmal gesagt habe – größte Sorgen ausgelöst. Wenn auch inzwischen eine neue Prognose von Herrn Prof. Tichy vorliegt, so können wir doch auch nach dieser Prognose davon ausgehen, daß es unbedingt erforderlich sein wird, ernsthaft gegensteuernde Maßnahmen in der Obersteiermark zu treffen. Ein wichtiges Instrument in dieser Hinsicht ist selbstverständlich auch die Steirische Wirtschaftsförderung. Uns liegt heute die Förderungsstatistik 1997 vor, und schon im Wirtschaftsbericht des Landes Steiermark für 1997, der in Zusammenarbeit mit Joanneum Research erstellt wurde, sehen wir auf Seite 39, daß im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes 22,3 Prozent der 1997 genehmigten Mittel in die Obersteiermark, 56,5 Prozent in die Süd-, Ost- und Weststeiermark und 9,1 Prozent in den Zentralraum Graz gingen, und 12,1 Prozent der Förderungsmittel konnten regional in diesem Bericht nicht zugeordnet werden. Allein diese Statistik, sehr geehrte Damen und Herren, zeigt, daß es dringend notwendig ist, entsprechende Mittel der Wirtschaftsförderung besonders in der Obersteiermark einzusetzen. Am 21. Dezember 1998 hat nun die Steiermärkische Landesregierung die von uns in den regionalen Entwicklungsbeiräten erarbeiteten Projektbandbücher mit den regionalen Leitprojekten zur Kenntnis genommen und die zuständigen Dienststellen beauftragt, die Regionen bei der Umsetzung dieser Leitprojekte besonders zu unterstützen. Ich habe, sehr geehrte Damen und Herren, die Leitprojekte des Bezirkes Leoben bereits in einer der letzten Sitzungen ausführlich im Hohen Haus geschildert und die besondere Unterstützung der Landesregierung gefordert. In der heutigen Vorlage scheinen unter geplante Impulszentren beziehungsweise regionale Initiativen – geplanter Projektstart Ende 1998 – das Wirtschafts- und Unternehmerzentrum Leoben und das Logistikcenter Leoben auf. Ich möchte diese Liste ergänzen und um besondere Förderung auch für das Werkstoffkompetenzzentrum, das Zentrum für angewandte Technologie, den Gewerbehafen Leoben-Ost, den Wirtschaftspark Leoben-West, die Projekte „Einkaufen in Leoben“, Neukonzeption des Stadtmuseums als Schwerpunktzentrum und das Museumsviertel ersuchen, aber besonders auch Jugendbeschäftigungsinitiative, Freizeitanlage in der Au, Hotelneubau am Standort Busbahnhof, Stadion Donawitz als Großveranstaltungsstätte und die Verlängerung der Südbahnstraße Leoben-Nord, weiters die Förderung von AT&S in Hinterberg und der Langproduktengruppe der Voest. Sehr geehrte Damen und Herren! Als Stadt Leoben und als Tor zur Eisenstadt sind diese Projekte für unsere Region von besonderer Bedeutung. Für das Logistikcenter, welches in der Vorlage, wie schon erwähnt, auf-

scheint, ist eine Förderungszusage bis Mitte Februar, sehr geehrter Herr Landesrat, dringend notwendig. Ich ersuche dich ganz besonders, da die Investitionen und der Umbau erst nach Vorliegen der schriftlichen Förderungszusage freigegeben werden, diesem Projekt besonderes Augenmerk zuzuwenden. Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß. Die Sicherung der Arbeitsplätze, neue Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, eine lebenswerte Umwelt, erschwingliche Wohnungen und sichere Pensionen werden auch weiterhin Schwerpunkt unserer Arbeit sein müssen. Tun wir alle gemeinsam alles, damit die Jugend auch in unserer Region eine Zukunft hat, wie wir es auch gehabt haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hohegger, dem ich es erteile.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (16.05 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Wir können, wenn wir von Impulszentren in der Steiermark sprechen, mit Freude feststellen, daß hier eine Innovation von der Steiermark ausgegangen ist. Es wurde im Jahre 1996 der erste Technologiepark in Österreich, nämlich in Graz, eröffnet, und es gibt heute nahezu keinen Bezirk des Landes, wo nicht in Form eines regionalen Leitprojektes ein Technologiepark oder ein sogenanntes Innovations- oder Impulszentrum in Bearbeitung ist. Insgesamt hat das Land in diese Projekte über 80 Millionen an Förderungsschillingen investiert. Es wurde dadurch insgesamt steiermarkweit ein Investment von 300 Millionen Schilling realisiert. Mit besonderer Betonung sei von hier aus festgestellt, daß in diesen regionalen, über die ganze Steiermark verteilten Projekten und in Impulszentren an die 180 Unternehmen betreut und über 1000 Mitarbeiter beschäftigt werden. Überhaupt glaube ich, daß die Technologiepolitik des Landes hier Wirkung zeigt, daß wir hier in unserem Lande mit diesen Innovationszentren und Impulszentren den Strukturwandel in unserem Lande in eine sehr gute national und international anerkannte Richtung gebracht haben. Dies zeigen auch die Beschäftigungsziffern: Allein von 1995 bis zum heutigen Tag hat die Beschäftigung in unserem Lande von 404.000 auf 412.000, das ist ein Plus von 8000 in drei Jahren, zugenommen. Ich betone es auch von dieser Stelle immer wieder, daß wir auch mit Freude festzuhalten haben, daß auch die Arbeitgeberbetriebe in unserem Lande immer wieder zunehmen, das heißt, daß die neu gegründeten Unternehmen immer mehr auch zu Beschäftigern und Beschäftigungs- und Arbeitgeberbetrieben werden. Es sei mir gestattet, besonders darauf hinzuweisen, daß wir hier nicht nur den Strukturwandel im wirtschaftlichen Bereich letzten Endes zur Kenntnis nehmen müssen, sondern daß auch im Bereich der Produktionsfaktoren ein besonders relevanter Strukturwandel Platz greift, das heißt, daß heute mehr denn je Wissen, Information und Kapital letzten Endes die entscheidenden Faktoren darstellen. Das führt dazu, daß diese Faktoren besonders mobile Faktoren darstellen, das heißt, daß wir hier eben im internationalen Wettbewerb massiv gefordert sind. Wir

wissen auch und müssen zur Kenntnis nehmen, daß die neuen Wachstumsfelder im Beschäftigungsbereich nicht mehr die Produktionsbereiche sind, sondern daß wir primär im Bereich der Betreuung, der Beratung, der Lehre, der Forschung, der Entwicklung, im Managementbereich, im Organisationsbereich die größten Wachstumsfelder, im sogenannten sekundären Dienstleistungsbereich, die größten Beschäftigungszunahmen erwarten dürfen, und nicht mehr, wie das früher noch der Fall war, daß wir sehr produktions- und auch reparaturorientiert im Beschäftigungsbereich hier agieren konnten. Das heißt, daß wir auch immer mehr eine Wissensgesellschaft werden und daß in modernen Unternehmen der Vermögensaufbau nicht so sehr am Bankkonto oder in der Bilanz stattfindet, sondern daß hier vor allem auch der Vermögensaufbau im Wissensbereich der Mitarbeiterschaft, im Wissensbereich, im Humankapital Platz greift und seinen Stellenwert hat. Hier sei auch angemerkt, daß die Bemühungen des Landes Steiermark im Bildungsbereich, im Qualifikationsbereich, in den Ansätzen im Bereich des Wissensmanagements nicht genug gewürdigt werden können. Ich darf mit der Lehrlingsausbildung beginnen. Unsere Bemühungen der letzten Jahre, es war schwierig genug, aber die Erfolge sind auch in unserem Lande in diesem Bereich da. Wir haben Beachtliches auf dem Sektor des Fachhochschulsektors zustande gebracht, und wir sollten nicht vergessen, daß wir unseren universitären Bereich mit unseren Universitäten in der Steiermark diesbezüglich entsprechend würdigen sollen, daß uns das selbst bewußt ist, daß wir hier elementare Partner für die Zukunft im Bereich des Wissensmanagements in unserem Lande vorfinden. Wir haben noch eine ganz spezielle Aufgabe zu lösen: Wenn wir unsere Arbeitslosenstatistik betrachten, dann stellen wir immer noch fest, daß über 40 Prozent aller Arbeitslosen als höchstes Bildungsniveau eine Pflichtschulausbildung aufweisen. Ich bin überzeugt, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten oder in der nächsten Zeit auch hier in der Steiermark besonders gefordert sind. Ich darf auch, was die Standortqualität diesbezüglich anbelangt, eine WIFO-Analyse hier zitieren. Hier wird von der Steiermark erwähnt: Zwei Faktoren zeichnen den Standort Steiermark gegenüber dem übrigen Österreich besonders aus: Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitskräfte und eine global orientierte Industrie, die insbesondere im Wege der Zuliefervernetzung (Clusterphilosophie) auch kleineren Investoren den Zugang zum Weltmarkt öffnet. Ich glaube, daß wir hier richtige Wege eingeschlagen haben und richtige Wege beschreiten, daß wir aber nach wie vor voll gefordert sind, hier weiters innovativ aktiv zu sein und die Problemstellungen in den Griff zu bekommen. Wenn wir auch die Beschäftigung letzten Endes als die wirtschaftspolitische Causa Prima darstellen, so müssen wir uns auch immer wieder vor Augen führen, daß der Produktionsfaktor Humankapital ganz einfach in unserem Lande wohl zu den wertvollsten, aber auch zu den teuersten gehört, und daß man hier, wenn möglich, politisch das eine oder andere nachjustieren sollte. Ich darf hier auch eine Wirtschaftsbundforderung sozusagen zum Besten geben: „Diesbezüglich sollte das Motto lauten: mehr netto, weniger brutto“, das heißt, daß wir hier auf der Arbeitskostenseite, auf der Seite der Humankapital-

preise etwas zustande bringen. Es ist auch im Tagesordnungspunkt die Förderstatistik 1997 noch angeführt. Diesbezüglich sei mir als Mitglied des Wirtschaftsförderungsbeirates gestattet, hier anzumerken, daß wir wohl eine der modernsten Wirtschaftsförderungsgesellschaften Österreichs in unserem Lande aufzuweisen haben. Das ist auch in der Weise anerkannt, daß wir hier im Wirtschaftsförderungsbeirat auch immer einstimmige Beschlüsse fassen, obwohl sehr viel oder manchmal entsprechende Kritik vor allem von der Sozialdemokratie angeführt wird. Wir wissen, daß wir im Beirat im Interesse des Landes und im Interesse der Beschäftigung eine gut klimatische Vorgangsweise vorfinden. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir auch in Zukunft für die Steiermark in diesem Bereich der Innovation und der Qualifikation und damit der Beschäftigung gut vorankommen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.14 Uhr.)

Präsident: Als nächsten Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Riebenbauer das Wort.

Abg. Riebenbauer (16.14 Uhr): Spöttische Bemerkungen zu meinem Namen, die noch nicht lesen können, die ein Ü und ein I nicht auseinanderkennen. Schicksal.

Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren! Vielleicht sind Sie etwas erstaunt, wenn ich als sogenannter Bauernvertreter zum Thema Wirtschaft etwas sage, aber es liegt mir einfach am Herzen. (Abg. Gennaro: „Ist ja auch Wirtschaft!“) Richtig, Herr Kollege. Weil ich glaube, daß vor allen Dingen für den ländlichen Raum diese Partnerschaft Wirtschaft – Konsument – Arbeitnehmer – Arbeitgeber – Landwirtschaft entscheidend und wichtig ist. Darum bin ich auch froh darüber, daß in dieser Wirtschaftsförderungsstatistik 1997, die in der Regierungsvorlage vorliegt, ersichtlich ist, daß gerade in der Steiermark die kleinen und mittleren Unternehmen durch diese Wirtschaftsförderung enorm gestützt werden. Gefördert wird vor allen Dingen das Wachstum der Wirtschaft, die Unterstützung der Forschung und der Entwicklung, die Verbesserung von Umweltsituationen, die Beratung und der Technologietransfer sowie die Kooperation von Unternehmungen. Gerade von diesen Förderungen haben eigentlich die kleinen und mittleren Unternehmen starke Vorteile. 95 Prozent der Förderungsfälle betreffen kleine und mittlere Betriebe. Diese 95 Prozent nützen 60 Prozent der Wirtschaftsförderungsmittel aus. 68 Prozent der Fälle und insgesamt 43 Prozent des Förderungsvolumens kommen Betrieben mit bis zu 50 Mitarbeitern zugute, also gerade jenen kleinen und mittleren Betrieben und Unternehmen, die vor allen Dingen in unseren ländlichen Gebieten sorgen, daß wir auch in diesen ländlichen Gebieten Arbeitsplätze haben und Arbeitsplätze geschaffen werden.

5 Prozent der geförderten Betriebe waren Großunternehmen, die mehr als 40 Prozent der Förderungsmittel bekommen haben. Und jetzt kann man fragen, ja ist das überhaupt richtig? Man muß aber, glaube ich, in diesem Wirtschaftsbericht zur Kenntnis nehmen, daß ohne Berücksichtigung der Magna-Ansiedelung die Situation wesentlich anders ausschauen würde, da

würden sich 20 Prozent auf Großbetriebe verteilen und 60 Prozent auf die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir brauchen aus meiner Sicht die kleinen und mittleren Unternehmen genauso wie die Großbetriebe, weil beide können sich auch wirtschaftlich sinnvoll ergänzen. Und gerade für unsere ländlichen Regionen, in denen ja die meisten von uns zu Hause sind, überwiegen eben diese kleinen und mittleren Betriebe, und da ist diese Förderung unbedingt notwendig. Wenn wir diese Betriebe nicht hätten, so hätten wir vor allen Dingen auch in unserem Bezirk Hartberg sicherlich noch viel mehr Auspendler, wo wir ohnehin zuviele haben und gerade diese Betriebe schauen, daß auch wir in unserem Bezirk selbst Arbeitsplätze erhalten können.

Ich möchte mich an dieser Stelle als Bezirksverantwortlicher namens der steirischen Volkspartei bei den kleinen und mittleren Betrieben in der gesamten Steiermark bedanken, die die Bereitschaft zum Risiko haben und die die Bereitschaft haben zu entwickeln. Vor allem können wir stolz und dankbar auf jene Menschen sein, auf jene Jungübernehmer, die noch bereit sind, Jungunternehmen zu gründen, die das Risiko auf sich nehmen und den Mut haben, einfach neu einzusteigen, ein Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, ich war vorher eigentlich ein bißchen frustriert bei der Frauendebatte. Ich glaube, es ist uns allen klar und bewußt, ein Betrieb kann nur dann erfolgreich sein, kann nur dann erfolgreich wirtschaften, wenn das Verhältnis paßt. Wenn das Verhältnis paßt zwischen Chef, Mitarbeiter und zwischen den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern. Das ist eine Grundvoraussetzung, daß erfolgreich gewirtschaftet wird. Viele unserer Arbeitnehmer wissen sehr wohl zu schätzen, welche Leistungen ihre Chefs erbringen. Und umgekehrt ist es genauso. Viele unserer Unternehmer wissen es sehr wohl zu schätzen, was es heißt, tüchtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben. Dieses gemeinsame Miteinander ist aus meiner Sicht das Wichtigste, und das muß man auch positiv erwähnen, und darauf muß man immer wieder hinweisen. Nicht ein Gegeneinander, nur ein Miteinander wird unsere Arbeitsplätze auch in Zukunft in der Steiermark erhalten, darauf möchte ich besonders heute an diesem Tage hier hinweisen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Zweites, weil innovative Betriebe besonders erwähnt worden sind, welche neue Impulse geben in den Regionen. Neuen Impuls in unserem Bezirk gibt es durch den Öko-Park Hartberg, er wurde ja hier im Hohen Hause schon öfter diskutiert. Nach dem ersten Jahr hat es eine Erfolgsmeldung gegeben. Fünf Betriebe neu angesiedelt auf diesem 14 Hektar großen Gelände. Das Ziel des Öko-Parkes Hartberg, für den sich Herr Dipl.-Ing. Fink besonders intensiv einsetzt, ist es, in den nächsten fünf Jahren 15 Umweltbetriebe mit 10 bis 20 Mitarbeitern dort anzusiedeln. Das Joanneum Research konnte vor allen Dingen im Forschungsbereich, der für unsere Region so wichtig ist, der für die Unternehmer so wichtig ist, neu angesiedelt werden, und ich bin überzeugt davon, daß diese Kombination Wirtschaft und Forschung gerade in unserer Region sehr von Vorteil ist. Der Öko-Park Hartberg, meine geschätzten Damen und Herren,

zeigt klar und deutlich mit den erfolgreichen Unternehmen auf, daß Umwelt und Wirtschaft kein Widerspruch sind, sondern daß Umwelt und Wirtschaft gerade in den ländlichen Regionen sich ergänzende wichtige Partner sein können, die wirtschaftlichen Erfolg in unsere Regionen bringen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.20 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage über die steirische Wirtschaftsförderung, die aktuelle Entwicklung der steirischen Impulszentren und die Förderstatistik 1997 über KMUs und deren Anteil ist eine, die durchaus dem entspricht, was sich der Landtag schon vor Jahren an Maßnahmen vorgenommen hat, und ich glaube, daß vieles von dem, was hier geschehen ist, durchaus auch erfolgreich war und erfolgreich ist. Was wollten wir? Wir wollten im Prinzip nichts anderes, als jungen Menschen oder Leuten, die über das nötige Know-how verfügen, auch einen Start und eine Startmöglichkeit geben, um ihr Wissen auch umzusetzen, Unternehmen zu gründen, damit auch Arbeitsplätze zu schaffen und damit auch Voraussetzungen für eine Verbesserung der Struktur im klein- und mittelständischen Betriebsbereich.

Was wir sicherlich zu überlegen haben, ist, brauchen wir eine Stützung dieser klein- und mittelständischen Betriebe, wie es Kollege Riebenbauer gesagt hat, oder brauchen wir eine Initialzündung, einen Impuls, um ihnen auf die Beine zu helfen, damit sie selber laufen können? Ich bin davon überzeugt, daß das Erstere das Wichtige ist; und wir sollen hier diese ganzen Gründerzentren, Innovationszentren und so weiter auch als solche sehen.

Was gehört denn im Prinzip dazu, daß diese Betriebe florieren können? Es gehört außer dieser eben zitierten Starthilfe natürlich dazu auch eine entsprechende Steuerpolitik, die es den Unternehmungen ermöglicht, dann, wenn sie Fuß gefaßt haben, auch aus der Tätigkeit, die sie ausüben mit ihren Mitarbeitern, dann auch jenen entsprechenden Gewinn zu ziehen, der es ihnen ermöglicht, weiterzubestehen. Das ist eine sehr wesentliche Forderung.

Als weiteren Punkt brauchen wir eine gesunde Infrastruktur, wir brauchen eine verbesserte Infrastruktur, was den Verkehr betrifft, was die Datenhighways betrifft. Und auch hier sind große Mängel, die es noch zu bewältigen gibt. Aber man sieht, langsam aber sicher bewegen sich die Dinge, und man könnte davon ausgehen, daß man hier auf der richtigen Spur ist.

Was aber sehr wichtig ist und wo wir noch Probleme haben, das ist das Humankapital und die Ausbildung dieses Humankapitals. Wir brauchen ausgebildete Leute. – Kollege Riebenbauer hat das ja auch angeschnitten, daß hier in diesem Zusammenhang noch einige Mängel offen sind, und vor allem Kollege Hochegger hat gemeint, es ist hier das Problem in der

Arbeitslosigkeit und in der Bewältigung der Arbeitslosigkeit die Minderausbildung und der niedrige Bildungsstand. Was heißt das bitte? Das heißt, daß wir unser Schulsystem, unser Ausbildungssystem zu überdenken haben. Da gibt es Modelle, zum Beispiel in den USA geht der Pflichtschulbereich bis zum 18. Lebensjahr. Dort gibt es also Möglichkeiten, sich weiterzubilden und parallel dazu auch eine bestimmte, allerdings für mich nicht ausreichende fachliche Qualifikation sich zu erwerben. Es ist aber auch notwendig, daß wir jenen Leuten, die aus dem Grundschulbereich hinausgehen, die Möglichkeit geben, zu mehr Wissen Zugang zu haben. Wir müssen daher die höherbildenden Lehranstalten in den verschiedensten Bereichen, von den HTLs bis hinauf zu den Fachschulen und den Universitäten, dementsprechend ausstatten, daß wir auf der einen Seite sicherlich den akademischen Betrieb etwas entrümpeln, ihn damit auch wieder attraktiver machen und dazwischen drinnen Stufen haben, wo Abgänger aus diesem Bereich zwar nicht die Ultima ratio, sprich den akademischen Grad und das damit verbundene Wissen sich erworben haben, sondern für eine ganz bestimmte Nische durchaus das entsprechende Auslangen finden. Das findet in anderen Ländern statt mit dem Bakkalaureat und mit einem Diplom, und das kann in diesen verschiedenen Stufen durchaus die bunte Palette der Notwendigkeiten, die die Wirtschaft und auch die Betriebe brauchen, abdecken. Ein sehr wesentlicher Faktor, der nicht soviel Geld kostet, ist der, daß wir uns bemühen, die bürokratischen Hürden, die wir in vielen Bereichen für die Betriebe, auch für die Ausbildung und auch für die Notwendigkeiten, die damit verbunden sind, soweit abzubauen und soweit den Notwendigkeiten der Zeit anzupassen, daß wir hier mit diesen fünf Punkten durchaus in der Lage sind, auf der einen Seite die Voraussetzungen für solche Unternehmungen zu schaffen, von der Starthilfe bis hin zur Zurverfügungstellung von diesem Humankapital, und daß wir dann in der Lage sind, diesen Betrieben auch mit der entsprechenden steuerlichen Zuwendung ein Leben zu ermöglichen, um somit etwas zu erreichen, was ich und wir alle, glaube ich, mit dem Terminus Wirtschaftsförderung verbinden.

Wirtschaftsförderung kann man nur in dem Zusammenhang sehen, daß wir dafür sorgen, daß unsere Unternehmungen Voraussetzungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, in diesem Klima zu wirken und damit auch jene Arbeitsplätze zu schaffen, die wir brauchen, um unser dann auch besser ausgebildetes Humankapital auch entsprechend unterzubringen, um dort jene Voraussetzungen zu schaffen, die uns auch – und ich möchte auf die vorhergehende Debatte gar nicht eingehen, weil sie so weit an der Realität vorbeigegangen ist – jenen sozialen Frieden sichern, den wir sicherlich alle miteinander haben wollen. Wenn wir das tun, dann werden wir sicherlich in der Lage sein, diese Voraussetzungen zu schaffen. Es spielen viele Elemente hinein, es ist der Landtag gefordert, es ist der Bund gefordert, es sind die Kommunen gefordert und es ist sind vor allem auch die Ausbildungsstätten, die Schulen gefordert, auch in ihrem unmittelbaren Wirkungsbereich ein bißchen auf die Notwendigkeit für einen späteren Wirtschaftsberuf oder was immer für einen Beruf einzugehen, und sich nicht nur auf die reine Vermittlung von Wissen in der bisherigen Form,

sondern auch in einer etwas angepaßten Form auszusprechen und dementsprechend zu arbeiten. Wenn wir das tun, und wenn wir diese Voraussetzungen erfüllen, dann bin ich überzeugt davon, daß wir die Instrumentarien, die wir jetzt derzeit dazu verwenden, um unsere Unternehmungen zu stützen, schließlich, wenn diese Dinge florieren, dafür einsetzen könnten, um noch bessere Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Unternehmen auch wettbewerbsfähig bleiben. Dann können wir uns daraus zurückziehen, immer wieder eingreifen zu müssen und zum Teil Sterbehilfe und sonstige Zuwendungen in Unternehmungen leisten zu müssen. Diese Form der Wirtschaftsförderung mit allen damit verbundenen Komponenten würde dafür sorgen, daß wir auch die Probleme, die wir am Arbeitsmarkt haben, eher lösen können als allein damit, daß wir jene Mittel den gut florierenden Unternehmen über überhöhte Steuern aus der Tasche ziehen, um die maroden und zum Teil nicht mehr lebensfähigen Unternehmungen am Leben zu halten. Irgendwo gibt es ein Gleichgewicht, ein Äquilibrium, das wir finden müssen. Und wenn uns das gelungen ist, dann wird uns auch um die Wirtschaft nicht bange sein müssen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 16.29 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Purr das Wort.

Abg. Purr (16.29 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man sich mit dem Wirtschaftsförderungsbericht 1997 auseinandersetzt, so kommen wir, glaube ich, alle zur Erkenntnis, daß dieser Bericht einen Beweis für eine konsequente, unternehmensorientierte und technologieorientierte Wirtschaftspolitik darstellt. Die Förderungsschwerpunkte dieses Wirtschaftsförderungsberichtes 1997 liegen eigentlich auf dem Sektor der Gründungen und des Wachstums von innovationsorientierten Betrieben und auch in der Schaffung und Erhaltung qualifizierter Arbeitsplätze.

Ich freue mich sehr, daß mein Kollege Riebenbauer die kleinen und mittleren Unternehmen hier hervorgehoben und auch auf den Umfang der Förderungsfälle hingewiesen hat. Denn eines, meine Damen und Herren, sei gesagt, wir brauchen die großen und wir brauchen die kleinen und die mittleren Unternehmen, um nicht nur das Leben in diesem Land lebenswert zu gestalten, sondern auch die Vielzahl der Arbeitsplätze landauf, landab zu sichern und neue zu ermöglichen, denn auch die kleineren und mittleren Betriebe investieren viel, sind gezwungen, ihre Gewinne in die Investition zu stecken, sind gezwungen aber auch für das, was sie an Mittel aufnehmen, entsprechend zu haften. Und das ist ganz besonders hervorzuheben!

Wenn wir lesen, daß Großbetriebe – ich nenne hier keine Namen, aber wir kennen sie alle – dann mit zig Millionen und Hunderten Millionen in Konkurs gehen, die Banken dann plötzlich mitziehen müssen, darf ich sagen, die goldenen Klänke und die ledergepolsterten Sessel der Banken zahlen in erster Linie jene, die für ihre aufgenommenen Kredite haften und schön brav halbjährlich, vierteljährlich ihre Zinsen dafür

auch entrichten. Deshalb besondere Anerkennung all jenen, die mutig sind, Betriebe zu führen und die Arbeitsplätze für andere schaffen.

Meine Damen und Herren, die Aufgabenstellung für das Land Steiermark, für den Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl, aber auch für die Landesregierung insgesamt ist eine wirklich riesige, ist eine wirklich große, unfassbar große, denn letztendlich kann das Land nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Das Land kann nur dort und da Impulse geben, Impulse setzen, und jetzt sage ich im weitesten Sinne, auf einer anderen Ebene, ein Beweis dieser Wirtschaftspolitik sind die Impulszentren, die heute schon ausführlich genannt wurden.

Meine Damen und Herren, aber eine Wirtschaft in der heutigen Zeit, in diesem Wettbewerb, weltweiten Wettbewerb – um das Wort „global“ nicht unbedingt dafür zu mißbrauchen – braucht natürlich auch Reformen. Ich sage das jetzt völlig leidenschaftslos, und ich möchte da niemanden angreifen, es ist das ein Resultat der Erkenntnisse eigentlich, von dieser Regierung, die wir haben, die wir viele Jahre haben, sind Reformen im wahrsten Sinne des Wortes nicht zu erwarten, ist nicht möglich. Wir haben überwiegend Leute, die längst weit davon entfernt sind, die Verantwortung für Betriebe zu tragen. Und wenn ich dann lese in der Zeitung, „Beschäftigungsverträglichkeitsprüfung ist umzusetzen“, dann darf ich sagen, großartig, von einer Vereinfachung oder Liberalisierung der Wirtschaft ist in all den Punkten, die ich in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen habe, überhaupt nichts zu hören. Dringendst notwendig wäre einerseits eine Steuerreform oder andererseits zu überdenken, daß dieses staatlich geschützte zentrale Gebäude der Sozialversicherungen auch einmal einer Reform bedürfte. Die Gängelung durch AMS wird uns für die Zukunft nicht Arbeitsplätze vermitteln, wird uns auch nicht Arbeitsplätze schaffen. Ich nehme Abstand von jeglicher Boshaftigkeit und sage wirklich nur AMS, und nicht Arbeitsplatzmarktverwaltungsstudio – das würde zwar besser passen –, denn, meine Damen und Herren, was wichtig wäre zu überlegen auch bei der Steuerreform, daß es einen Ausbildungsfreibetrag gibt, da derzeit ja nur Fortbildungskosten abgesetzt werden können. Das wäre ein Weg.

Zum anderen, was die Schwarzarbeit betrifft, die da Schlagzeilen gemacht hat. Es ist zwar eine wunderbare Vereinbarung auf höherer Ebene. In der Tat müssen wir eines sagen, warum haben wir die Schwarzarbeit, ich meine damit Arbeit, die nicht gemeldet ist, Arbeit, die erfolgt, ohne Sozialversicherungsleistungen zu erbringen, Arbeit, die erfolgt, ohne Umsatzsteuer zu bezahlen, Arbeit, die erfolgt, ohne Lohnsteuer zu entrichten, keine Kammerumlagen zu bezahlen. Ich meine damit jetzt primär genau diese, und nicht jene, die sagen, ist das von einem Unternehmen geleistet worden. Ich bin eigentlich der, der sagt, wichtig ist, daß die Steuern bezahlt werden, daß die Steuern nicht hintergangen werden. Das ist das Um und Auf. Und dann verteilen sich auch bereits die Kosten. Aber übersehen wir eines nicht, unsere Arbeitskosten in Österreich sind viel zu hoch, und da hat die Regierung in den letzten Jahren bis zum heutigen Tag nie angesetzt. Da habe ich nie ein Zeichen davon gesehen, denn die Höhe der Arbeits-

kosten, meine Damen und Herren, ist es, daß wir damit eigentlich die illegale Arbeit fördern. (Abg. Wiedner: „Die ÖVP ist auch in der Regierung!“)

Wir alle kennen die Mandatsverteilung, der Wähler hat immer recht, ist keine Frage. Und wir kennen alle die Situation, die wir haben. Wir kennen auch die Bedeutung anderer ähnlicher Einrichtungen. (Abg. Porta: „Geht's in die Opposition!“) Ich bekenne mich dazu, daß, wenn wir Maßnahmen treffen, hier eine Weichenstellung zu erfolgen hat.

Meine Damen und Herren, noch in aller Kürze. Ich sehe, die Zeit läuft mir davon. So sage ich eines. Ich habe hier die Lohnnebenkosten in der Entwicklung von 1978 bis 1998, und da sehe ich, daß die Lohnnebenkosten, – damit meine ich Kommunalabgaben, Berufsausbildung, Krankengeld, Gehaltsfortzahlung, Abfertigungen, das fällt unter diesen Begriff – sich verdoppelt haben, von einem 7,3-Prozentanteil auf 14,8. Die gesetzliche Sozialversicherung ist von 31,4 auf 37 Prozent gestiegen. Das nur als Hinweis für die Entwicklung der Situation.

Meine Damen und Herren, für die Stabilität der Wirtschaft sind es zwei Faktoren, die ausschlaggebend sind. Zum einen, stabile Rahmenbedingungen, nicht sich jährlich ändernde neue Belastungen. Man muß Vertrauen setzen können in die Maßnahmen, die auf der Bundesebene im Interesse der Wirtschaft gesetzt werden. Zum anderen muß es eine breite Fächerung der zeitlichen Verteilung der Stärken in der Wirtschaft im Zyklus geben. Die Steiermark hat in den letzten Jahren sehr deutlich mit ihrem Wirtschaftslandesrat Paierl gezeigt, daß es auch möglich ist, Standortbedingungen zu gestalten. Und das ist, glaube ich, die Aufgabe, vor der wir hier stehen, und das ist das, worauf wir auch im Land Einfluß nehmen können. Das Wort Cluster war lange Zeit ein Schlagwort, beinahe ins Lächerliche gezogen, und wir stehen heute da, daß wir sagen können, andere Länder kommen zu uns, um sich daran ein Beispiel zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich über diese Initiativen, die das Land gesetzt hat. Im wahrsten Sinne des Wortes dürfen wir aber als Land und als Landesregierung eines nicht übersehen, es kann nur Hilfe zur Selbsthilfe gewährt werden, alles andere an Entscheidungen, maßgeblichen Weichenstellungen für die Wirtschaft passiert auf der Bundesebene. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.39 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (16.39 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der eigentliche Grund für diese Regierungsvorlage war und ist, daß es nach dem Sommer, wenn Sie sich selbst erinnern, eine Debatte gegeben hat, auch in der Öffentlichkeit oder insbesondere in der Öffentlichkeit, wo es geheißen hat, die Wirtschaftsförderung in der Steiermark, die Wirtschaftspolitik insgesamt, das Wirtschaftsressort macht Fehler, es geht alles nach Graz, und es ist sowieso hier alles nur auf das Zentrum orientiert. Ein Teil der Kritik oder der Behauptungen war, und es kriegen nur die Großen etwas aus den

Wirtschaftsförderungsmitteln des Landes. Ich meinte damals in der Regierung und dann folgerichtig auch hier im Landtag, es ist notwendig, daß das Wirtschaftsressort, insbesondere meine Mitarbeiter, hier eine sehr umfangreiche Information, wie sie ja jährlich über die Wirtschaftsförderungsberichte gegeben wird, jetzt auch noch gezielt herausgehoben aus diesem Wirtschaftsförderungsbericht für den Themenbereich der Impulszentren in den Regionen zusammenstellt und auch dann nochmals aufgliedert die Frage, was hier tatsächlich in diesen Regionen mit diesen Projekten auf die Struktur der steirischen Wirtschaft bezogen gemacht wird. Eine Spezialinformation sozusagen, um diesen Argumenten, die wir ohnedies von Anfang als falsch und als unrichtig entlarvt und zurückgewiesen haben, auch entsprechend sachlich antworten zu können, um auch noch dazu Ihnen in den Regionen und für Ihre Spezialdiskussionen entsprechende Unterlagen zu geben. Ich glaube, darüber noch weiter hier Worte zu verlieren ist müßig und überflüssig.

Ich möchte nur zusätzlich zu dem, was angesprochen wurde, schon sagen, speziell die Obersteiermark betreffend, hier ist gar nicht mehr so aktuell das, was in diesem Bericht drinnensteht. Inzwischen ist eben dieses Logistikzentrum, das Siegfried Ussar angesprochen hat, auf unserem Tisch gelandet und wird von der steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft bearbeitet, und Dr. Kaltenbeck, der hier anwesend ist, hat mir gerade mitteilen lassen, daß selbstverständlich bis spätestens Ende Februar auch die steirische Wirtschaftsförderung diese Unterlagen entsprechend aufgearbeitet und so wie andere Fälle auch unbürokratisch positiv erledigt haben wird. Wir sind glücklich, daß aus den Regionen derartige Projekte kommen. Ich habe gerade am Freitag Gelegenheit gehabt, zusammen mit dem Wissenschaftsreferenten, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, gemeinsam den Spatenstich in Weiz vorzunehmen für das 14. Impulszentrum, immer wieder auf ein Thema bezogen, dort ist es speziell die Energie. Glücklicherweise ist dieses Zentrum schon beim Spatenstich voll. Wir denken schon weiter nach zu konzeptionieren und auch über die Finanzierung nachzudenken, wie man den Ausbau bewerkstelligen kann. Und übrigens ist auch der Ausbau vom AEZ in Zeltweg und dann letztlich auch vom Impulszentrum Technologiepark in Niklasdorf mit jeweils dem Schwerpunkt Thema und ist zum Teil auch schon positiv entschieden. Auch etwas, was eigentlich nicht mehr aktueller Stand der Vorlage ist. Sie sehen, daß das wirklich sehr schnellebige ist. Wir müssen auch schnell sein, weil Gott sei Dank sehr viele Projekte an uns herangetragen werden. Pankl-Komponenten – ich habe heute mit den Abgeordneten aus der Region auch schon gesprochen – wir werden selbstverständlich bemüht sein um dieses so interessante Automobilkomponentenwerk in der Steiermark, auch schon bisher sehr schön gefördert und unterstützt im Sinne der Förderungsphilosophie, die auch der Präsident German Vesko angesprochen hat. Nicht das Geld, sondern das Gesamtpaket entscheidet. Und da wissen wir heute, daß die Qualifikation, daß die Schnelligkeit bei den Genehmigungen ganz entscheidend ist. Viel entscheidender ist, weil ja da Lieferbedingungen, Lieferaufträge in Verbindung sind, als die monetäre Förderung. Präsident Vesko, ich bin ganz

deiner Meinung, die Wirtschaftsförderung ist kein Selbstzweck, hat letztlich das strukturverbessernde Beschäftigungsziel im Auge zu behalten in den Regionen und dann insgesamt auch in der Steiermark.

Und weil du das Ausbildungssystem angesprochen hast. Ich habe Gelegenheit gehabt vor nicht allzu langer Zeit im Raum Nordamerika, also USA, Kanada, mir das anzuschauen. Bitte schön, die schauen sich bei uns das ab. (Abg. Purr: „So ist es!“) Die kommen zu uns, studieren das duale Ausbildungssystem bei uns, die kritisieren zum Beispiel in ihrem eigenen Umfeld, daß die 18-, 19jährigen, wenn sie von der High school kommen, schon viel zu weit sind, sozusagen auch in einer sehr kritischen pubertären Phase sind. Sie wollen diese Facharbeiter zur Ausbildung eigentlich im Alter, wie wir sie haben, im Alter von 14, 15, 16 Jahren. Also die kritisieren aus ihrer Sicht das und sagen auch, es müssen bei ihnen zuviele innerbetriebliche Kurse geführt werden. Die würden sich das, was wir tun, auch für ihre Breitengrade wünschen. Und selbstverständlich immer wieder das Thema der lebensbegleitenden Ausbildung. Meine Damen und Herren, ich halte das überhaupt für die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe schlechthin, klarzumachen, daß diese Flexibilität, und zwar nicht auf dem staatlichen Bereich, sondern auch im privaten Bereich, notwendig ist und auch mehr Freiheiten notwendig sind. Also das ließe sich wieder sehr ausweiten. Wir haben schon an anderer Stelle und bei anderen Gelegenheiten in dem Hause ausführlich diskutieren können. Ich glaube, all das, was heute fast täglich in den Medien über Bemühungen zur Beschäftigungssicherung und Ausweitung gesagt wird, ist zwar richtig, aber entscheidend ist, daß man es umsetzt. Und ob das dann 15 Punkte oder 10 Punkte sind, entscheidend ist, daß man es umsetzt. Ich freue mich besonders, wenn ich heute auch eine Aussage unseres Bundeskanzlers auf den Tisch gekriegt habe, wo die Clusterpolitik für unsere Klein- und Mittelbetriebe österreichweit proklamiert wird. Aber auch da, meine Damen und Herren, der Cluster geht nicht im Sinne eines Hokus-pokusclusters, oder ein paar Leute stehen beinander und dann ist es schon Cluster, so geht es nicht, sondern das ist ein Lernprozeß, ein Ertüchtigungs- und Ermächtigungsprozeß, wie wir ihn gerade sehr erfolgreich im Bereich der Automobilzulieferer, auch wiederum von auswärts schon sehr heftig studiert und sehr heftig nachgeahmt, auch machen und beim Holz detto.

Ich schließe mit dem Dank auch an meine Mannschaft. Diese Information für Sie als Beleg, daß wir auf dem richtigen Weg sind, aber nicht erst seit heuer oder seit dem Vorjahr, sondern das ist ein Prozeß, der schon zehn Jahre dauert. Ich erinnere Sie, der erste österreichweite Technologiepark im Sinne dieser Impulszentren war 1986 in Graz, mittlerweile haben wir 14. In den übrigen Bundesländern haben sie uns das nachgemacht, und sie schlafen nicht. Weil mich Wiedner angesprochen hat – im Bereich von Lebring neben dem Kampf um den Standort Philipps wird dort auch ein Impulszentrum studiert, wird geschaut, daß man mit der Gemeinde, mit der Region das macht. Auch dieses Prinzip ist wichtig, meine Damen und Herren. Wir sind dort ganz im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, Impuls geben, und wir ziehen uns wieder zurück. Das ist kein neuer Verstaatlichungsvorgang.

Ich meine überhaupt, große Gefahr bei jenen zu sehen, die staatliche Beschäftigungsversprechungen gerade in diesen Tagen zum Teil plakatieren oder sehr vollmundig auch politisch darstellen. Das funktioniert nicht. Das führt in die Irre und ist zum anderen auch viel zu teuer. Wir müssen hier Impulse geben – deswegen Impulszentren – im Bereich jener Sektoren, wo wir glauben, daß sie auch zukünftig Wettbewerbschancen haben.

Im dem Sinne nochmals herzlichen Dank auch für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.48 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über den Antrag, Einl.-Zahl 806/1, der Abgeordneten Herrmann, Mag. Erlitz, Schrittwieser und Huber, betreffend die Durchführung von Veranstaltungen durch Vereine.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (16.48 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 806/1, der Abgeordneten Herrmann, Mag. Erlitz, Schrittwieser und Huber, betreffend die Durchführung von Veranstaltungen durch Vereine, beraten.

Von den SPÖ-Abgeordneten wurde am 19. Mai 1998 der Antrag gestellt, an den Präsidenten des Nationalrates mit dem Ersuchen heranzutreten, die Gewerbeordnung dahin gehend zu ändern, daß das Veranstalten von Festen, das Vereinen als Finanzierungsquelle für ihre gemeinnützigen Tätigkeiten dient, vom Anwendungsbereich der Gewerbeordnung ausgenommen wird. In der Regierungsvorlage wird nunmehr mitgeteilt, daß durch die Änderung der Gewerbeordnung die Veranstaltung eines dreitägigen Festes durch gemeinnützige, mildtätige oder kirchlich tätige Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie sonstige juristische Personen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht betroffen ist und somit den Intentionen des Antrages bereits Rechnung getragen ist.

Der Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung zum Antrag der Abgeordneten Herrmann, Mag. Erlitz, Schrittwieser und Huber, betreffend die Durchführung von Veranstaltungen durch Vereine, wird zur Kenntnis genommen. (16.50 Uhr.)

Präsident: Danke.

Zu Wort gemeldet hat sich ebenfalls der Herr Abgeordnete Herrmann.

Der Ordnung halber teile ich mit, daß bei diesem Tagesordnungspunkt den Mitgliedern des Bundesrates das Rederecht zustünde.

Abg. Herrmann (16.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Als wir diesen Antrag gestellt haben, war für die Feuerwehren, aber auch für die anderen gemeinnützigen Vereine, wie wir gut steirisch sagen, Feuer am Dach, denn es wären maßgebliche Finanzierungsquellen beseitigt worden. Der Verwaltungsgerichtshof hat eine Entscheidung getroffen, daß diese Veranstaltungen der Vereine, wie wir es immer schon gewußt haben, nicht legal sind.

Wenn wir aber zum Beispiel nur die Feuerwehren betrachten, welche große Leistungen sie für die Ortschaften bringen, und hier vor allem für die Gesellschaft und für die Allgemeinheit, dann wäre das ein großer Schaden gewesen. Wir, die Verantwortlichen der Gemeinden, sind für die örtliche Sicherheit ebenfalls verantwortlich. Müssen wir diese örtliche Sicherheit über Hauptamtliche durchführen lassen, wir könnten sie uns nicht leisten. Daher sind wir sehr froh, daß wir die sogenannten Freiwilligen, die Idealisten hier haben, die diese Tätigkeit durchführen, wie sie die Feuerwehr durchführt. Die Feuerwehrleute riskieren ihre Gesundheit und auch manchmal ihr Leben bei den Einsätzen. Daher ist es, glaube ich, legal, daß sie mit den besten Geräten, besten Fahrzeugen, aber auch natürlich mit den Unterkünften ausgestattet sind.

Wie schaut nun die Finanzierung bis dato aus? Einen Teil trägt nun ja der Landesfeuerwehrverband oder das Land, über Bedarfszuweisungen die Gemeinden, aber einen Großteil bringen die Feuerwehren selbst auf, eben durch Sammlungen in der Bevölkerung, weil sie dort sehr beliebt sind und diese weiß, welche kostbare Arbeit sie leisten, aber selbstverständlich auch durch Veranstaltungen. Der Gesetzgeber hat diese wertvolle Tätigkeit schon 1993 erkannt, und der Nationalrat hat im Steuerrecht durch die Begünstigung bei der Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer dem Rechnung getragen.

Aber am 25. November 1997, wie ich schon erklärt habe, ist der Verwaltungsgerichtshof zur Erkenntnis gekommen, daß das Veranstalten eines mehrtägigen Festes einer Feuerwehr – und das war ja der Anlaßfall – nach der Gewerbeordnung 1994 verboten ist. Daraufhin haben wir am 19. Mai 1998 den vorliegenden Antrag gestellt, daß dieses Verbot beseitigt wird. Auch der Nationalrat hat die Brisanz dieser Verwaltungsgerichtshofsentscheidung erkannt und am 14. August 1998 die Gewerbeordnung dahin gehend abgeändert, daß ein dreitägiges Fest durch Körperschaften des öffentlichen Rechtes sowie sonstige juristische Personen, welche gemeinnützig, mildtätig oder kirchlich tätig sind, und deren Dienststellungen nach den Bestimmungen des Paragraphen 2 Absatz 1 der Gewerbeordnung als Ziffer 25 gestattet ist.

Es ist nun legal, daß Feuerwehren und andere mildtätige und gemeinnützige Vereine zur Finanzierung diese Veranstaltungen durchführen.

Man muß auch sagen, die ÖVP hat im Nationalrat sehr lange gezögert. Sie hat Befürchtungen gehabt, daß die Gastwirte dadurch Schaden erleiden. Man hat gemeint, daß die Gastwirte diese Konzessionen hergeben. Ich verstehe auch, daß die Gastwirte die Konzessionen nicht so leicht hergegeben haben, denn sie haben ja die Verantwortung getragen. Es ist daher zu einer Art Gegengeschäft gekommen, daß eben die Gastwirte oder die Unternehmer keine Genehmigung mehr brauchen bei einer Standortverlegung. Das heißt, wenn zum Beispiel ein Großkirtag oder etwas ähnliches ist, wo der Gastwirt ein Zelt hat, hat er bis jetzt immer bei der Bezirkshauptmannschaft um eine Standortverlegung ansuchen müssen. Das hat etwas gekostet. Das ist momentan auch weggefallen.

Noch etwas: Es ist auch eine Änderung des Gelegenheitsverkehrsgesetzes gekommen, wo die Beförderung der Wohngäste, Pflegelinge und der Bediensteten von Gastgewerbebetrieben mit Beherbergung von Gästen, von Heilanstalten, von Erholungsheimen und dergleichen durch Kraftfahrzeuge dieser Unternehmen vom eigenen Betrieb zu Aufnahmestellen des öffentlichen Verkehrs hin und umgekehrt sowie in Gemeinden, in denen kein zur Ausübung des Taxigewerbes berechtigter Gewerbetreibender den Standort einer Gewerbeberechtigung hat, gestattet ist.

Abschließend möchte ich sagen, ich glaube, soviel Schaden haben die Gastbetriebe nicht durch diese Feste, denn denken wir nach, würde es diese Vereine und die Feuerwehr nicht geben, würde die Feuerwehr nicht nach Übungen einen Gastbetrieb besuchen, würden Sportvereine keine Siege feiern können und würden die anderen Vereine keine Sitzungen abhalten, es würde den Gastwirten sehr viel entgehen.

Ich bin der Meinung, es war eine sehr sinnvolle und gute Regelung. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.57 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rieser das Wort.

Abg. Rieser (16.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Herrmann hat vorher das Thema „Feuer am Dach“ angesprochen, er hat auch über die örtliche Sicherheit, über die Leistungen der Feuerwehr gesprochen, und ich kann das nur unterstreichen. Nur eines; lieber Herr Kollege Herrmann, ist nicht richtig, daß die ÖVP gezögert hätte. Und ich möchte hier schon ein bißchen ausholen. Du hast das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes klargelegt. Die sozialdemokratische Fraktion im Parlament hat in der Folge einen Entwurf für einen Initiativantrag vorgelegt, der eine Ausnahme der Zeltfeste in der Gewerbeordnung für Körperschaften öffentlichen Rechtes vorsah. Bei Verwirklichung dieser Regelung wären die Vereine ausgeschlossen geblieben, und nicht einmal alle freiwilligen Feuerwehren, da sie in einigen Bundesländern keine Körperschaften öffentlichen Rechtes sind, begünstigt gewesen. Ich denke in diesem Zusammenhang an die freiwillige Feuerwehr in Salzburg und Kärnten. Ich erinnere mich sehr genau, ich war damals noch im Bundesrat, wie wir über diese Misere diskutiert haben. Die Österreichische Volkspartei, die sich bereits in der Debatte um die Novellierung des

Vereinsgesetzes massiv für die österreichischen Vereine eingesetzt hat, hat sich in der Folge klar für eine Erweiterung der Befugnis auch auf die gemeinnützigen Vereine ausgesprochen. Ich möchte auch klarstellen, daß die finanzielle Basis – und hier unterstreiche ich das, was du vorhin gesagt hast – der freiwilligen Feuerwehren eine wesentliche ist. Wenn man bedenkt, daß in der Steiermark alle 14 Minuten unsere Wehrmänner ausrücken müssen und in dieser Situation auch verschiedene Probleme mit sich kommen, nämlich wir leben in einer Zeit, wo in erster Linie auch die technische Ausrüstung vorhanden sein muß. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Feuerwehrleuten danken, die bereit sind, auch Geld zu erwirtschaften, das dann wiederum der Bevölkerung auch zugute kommt.

Und, Herr Kollege, du hast vorhin auch die drei Tage angesprochen, und ich bin in diesem Zusammenhang – und ich möchte das erwähnen – sehr froh, daß alle gemeinnützigen Vereine, ich denke an das Rote Kreuz, ich denke an Kulturvereine, ich denke an Musikvereine, Gesangsvereine, von dieser Novelle auch betroffen sind. Es war natürlich keine einfache Sache, und in diesem Punkt gebe ich dir recht. Es ist in den zehn Verhandlungen aber dann gelungen, und du hast es angesprochen, daß im Gegenzug Erleichterungen für die Gastwirte erreicht werden konnten. Du hast es angesprochen, die Kraftwagensituation in diesem Zusammenhang, und es ist auch in diese Zeit hineingefallen, wo um die 0,5 Promille diskutiert worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir doch froh darüber, daß diese Situation auf Grund eines Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes nun im Interesse der österreichischen Gesellschaft auch gelöst wurde. Österreich, die Steiermark, ist auch ein Fremdenverkehrsland, und es ist wichtig, daß auch die gemeinnützigen Vereine die Chance und die Möglichkeit haben, sich mit Eigeninitiative zu finanzieren. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 17.02 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile es ihm.

Abg. Huber (17.02 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Feuerwehren, Vereine, gemeinnützige Vereine, Festveranstaltung, es ist richtig, das Gesetz ist novelliert worden, und wir haben jetzt wieder eine Rechtssicherheit für diese Veranstaltungen. Nur, Herr Kollege Rieser, da zu stehen und so zu tun, als ob das von der ÖVP gekommen wäre – du hast es zwar dann kurz angesprochen, wie schwierig es bei euch war, wie lange es gedauert hat und daß nicht alle mitgestimmt haben, Herr Kollege Rieser, so wie du da gestanden bist, verkörperst du die ÖVP. Die Worte vor den Vereinen, vor den Feuerwehren, die ihr auch teilweise für Parteipolitik mißbraucht, muß ich dazusagen – (Abg. Rieser: „Herr Kollege!“) Zur Sache noch einmal, Herr Kollege Rieser. So wie du das bringst, ist das eine Frechheit.

Wir wissen, wie das drübergegangen ist, überall zu stehen, wie tüchtig ihr seid, was ihr alles tut, und auf der anderen Seite, wenn es um das Eingemachte geht,

wenn es dann darum geht, diesen Vereinen eine Rechtssicherheit zu verschaffen, dann seid ihr die größten Verzögerer und Verhinderer, das muß ich wirklich gesagt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Das letzte Beispiel. Beim letzten Ausschuß für Sicherheit und Einsatz: Unser Antrag, die Regierung soll sich bemühen, daß die freiwilligen Feuerwehren kostenlose Versicherungen in Anspruch nehmen können. Du hast angeschnitten, wie viele Stunden. Über eine Milliarde Schilling retten unsere Feuerwehren jährlich in der Steiermark. Wir kennen die Summen, über eine Milliarde laut Einsatzbericht bitte. Und ihr habt diesem Antrag nicht zugestimmt, sondern der Regierung zugewiesen, damit wir wieder irgendeine Antwort kriegen. Ich glaube, das wäre eine Notwendigkeit, und es wäre nur recht und billig, wenn wir unseren Feuerwehren kostenlos zu einer Versicherung verhelfen könnten. Das erspart den Feuerwehren das Geld und den Gemeinden, die ja sehr viele Zuschüsse tätigen müssen. (Abg. Bacher: „Da könnten die Sozialversicherungen etwas beitragen!“) Ja, sicher. Kollege Bacher, das ist eben eure Politik. Reden vor den Vereinen, wie gut ihr seid, und wenn es darum geht, Taten zu setzen oder etwas für die Vereine zu tun, dann hören wir nichts, dann wollen wir nichts, weil dann haben wir andere zu vertreten. (Abg. Porta: „Da gleicht beziehungsweise ähnelt ihr euch sehr stark!“ – Abg. Dr. Wabl: „Huber, das kennst du nicht, so etwas?“) Ich muß dir eines sagen, lieber Martin, du kannst einmal zu uns kommen und schauen, wie wir unsere Vereine fördern. Wir haben einen Musikverein mit mehr als 50 Mitgliedern, da sind 40 Prozent Frauen und Mädchen dabei, und der Altersdurchschnitt von diesem Musikverein ist zirka 23 Jahre. Wir wissen, wie wichtig die Feuerwehren für die Jugend sind, eine gute Ausbildung in der Feuerwehr, die Jugend in der Musik und im Sportverein, ganz egal ob Fußball, Tennis, Basketball oder sonst irgendeine Sportart, all diese Dinge sind eine positive Beschäftigung für unsere Jugend, und die darf uns auch etwas wert sein. (Beifall bei der SPÖ. – 17.05 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Die einstimmige Annahme des Antrages darf ich feststellen und komme nun zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 86/11, zum Beschluß Nr. 274 vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Alfred Prutsch, Riebenbauer und Ing. Kinsky, betreffend Abfallwirtschaftsgesetz, praxisbezogen in der Vollziehung der Verordnungen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (17.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es liegt uns ein Bericht vor, wonach die Verbringungsverordnung eine Verordnung des Rates der EU ist. Die Glycerinphase ist als gefährlicher Abfall im Sinne des EG-Verzeichnisses zu qualifizieren.

Ich stelle den Antrag auf Kenntnisnahme dieses Berichtes. (17. 07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (17.07 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sprechen heute soviel über die Notwendigkeit der Kreislaufwirtschaft und die Wiedereingliederung aller Stoffe in den Kreislauf. Bei der Produktion von Biodiesel fällt als Nebenprodukt die sogenannte Glycerinphase an. Die Glycerinphase ist in anderen Ländern ein Wirtschaftsgut, kann dort gehandelt werden, wird weiterverwendet. In Österreich ist das für kleine Betriebe sehr schwierig, sie haben daher Kostennachteile. Das war das Motiv unseres Antrages. Wir wollten diesen Betrieben, vor allem der SEEG in Mureck, ermöglichen, die Glycerinphase auch handeln und wieder wirtschaftlich weiterverwerten zu können.

Das hat sich als nicht gangbar herausgestellt, da es sich um einen gefährlichen Abfall handelt und strenge bürokratische Verbringungs Vorschriften vorliegen.

Nun gibt es inzwischen aber Gott sei Dank eine neue Technologie. Man wird in Zukunft aus Glycerinphase Wärme und Strom erzeugen können, und in Kürze wird die SEEG diesen Weg gehen und der Stadtgemeinde Mureck dann auch diesen Strom verkaufen.

Ein Problem haben wir heute noch bei der Biodieselherzeugung, das ist die Rohstofffrage. Hauptrohstoff ist Raps. Der Rapsanbau ist für die Bauern im Moment nicht sehr attraktiv. Wir werden nicht mit viel mehr oder ausreichend Raps in den nächsten Jahren rechnen können. Ein zweites Standbein für diese Erzeugung ist Altspeiseöl. Hier kann und muß die Sammlung noch verbessert werden. Es gibt eine Reihe von Abfällen dieser Art in der Steiermark, die noch exportiert werden, zum Teil für andere Dinge verwendet werden. Hier kann durch eine Informationskampagne an die Bevölkerung und durch eine Verbesserung der Logistik dieser Stoff auch im Land wieder verwendet werden.

Es zeichnet sich allerdings ein drittes Standbein für die Biodieselerzeugung ab. Tierabfälle gibt es in Hülle und Fülle. Derzeit werden sie exportiert, vor allem zur Herstellung von Kosmetika. Die Konsumenten werden immer kritischer und akzeptieren diese Kosmetika nicht mehr. Es gibt eine neue steirische Technologie, die in den Vereinigten Staaten bereits erprobt worden ist. Man kann aus Tier-, aus Schlachtabfällen ebenfalls Biodiesel herstellen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Weg für die Zukunft.

Biodiesel ist umweltfreundlicher als die herkömmlichen Treibstoffe. Biodiesel ist vollständig biologisch abbaubar und von geringer Giftigkeit für Wasser und Bodenlebewesen.

Darüber hinaus, neben den Umweltvorteilen, schafft die Produktion Arbeitsplätze und hilft unseren Bauern. Wir sollten daher diesen Weg weitergehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.10 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Porta das Wort.

Abg. Porta (17.10 Uhr): Sehr verehrte Damen, sehr verehrte Herren, Herr Präsident, Herr Landesrat!

Daß Müll eine schmutzige Sache ist, ist uns allen bekannt. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, es hat den Anschein, daß auch das Geschäft mit dem Müll ein schmutziges ist.

In den meisten Gemeinden, meine Damen und Herren, ist es jetzt bei der Budgeterstellung zu einer Erhöhung der Müllgebühr gekommen. Begründet wird es meistens von den Bürgermeisterinnen damit, daß sich die Erhöhung des Altlastensanierungsbeitrages von derzeit 400 Schilling in Rechnung schlägt. Ein weiteres Argument ist, daß die Deponiekosten steigen. Meine Damen und Herren, das kann nicht sein, es gibt derzeit ein Überangebot an freien Deponieflächen, die Deponiepreise sinken. Und es kann auch nicht sein, daß diverse Gemeinden die Abfuhr an Privatunternehmen abgeben, diese Unternehmen dieses Abfuhrintervall von sieben auf 14 Tage erhöhen und trotzdem diese Kostenreduzierung an den Bürger nicht weitergeben. Die Bürgermeister argumentieren dann unter anderem noch, wenn wir nicht kostendeckende Tarife verlangen, werden wir der Bedarfszuweisung verlustig.

Meine Damen und Herren, hier gehört – leider sind die beiden Gemeindeferenten nicht anwesend – einmal hinterfragt, ob die Gemeinden effizient und kostenbewußt arbeiten. (Abg. Alfred Prutsch: „Du sprichst zum falschen Tagesordnungspunkt!“)

Liebe Kollegen, es wäre unnötig, die Frau Dr. Karisch hat zu diesem Thema schon fast alles gesagt, und ich könnte nur mehr alles wiederholen, ich könnte ihr nur beipflichten. (Abg. Alfred Prutsch: „Da geht es um das Bundesabfallwirtschaftsgesetz, und das ist für den Hausmüll in der Steiermark nicht zuständig!“) Es geht hier um den Hausmüll. Es geht um die Sache. Hier geht es wirklich darum, daß diesem Mülltourismus endlich Einhalt geboten wird. (Abg. Tasch: „Bist du der Klubobmannstellvertreter? Bitte sag ihm, er redet zum falschen Tagesordnungspunkt!“) Herr Kollege, ich laß mich nicht abhalten. Ich weiß, daß euch das weh tut, weil sonst wäre das nicht immer gekommen.

Es hat von der Arbeiterkammer eine Studie gegeben, die die Monopolstellung der Abfallunternehmen kritisiert hat, ganz kurz, dann war Schweigen im Wald. Ich habe da einmal eine Rede gehalten – Schweigen im Wald. Auch die Presse nimmt sich dieses Themas nicht an.

Es ist aber bekannt, daß die Abfallunternehmen auf Kosten der Konsumenten die großen Gewinne machen, daß heute Deponiekosten von 700 bis 800 Schilling bezahlt werden, hingegen die Bürger oder die Abfallverbände bis zu 1800 Schilling für eine Tonne Restmüll zahlen. Und das muß auch ein Anliegen hier im Landtag sein, wenn es auch nicht unbedingt zu diesem Thema gehört. Wir sind hier da, um den Bürger in unserem Lande zu vertreten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich erwarte von Ihnen, Herr Kollege, daß Sie hinausgehen und Ihrem Bürger und Wähler bei der nächsten Erhöhung sagen, das ist keine Sache, das gehört im Landtag nicht behandelt, wir verschließen bei diesem Problem die Augen. Das kann nicht Sache sein.

Meine Damen und Herren, es hat einige mutige Bürgermeister gegeben, die wollten sich die Deponien, wo sie kostengünstig deponieren können, aussuchen. Dem Abfallverband Deutschlandsberg zum Beispiel ist es verwehrt worden – eine eindeutige Monopolstellung. Hier hat es geheißt, er muß sich eines Abfallunternehmens einer gewissen Firma bedienen, dann darf er in der Deponie Fröhneleiten oder in der Deponie Karlschacht beziehungsweise Halbenrain deponieren, meine Damen und Herren.

So kann es nicht gehen. Hier herrscht wirklich eine Lobby. Wenn wir das im Landtag zur Kenntnis nehmen, dann machen Sie sich genauso verantwortlich wie diese Herren, die ihre Augen verschließen, wie die Bundesregierung und andere Herren, die das kontrollieren.

Ich komme jetzt zum Abschluß noch auf ein Thema, das ist die thermische Müllverwertung. Hier zitiere ich, sehr geehrte Damen und Herren, einen Artikel aus der Kommunalzeitschrift unter dem Titel „Gebanntes Warten“. Hier sagt der Herr Senatsrat Dipl.-Ing. Hermann Löffler, Leiter der MA 22, Umweltschutzabteilung, auf die Frage, wenn man das Jahr 2004 im Blickwinkel hat, könnte man den Eindruck gewinnen, daß auch in Sachen Deponieverordnung nicht so heiß gegessen wie es gekocht wird. Frage: Soll es heißen, es wird vielfach zugewartet und gehofft, daß die Übergangsfrist verlängert wird? Da sagt er darauf: „Grundsätzlich müßten, egal, ob man auf Müllverbrennung oder auf andere Müllbehandlungsverfahren setzt, rasche Entscheidungen getroffen werden, um die Ziele der Deponieverordnung bis zum Jahre 2004 zu erreichen. Die Planung nimmt Zeit in Anspruch, die Genehmigung eines Umweltverträglichkeitsverfahrens dauert sicher zwei bis drei Jahre, so daß vom Entschluß bis zur Inbetriebnahme fünf bis sieben Jahre vergehen.“

Ich persönlich habe in der Tat den Eindruck, daß viele Politiker die Entscheidung hinauszögern und hoffen, daß dann, wenn bis zum Jahre 2004 keine Anlagen vorhanden sind, die Fristen verlängert werden. Eine solche Vorgangsweise würde das Vertrauen in die österreichische Umweltpolitik weiter untergraben und der Umwelt einen schlechten Dienst erweisen. Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Aussage ist für mich als Umweltsprecher der steirischen Freiheitlichen nichts hinzuzufügen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 17.16 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wenn Sie dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und teile Ihnen mit, daß ich im Namen der Präsidialkonferenz für die Tagesordnungspunkte 10 und 11 vorschlage, daß sie gemeinsam behandelt,

jedoch getrennt abgestimmt werden. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 180/14, zum Beschluß Nr. 144 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Kaufmann, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Nutzung der EDV-Infrastruktur der Landwirtschaftsschulen in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer für die Schulung der Betriebsführer, zum Beschluß Nr. 145 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Pußwald, Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Erlitz und Günther Prutsch, betreffend Maßnahmen einer verstärkten EDV-mäßigen Aus- und Weiterbildung an Landwirtschaftsschulen, und zum Beschluß Nr. 146 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Kaufmann, Alfred Prutsch, Ing. Kinsky, Pußwald und Dirnberger, betreffend Nutzung der EDV-Infrastruktur für Betriebsführer zur Weiterbildung.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (17.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Es wurden drei vom Inhalt her ähnliche Beschlüsse hinsichtlich verstärkter EDV-Ausbildung und Bereitstellung der Infrastruktur der Landwirtschaftsschulen für Schulung und Weiterbildung für Betriebsführer auch in Zusammenarbeit mit Landwirtschaftskammern gefaßt. Die Steiermärkische Landesregierung teilt hierzu folgendes mit:

Im landwirtschaftlichen Schulbereich ist dem Thema EDV-Ausbildung in den letzten Jahren ein besonderer Stellenwert gegeben worden.

In der zweijährigen hauswirtschaftlichen Grundausbildung beträgt der Umfang im Gegenstand EDV 80 Stunden, in den dreijährigen landwirtschaftlichen Fachrichtungen von 100 bis 160 Stunden. Der Unterricht in Maschinschreiben und Schriftverkehr erfolgt seit Beginn des Schuljahres 1998/99 ausschließlich auf EDV-Geräten.

In 37 EDV-Räumen stehen 550 EDV-Geräte für den Unterricht zur Verfügung. Im Laufe dieses Schuljahres sollen für alle landwirtschaftlichen Schulen die Voraussetzungen für einen Internetanschluß geschaffen werden. In der Lehrerweiterbildung wurde nach dem Schwerpunkt „Grundausbildung und Nachrüstung“ in den Jahren 1990 bis 1995 besondere Akzente gesetzt. Die Schulen bieten über Trägerschaften Absolventenvereine, Maschinenringe, LFI, EDV-Clubs, bäuerliche Vereinigungen; über das Volksbildungsheim St. Martin in den letzten Jahren verstärkt EDV-Grund- und Fortgeschrittenenkurse an.

Im Schuljahr 1997/98 fanden an länd- und hauswirtschaftlichen Fachschulen zirka 60 Kurse mit 700 Teilnehmern und 650 Stunden statt. Im Schuljahr 1998/99 ist eine Weiterbildungsschwerpunktaktion

„EDV für Neueinsteiger - PC-Basisschulung für den Anfänger aus der Landwirtschaft“ gemeinsam von der Landwirtschaftskammer und den Landwirtschaftsschulen vorbereitet, die Mitte November beginnt. Neben dieser Grundschulung laufen auch Fortgeschrittenangebote in verschiedenen Bereichen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 30. November 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 144 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Kaufmann, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Nutzung der EDV-Infrastruktur der Landwirtschaftsschulen in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer für die Schulung der Betriebsführer, zum Beschluß Nr. 145 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Pußwald, Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Erlitz und Günther Prutsch, betreffend Maßnahmen einer verstärkten EDV-mäßigen Aus- und Weiterbildung an Landwirtschaftsschulen und zum Beschluß Nr. 146 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Kaufmann, Alfred Prutsch, Ing. Kinsky, Pußwald und Dirnberger, betreffend Nutzung der EDV-Infrastruktur für Betriebsführer zur Weiterbildung, wird zur Kenntnis genommen. (17.21 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 191/9, zum Beschluß Nr. 148 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dietrich, Ing. Peinhaupt, Riebenbauer, Pußwald, Kaufmann, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend die Anrechnung eines Lehrjahres in den Berufsbereichen Bau, Holz und Metall für die Absolventen von landwirtschaftlichen Fachschulen.

Berichterstatteerin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (17.21 Uhr): Ich berichte zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 191/9, über den Antrag der Abgeordneten Dietrich, Ing. Peinhaupt, Riebenbauer, Pußwald, Kaufmann und Dr. Brünner, betreffend die Anrechnung eines Lehrjahres in den Berufsbereichen Bau, Holz und Metall für die Absolventen von landwirtschaftlichen Schulen.

In der 13. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, unverzüglich mit der Bundesregierung in Kontakt zu treten; daß diese die nötigen gesetzlichen Maßnahmen setzt, damit Absolventen von land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen in den Berufsbereichen Bau, Holz und Metall das erste Lehrjahr angerechnet wird.

Die Steiermärkische Landesregierung teilt dazu folgendes mit:

In der 201. Verordnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Ausbildung in Lehrberufen in verkürzter Lehrzeit vom 1. Juli 1997 wurde im Paragraphen 1 festgelegt, daß Lehrberufe, für die in der Lehrberufsliste eine dreijährige, dreieinhalbjährige oder vierjährige Lehrzeit festgelegt wurde, von Personen in einer um ein Jahr verkürzten Lehrzeit erlernt werden können, die nachweisen, erstens daß sie eine allgemeinbildende höhere Schule oder eine berufsbildende höhere Schule oder eine mindestens dreijährige berufsbildende mittlere Schule erfolgreich besucht haben, oder zweitens daß sie eine Lehrabschlussprüfung abgelegt haben oder drittens daß sie eine Facharbeiterprüfung abgelegt haben.

Eine notwendige Novellierung des Steiermärkischen land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes 1991 in dem Punkt ist in Vorbereitung.

Damit sind im Sinne des 148. Beschlusses des Steiermärkischen Landtages alle rechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 148 wird zur Kenntnis genommen. (17.23 Uhr.)

Präsident: Danke für diesen Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (17.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit dieser Lehrplanverordnung vom Juli 1996 ist wirklich ein sehr wichtiger Schritt im landwirtschaftlichen Schulwesen geschehen, weil damit der EDV-Unterricht zum Pflichtgegenstand erhoben wurde. Damit sind wesentliche Grundvoraussetzungen für die jungen Menschen geschaffen, um später einmal mit dem EDV-Gerät, aber auch in der Vernetzung mit anderen Medien ihre Arbeitsplätze und ihre Arbeitsstätte besser abdecken zu können. Gleichzeitig haben sich die Lehrer zum Teil freiwillig, und selbstverständlich auch mit eigener finanzieller Beteiligung an wichtigen Weiterbildungsveranstaltungen, Kursen und Seminaren weitergebildet, um ihren Schülerinnen und Schülern das entsprechende Wissen vermitteln zu können.

Hinzuweisen ist, daß bäuerliche Betriebsführer, die schon älter sind, größtes Interesse daran haben, sich auch der Zeit anzupassen. Wenn man von lebenslangem Lernen spricht, dann machen gerade die bäuerlichen Betriebsführer und Betriebsführerinnen laufend Kurse, zuerst die Einstiegs- und Grundkurse, die zusammen mit der Landwirtschaftskammer erarbeitet wurden und mit dem LFI abgewickelt werden, und später natürlich auch die ganz speziellen Kurse, die sich von der Kellerwirtschaft über die Dünger- bis zur Viehbetreuung, Kalorienberechnungen und dergleichen erstrecken. Kurzum, es geschieht sehr viel, das allen Beteiligten, sowohl den Schulen als auch den Betriebsführern zugute kommt.

Unbedingt aufmerksam machen muß ich auf folgenden Umstand: Wenn in der Vorlage von 37 ausgestatteten EDV-Räumen die Rede ist und von etwa 550 entsprechenden Geräten, so wissen wir, wie schnelllebig und wie kurzfristig gerade diese Technologie ist und daß natürlich auch die Anbieter von Kursen interessiert sind, eine sehr gute Standardqualität anzubieten, aber auch neueste Technologie bereitstellen zu können.

Das ist leider nicht der Fall, das ist leider nicht immer möglich, weil der Ankauf und die Bereitstellung für einen Raum ja auch in einer sehr hohen Stückzahl erfolgen muß. 15 Geräte, die miteinander vernetzt sind, die auch natürlich mit Internet-Anschluß ausgestattet sind, das sind sehr teure und sehr kostspielige Anlagen, die leider nicht überall in entsprechender Form vorhanden sind.

Wenn wir aber immer wieder von Verwaltungsgurus hören, daß es möglich sein müßte, im ländlichen Raum verwaltungstechnische, administrative und statistische Sammlungen durchzuführen, dann kann hier gerade die EDV-Ausbildung einen ganz wesentlichen Beitrag dazu leisten. Diese Telekommunikationszentren müssen nicht nur in den Verwaltungsräumen und -zentren des Bundes und Landes, sondern können und sollen auch da und dort eine Bereicherung im ländlichen Raum, eine Arbeitsplatzsicherung, eine Aufwertung eines ländlichen Gebietes sein. Ich erwähne hier auch ganz bewußt den Bezirk Murau, der mit seinem Telehaus wirklich in einer peripheren Lage sich auch sehr viel Know-how und Wissen angeeignet hat und das auch mit seiner Bevölkerung in diesem Bezirk nutzbringend umsetzen kann.

Der konkrete Anspruch, den ich hier erteilen möchte, ist der, daß mit dieser EDV-Arbeit Arbeitsplätze im ländlichen Raum zunehmend gesichert werden.

Der zweite Antrag befaßt sich mit der dualen Ausbildung. Neben der grundlegenden landwirtschaftlichen Ausbildung ist es auch möglich, daß metall- und holzverarbeitende Lehrberufe, wenn eine dreijährige, dreieinhalb- oder vierjährige Lehrzeit vorliegt, ein Jahr Anerkennung bekommen. Auch das sehe ich wirklich unter dem Blickwinkel der Sicherung des ländlichen Raumes.

Der bäuerliche Betriebsinhaber und -führer mit einer weiteren zusätzlichen außerlandwirtschaftlichen beruflichen Qualifikation kann seinen Betrieb gut abdecken. Ich glaube auch, daß die Gewerbebetriebe in diesen ländlichen Strukturen in der Kooperation mit den Bauern für sich selber verlässliche, sichere Arbeitskräfte haben, die interessiert sind, ihren Arbeitsplatz zu erhalten, weil sie nebenbei ja auch ihren bäuerlichen Betrieb erhalten wollen.

Also, es scheint mir ein wichtiger Synergieeffekt zu geschehen, der auch im Bereich der dualen Ausbildung laufen kann.

Beides, sowohl die EDV-Ausbildung als auch die zweiterwerbliche Ausbildung, sind neben der Existenzsicherung auch eine Erweiterung der Allgemeinbildung und damit auch eine Erweiterung der Wirtschaftskapazität einer Region.

Ich darf mich bei allen Entscheidungsträgern und bei den Sozialpartnern bedanken, daß es möglich ist, diese duale Ausbildung in dieser Form durchzuführen.

Ich bedanke mich auch für die Bereitstellung der Mittel, um in den einzelnen Häusern die EDV-Ausstattung hoffentlich noch effizienter und noch besser weitertreiben zu können. Danke! (Beifall bei der ÖVP, – 17.30 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (17.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es war schon immer eine Intention unsererseits, und uns war es immer wichtig, daß die landwirtschaftlichen Schulen, die ja größtenteils dezentral gelegen sind, für die Bevölkerung vor Ort zur Verfügung stehen und daß sie von der Bevölkerung genutzt werden können. Die Schulen sollten Orte der Kommunikation, aber auch Orte der Weiterbildung sein.

Die Regierungsvorlage zeigt ganz klar, daß die EDV im Landwirtschaftsbereich massiv Einzug gehalten hat, nicht nur im Bereich der Schülers Ausbildung, sondern auch hin bis zur Erwachsenenfortbildung. Man sieht auch, daß die unterschiedlichsten Vereine in diesen Schulen weitergebildet werden, was, ich glaube, sehr sinnvoll ist.

Sir Francis Bacon hat einmal gesagt: „Wissen ist Macht, Ziel aber sollte es sein, lebenslanges Lernen.“

Mit dem Angebot dieser Informationsschienen ist garantiert, daß die Bevölkerung, auch jene im ländlichen Raum, die Möglichkeit hat, sich weiterzubilden.

Was den zweiten Themenbereich betrifft, nämlich die Anrechnung eines Lehrjahres, so finde ich es sehr positiv für die Absolventen der landwirtschaftlichen Schulen. Wir wissen ja alle, daß gerade die Kinder aus bäuerlichen Betrieben zu arbeiten gewohnt sind und daß die sich leichter tun mit der Lehrplatzsuche als jene, die aus dem städtischen Bereich kommen.

Es ist aber gut so, daß wir endlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene geschaffen haben. Ich würde mir wünschen, daß die Rahmenbedingungen auf Landesebene so rasch als möglich vonstatten gehen. Das wäre mein Wunsch, zum Wohle unserer Jugend. (Beifall bei der FPÖ. – 17.33 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Den Herrn Landesrat Pöhl bitte ich um Entschuldigung. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Pöhl (17.33 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das ist sehr kurz. Die beiden Vorlagen haben auch die Chance ermöglicht, daß der Landtag sozusagen diese dynamische Entwicklung der Ausbildungsmöglichkeiten in den ländlichen Regionen von der Information her direkt erhält. Es ist selbstverständlich, daß gerade diese regionale Entwicklungsdynamik im Rahmen der „Agenda 2000“ selbstverständlich auch diese Chancen der regionalen Entwicklungsschwerpunkte über unsere landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Schulen sehr sympathisch nützt. Ich

glaube, daß diese Symbiose von Bildung, technischen Chancen vor allem auch eine echte Möglichkeit, wie die beiden Damen das in ihren Wortmeldungen dargestellt haben, bieten, was vor allem diese Problematik zwischen peripheren und zentralen Tendenzen darstellt. Es ist also keine Übertreibung, daß wir gewissermaßen, wenn wir die Dinge richtig nützen, vom globalen Dorf tatsächlich nicht nur träumen, sondern auch wirklich handeln können.

Ich kenne einen Bauern, es ist der letzte Bauer am Hochwechsel, der über Telearbeit seinen Betrieb in Wahrheit gerettet hat. Er plant zum Beispiel für internationale Großkonzerne, von den Müllverbrennungsanlagen bis zu hochtechnischen Fragen. Er fährt einmal in der Woche um seine Disketten und um seine Aufträge.

Das ist in Wahrheit schon eine Wohltat der Technik, wenn man so etwas miterlebt, welche Möglichkeiten da sind, wenn vor allem diese innere Kraft der Vitalität und der Innovation in so einer Form praktisch auch sichtbar wird.

Die gesetzlichen Voraussetzungen bei uns sind also voll im Gange. Wir werden in Kürze diese Beschlufassung auf Landesebene, was die Anrechenbarkeit betrifft, vorlegen und selbstverständlich auch beschließen. Danke herzlich! (Beifall bei der ÖVP. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat.

Jetzt liegt wirklich keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Berichterstatterin zum Tagesordnungspunkt 10 zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin zum Tagesordnungspunkt 11 zustimmen, bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 985/1, betreffend die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (17.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es liegt hier die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden, vor, kurz genannt Österreichischer Stabilitätspakt. Und zwar ist in der Vorlage dargestellt, daß im Vertrag von Maastricht die stufenweise Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion festgelegt wurde. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen

die beteiligten Regierungen ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik einander annähern. Es müssen naturgemäß übermäßige öffentliche Defizite vermieden werden. Und es wurde festgelegt, daß als Referenzwert maximal 3 Prozent beziehungsweise 60 Prozent für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen vorzuliegen haben.

Damit ein Mitgliedsstaat nach Einführung der Einheitwährung die Stabilitätsvorgaben der Maastrichtkriterien nicht wieder verläßt, wurde ein Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Form einer Selbstverpflichtung mit Sanktionen geschlossen.

Es wurde erstens eine Verordnung erlassen, die mit 1. Juli 1998 in Kraft getreten ist, was die Konvergenz- und Stabilitätsprogramme betrifft, und zweitens eine Verordnung über die Beschleunigung und Klärung eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit, wo auch, da keine automatischen Sanktionen vorliegen, Sanktionen festgelegt wurden für den Fall, daß die Kriterien nicht erfüllt werden.

Durch einen österreichischen Stabilitätspakt wird nun entsprechend den gemeinschaftlichen Vorgaben ein Aufteilungsmodus für eine allfällige Sanktionslast festgeschrieben. Nach der Legaldefinition dieses Bundesverfassungsgesetzes regelt der Stabilitätspakt die Verpflichtungen der Gebietskörperschaften zur nachhaltigen Einhaltung der Kriterien gemäß EG-Vertrag.

Der nun vorliegende Vereinbarungstext bestimmt in Artikel 4 und 5 die Aufteilung der Defizitquoten und der Sanktionslasten zwischen dem Bund einerseits und den Ländern und den Gemeinden andererseits.

Zwischen den Vertretern des Bundes, der Länder und Gemeinden wurde am 10. November 1998 auf politischer Ebene eine Einigung über den beiliegenden Vereinbarungstext, der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusantrages darstellt, erzielt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 23. November 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt), wird genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (17.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (17.39 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Keshmiri und ich können diesem Stabilitätspakt mit großer Heftigkeit nicht zustimmen. Und zwar dies aus zwei Gründen. Einen ersten Grund habe ich im Ausschuß angesprochen, und zwar besteht er darin, daß dieser Stabilitätspakt zusammen mit dem Konsultationsmechanismus, der in diesem Haus mehrheitlich beschlossen wurde vor einiger Zeit, die Beseitigung der letzten Reste der Budgethoheit des Landtages darstellt. (Abg. Dr. Wabl: „Die gibt es ja gar nicht mehr!“) Ja, ich stimme dir zu, Martin, wir hatten bisher schon nicht sehr viel zu reden, aber dieses Wenige wird durch diesen Stabilitätspakt beseitigt. Ich ver-

weise nur auf Artikel I Absatz 2 litera d dieses Stabilitätspaktes. Gemäß dieser Bestimmung soll das Koordinationskomitee die Grundsätze und Eckdaten für die Erstellung der Voranschläge des nächsten Jahres unter Berücksichtigung festlegen. Das bedeutet im Klartext, daß dieses Koordinationskomitee der eigentliche Budgetgesetzgeber ist. Die Sache wird noch dadurch verschärft, daß in diesem Koordinationskomitee keine Vertreter der Parlamente, keine Vertreter der Volksvertretungen drinnsitzen, aber Vertreter des Städtebundes und des Gemeindebundes. Das unterstreicht das, was ich schon einmal gesagt habe, es gibt mehrere eigentliche Gesetzgeber in diesem Land, nur nicht den Landtag. Unter diesen eigentlichen Gesetzgebern finden sich auch der Gemeindebund und Städtebund. Ich kann schlicht und einfach nicht begreifen und verstehen, wie Abgeordnete der ÖVP und der SPÖ einen solchen Pakt, der nichts anderes ist als die Selbstausschaltung des Landtages, zustimmen kann. Ich kann das schlicht und einfach nicht verstehen, unabhängig von parteipolitischer Ausrichtung. Wie können Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP und SPÖ, zustimmen, daß der Landtag und damit Sie alle und ich überhaupt nichts mehr zu reden haben auf dem Gebiet der Budgetpolitik, überhaupt nichts mehr!

Und wie können Sie zustimmen, daß Gemeindebund und Städtebund, die überhaupt keine direkte demokratische Legitimation haben, wo nicht einmal die Pflicht besteht, daß alle Gemeinden und Städte dort Mitglied sind, die eigentlichen Gesetzgeber in diesem Land werden und im Grunde genommen auch die Budgetersteller werden. Ich habe schon ein paarmal gesagt, und wir haben es ein paarmal gefordert, man soll durch Verfassungsänderungen sicherstellen, daß dem Landtag wenigstens die Entwürfe von solchen Pakten vorgelegt werden, noch bevor sie von den Landeshauptleuten unterzeichnet werden. Da haben ja alle Landeshauptleute und die Vertreter des Bundes unterschrieben, da können wir nicht einmal einen Beistrich ändern, da können wir nicht einmal statt „aber“ „jedoch“ schreiben. Diese Problematik könnten wir etwas reduzieren, indem wir den Entwurf eines solchen Paktes bekommen, noch bevor die Frau Landeshauptfrau ihn unterschreibt, und damit ein paar Gesichtspunkte zu diesem Stabilitätspakt anbringen könnten und vielleicht da und dort eine Änderung aus der Sicht des Landtages.

Der zweite Grund, wieso wir mit großer Heftigkeit gegen diesen Stabilitätspakt sind, besteht darin, daß er zwar den Landtag knebelt, aber im Grunde genommen kein Stabilitätsprogramm beinhaltet, so wie wir uns das vorstellen, nämlich auch ein Stabilitätsprogramm, das Vorschläge betreffend die Reduzierung der öffentlichen Defizite bringt. Daß dieses Stabilitätsprogramm eigentlich ohne Substanz ist, das ist nicht die persönliche Meinung des Herrn Brünner oder des Liberalen Forums, sondern da gibt es auch zwei prominente Zeugen dafür. Der eine prominente Zeuge ist der Rechnungshof in Wien, der bei einer Prüfung der Umsetzung der Konvergenzkriterien der Europäischen Union festhält, daß wir zwar bei der Nettoneuverschuldung so quasi gut im Trend der Mitgliedsländer liegen, aber nicht, was die Staatsverschuldung anlangt. Daß wir in bezug auf die Staats-

verschuldung zwar mit Ach und Krach die Vorstellungen der EU, betreffend die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, erreicht haben, und zwar das auch nur, weil wir nachweisen konnten, daß es in den letzten Jahren sinkende Zahlen bei der Staatsschuld gegeben hat, daß aber auf dem Gebiet der Staatsschuldverringerung sehr viel noch zu tun sein wird. Der Rechnungshof in Wien hält in diesem Maastricht-Kriterienbericht fest, ich zitiere wörtlich aus diesem Bericht: „Die innerösterreichische Umsetzung der Verpflichtung der Teilnehmerstaaten an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zur mittelfristigen nachhaltigen Budgetkonsolidierung wird jedoch nicht allein durch einnahmenseitige Budgetkonsolidierungen, sondern vorwiegend durch Maßnahmen zur Beseitigung langjähriger struktureller Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte, insbesondere durch eine konsequent umzusetzende Reform der Ausgabenseite, möglich sein.“

Im Klartext: Daß keine strukturellen Reformen auf der Ausgabenseite gesetzt wurden, um nachhaltig den Schuldenstand des Staates zu reduzieren.

Der zweite prominente Zeuge, daß dieses Stabilitätsprogramm eigentlich ohne Substanz ist, ist die EU-Kommission. Der zuständige Kommissar hat das mehrjährige Stabilitätsprogramm der Bundesregierung, das für die Jahre 1998 bis 2002 vorgelegt worden ist, wegen seines mangelnden Ehrgeizes – ich zitiere wörtlich – gerügt, und er hat sich dabei und damit sehr vorsichtig ausgedrückt.

Österreichs Plan ist, daß das öffentliche Defizit, Nettoneuverschuldung, bis zum Jahr 2000 auf 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die Gesamtverschuldung auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt wird. Das ist so quasi das Ziel Österreichs. Dieses Ziel kritisiert die Europäische Union als nicht besonders ehrgeizig und verweist darauf, daß andere Länder, wie zum Beispiel Dänemark, Luxemburg, Schweden, Großbritannien, bis zum Jahr 2002 Überschüsse erwirtschaften wollen, daß Deutschland bis zum Jahre 2002 die Defizitmarke auf ein Prozent Nettoneuverschuldung senken möchte. Und die Kommission verweist darauf, daß der Schuldenstand von 60 Prozent, den wir anpeilen, uns große Probleme bereiten wird, erstens, wenn es konjunkturelle Schwankungen gibt, das heißt, daß wir mit diesem Ziel Konjunkturerbrüche überhaupt nicht in den Griff bekommen werden, weil uns die entsprechenden Möglichkeiten der Geldmittelbeschaffung fehlen, und zweitens, daß angesichts der demographischen Entwicklung bei diesem Schuldenstand auch nicht die steigenden Kosten bei der Sozialversicherung – Stichwort Überalterung der Bevölkerung – abgedeckt werden können, es sei denn dadurch, daß weiter Schulden aufgenommen werden, und nicht einmal dieser 60-Prozent-Staatsschuldenstand, der für das Jahr 2002 angepeilt ist, erreicht werden kann und erreicht werden wird.

Ich verstehe übrigens dieses Stabilitätsprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1998 bis zum Jahre 2002 nicht, das sich also keine ehrgeizigen Ziele setzt, und das bedeutet, daß wir uns bei den Zielsetzungen im Schlußlichtfünftel der Europäischen Union befinden. Ich verstehe das nicht, wenn ich in der Zeitung lese, daß sich die Finanzminister im Dezember, ange-

sichts der österreichischen Präsidentschaft, darauf geeinigt haben, bis zum Jahr 2002 Budgets zu erstellen, die, wenn sie schon keine Überschüsse aufweisen, zumindest einigermaßen ausgeglichen sind. Österreich, wie gesagt, sagt in seinem Stabilitätsprogramm, eine Nettoneuverschuldung von 1,4 Prozent sei das Ziel für das Jahr 2002.

Der Herr Finanzminister Edlinger hat diese Einwände der Europäischen Kommission damit wegewischt, indem er gesagt hat, naja, wir haben halt als Ausgleich dafür ein soziales Sicherheitsnetz, das in der Europäischen Union seinesgleichen sucht. So weit, so gut, nur der Finanzminister Edlinger hat nicht hinzugefügt, wie dieses Sicherheitsnetz, das seinesgleichen sucht, in den nächsten Jahren angesichts dieser Problematiken, die ich kurz angesprochen habe, aufrechterhalten und gesichert werden kann. Es wird nicht mehr so gehen wie bisher, daß man durch Sparpakete Budgetlöcher stopft. Es wird nicht so gehen wie bisher, daß man durch verschiedene Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten die Maastricht-Kriterien auf dem Papier erfüllt. Es führt kein Weg an strukturellen Reformen vorbei, die uns helfen, die Staatsschuld drastisch zu senken, und zwar über das ohnehin nicht ehrgeizige Ziel der Bundesregierung von 60 Prozent für das Jahr 2002 hinaus.

Jetzt gebe ich schon zu, daß das Land sich vielleicht zurücklehnen könnte und sagen könnte, na gut, der Bund trägt an dieser Staatsschuld zu, weiß ich nicht, 57 Prozent bei und die Länder nur zu 2,5 Prozent und zu 5 Prozent dann die Gemeinden. Aber auch die 2,5 Prozent, mit denen die Länder an der Staatsschuld so quasi beteiligt sind, machen es notwendig, daß sich auch ein Land überlegt, welche strukturellen Reformen im Zusammenhang mit Ausgabeneinsparungen zu tätigen sind, und damit Möglichkeiten und Instrumente gefunden werden, einen Landesbeitrag zur Senkung dieser Staatsschuld zu leisten.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Problem ja auch noch dadurch verschärft wird, daß Steuerensenkungen versprochen sind. Sie wissen, daß auch das Liberale Forum für Steuerensenkungen ist. Diese demographische Entwicklung, die das Budget belasten wird, dieses weitere Ansteigen der Staatsschuld, die Steuerensenkung, alles das verschärft die Situation der strukturellen Reformen, weil sich die Geschichte ansonsten nicht ausgeht. Weil ansonsten die Folge die ist, daß wiederum die Defizitkriterien ansteigen werden mit allen Problemen, die Österreich in der Europäischen Union bekommen wird.

Nochmals, meine Damen und Herren, es wird sehr viel von Solidarität gesprochen, und wir sind sehr für Solidarität, nur Solidarität ist auch notwendig mit den nachfolgenden Generationen.

Wenn es so ist, wie man sagt, und ich weiß jetzt nicht, ob ich die Zahl auswendig und richtig im Kopf habe, daß 20 Prozent der Einnahmen nur für Zinsenzahlungen der Einnahmen des Staates, nur für Zinsenzahlungen für Schulden, aufgehen, dann leben wir schlicht und einfach auf Kosten der nachfolgenden Generationen, und dann bedeutet das Wort von der Solidarität für mich auch, daß die lebende Generation den Gürtel enger schnallen muß. Strukturelle Reformen, die schmerzlich sind, im Gesundheitswesen, im öffentlichen Dienst und, und, und, solche strukturellen

Reformen sind einfach anzugehen, auch Reformen des Pensionssystems sind anzugehen, damit in Zukunft auch ein Spielraum für die nachfolgenden Generationen bleibt.

Nochmals, wir lehnen dieses Stabilitätsprogramm und diesen Stabilitätspakt aus den genannten Gründen sehr heftig ab. (17.54 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (17.54 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wir Grünen lehnen diesen Pakt heftig ab. Ich kann mich kurz halten. Mein Temperament hier über die Macht dieses Landtages hält sich in Grenzen, weil ich ohnedies der Meinung bin, daß der Landtag schon entmachtet ist und in Sachen Budgethoheit die Realverfassung so aussieht, daß wir ohnedies nichts zum Reden haben. Das Budget wird alljährlich gebunden von der Regierung beschlossen, kein Zentimeter, kein Beistrich kann geändert werden. Die Außerplanmäßigen Ausgaben überraschen uns jede Sitzung in ungeahnter Millionenhöhe. Von der Regierung ist gerade der Finanzreferent noch da, der sehr wohl immer beteuert, der Hohe Landtag mit seiner Entscheidung, aber sehr wohl weiß, daß wir nichts zum Reden haben. Daher bin ich schon am Ende mit meinem Protest, den ich vor allem auch deshalb so kurz halte, weil ich aus der Rednerliste gemerkt habe, daß Sie von den anderen Fraktionen – ich weiß nicht, ob die FPÖ noch redet, aber scheinbar denkt sie sich, es hat eh keinen Sinn – bereits resigniert haben und sich denken, schade um jedes weitere Wort, das wir hier verwenden, angesichts der bestehenden Ohnmacht und unserer bestehenden Machtlosigkeit. Danke schön! (17.55 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, um ein Handzeichen Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 766/2 und 878/4, zum Beschluß Nr. 690 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko und Ing. Peinhaupt, betreffend die Vorlage einer mittelfristigen Budgetvorschau, welche über das Jahr 2000 hinausgeht, samt modifizierter Budgetvorschau 1996 bis 2000 des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung Wien, Einl.-Zahl 766/1, und zum Beschluß Nr. 810 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Juli 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Straßberger, Gennaro, Mag. Bleckmann, Ing. Schreiner und Mag. Zitz, betreffend Vorlage eines Konzeptes über die Verwendung des Privatisierungserlöses aus dem Verkauf von Anteilen an der Landes-Hypothekenbank, Einl.-Zahl 878/2.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (17.56 Uhr): Es geht um den Antrag zu den Beschlüssen Nr. 690 und Nr. 810, betreffend die Budgetvorschau.

Laut WIFO sind Maßnahmen getroffen worden, die alle bestens sind. Sie kennen alle dieses hübsche Programm. Die beabsichtigten Mehrbelastungen bezüglich Kinderbetreuungseinrichtungen, Fachhochschulstudiengänge und Projekt Europa werden einiges kosten. Da wir Einnahmen aus der Landes-Hypobank haben, wird alles irgendwie finanzierbar sein, da wir sie den Rücklagen zuführen. Interessant ist, was da noch steht. Zum Privatisierungserlös aus dem Verkauf von Anteilen der Landeshypo-Bank im Sinne der obigen Ausführung der Landesfinanzabteilung zur Budgetvorschau 1996 bis 2000 muß seitens der Landesfinanzabteilung zur Sicherung der Stabilität des Landeshaushaltes und der Einhaltung der Maastricht-Kriterien dringend empfohlen werden, die restlichen Mittel aus dem Teilverkauf der Landes-Hypothekenbank zumindest bis zur Möglichkeit der Einschätzung der Auswirkungen der Steuerreform, des Finanzausgleiches nach dem Jahr 2000, der neuen Krankenanstaltenfinanzierung, der Auswirkungen der Volkszählung und der künftigen EU-Finanzierung in einer Rücklage zu belassen. Das heißt, man weiß noch überhaupt nicht, wie sich alles auswirken und wie es weitergehen wird. Deshalb stelle ich namens des Ausschusses den Antrag, diesen Antrag zur Kenntnis zu nehmen. (17.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger, dem ich es erteile.

Abg. Straßberger (17.59 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich sehe den zuständigen Finanzlandesrat nicht. Wir diskutieren heute unter Tagesordnungspunkt 13 eine Vorlage, die zwei Schwerpunkte hat. Zum einen die Vorlage einer mittelfristigen Budgetvorschau, welche über das Jahr 2000 hinausgeht, und zum zweiten über eine Vorlage eines Konzeptes über die Verwendung des Privatisierungserlöses aus dem Verkauf von Anteilen an der Landes-Hypothekenbank.

Verehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Frage vorweg. Macht es überhaupt Sinn, im Jänner 1999 über eine Zahlenstudie aus dem März bis April 1998 hier zu diskutieren? Noch dazu, wo man weiß, daß gerade die Bundesertragsanteile von den Abgaben, also grundsätzlich überwiegend von den Bundesabgaben abhängig sind. Und hier wird noch ein Antrag gestellt, daß man eine Studie erstellen soll, eine sogenannte Prognose über das Jahr 2000 hinaus. Ich gebe schon zu, daß man gewisse Richtlinien benötigt und braucht, auch mittel- und langfristig, aber gerade wo sich das Zahlenwerk von heute auf morgen ändert, das heißt fast täglich ändert, ist das sicherlich nicht zielführend. Wir kennen die Aussagen unserer Wirtschaftsforscher mit großem Optimismus am Beginn des Jahres, ich sage das hier heute sehr deutlich, das Wirtschaftswachstum wird sich auf 3, 4 Prozent belaufen. Die Politik ist letztendlich auf diese Aussagen angewiesen und muß auch darauf reagieren. Wir haben genügend Beweise in den letzten Jahren und immer wieder, daß diese Prognosen innerhalb eines Jahres zwei- bis dreimal nach unten revidiert werden müssen. So wurde auch für das Jahr 1998 eine

Prognose mit einem Wirtschaftswachstum von 4,4 Prozent angenommen, und vorige Woche hat man nachlesen können, daß das Wachstum 1998 2,7 Prozent ist. Das Wachstum 1997 war 2,5 Prozent, für 1999 sind 3 Prozent und für das Jahr 2000 2,6 Prozent präliminiert. Ich hoffe nur und ich wünsche mir – (Landesrat Ing. Ressel: „2001, Herr Kollege, darf ich fragen?“)

Ich gehe einmal bis 2000, Herr Landesrat. Bis 2000 bin ich der Meinung – (Landesrat Ing. Ressel: „Wir haben ja die Vorhersage!“) Ja, diese Vorhersage ist bis zum Jahre 2000. Ich weiß nicht, warum sie nervös werden, Herr Landesrat (Landesrat Ing. Ressel: „Ich bin nicht nervös!“), das geht nicht gegen Sie. Ich spreche jetzt von den Wirtschaftsforschern, und letztendlich haben wir auch fort immer wieder eine gewisse Ungewißheit. Ich verstehe diese Aufgebrachtheit nicht. Wir hoffen, und das habe ich gesagt, daß über das Jahr 2000 hinaus das Wirtschaftswachstum hoffentlich anzieht oder zumindest so bleibt.

Wir haben ja im vergangenen Jahr in kürzester Zeit die Wirtschaftsentwicklungen in Rußland, in Asien und dergleichen erfahren, und daher ist es hier sehr unruhig zugegangen.

Lassen Sie mich auf die Ertragsanteile für das abgelaufene Jahr 1998 etwas eingehen. Wir haben im Finanz-Ausschuß hier eine breite Diskussion gehabt. Es wurde uns mitgeteilt, daß die laufenden Bundesertragsanteile, etwas über 800 Millionen Schilling, ausgeblieben sind, die Nachzahlung für 1997 im Jahre 1998 rund 830 Millionen Schilling ausmachten. Das heißt, der Saldo ist plus/minus fast null. Unter dem Strich müßte man dann sagen, es fehlen in etwa schon 800 Millionen Schilling im Jahre 1998. Und die sogenannte Manövriermasse – nicht negativ jetzt –, sprich jene Mittel, die der Herr Finanzlandesrat letztendlich über das Jahr verteilen kann, wo sich die Landesräte anstellen müssen, wenn sie etwas brauchen, die dürften im heurigen Jahr oder vergangenen Jahr, wie es ausschaut, aufgebraucht sein. Prof. Lehner schreibt auch in dieser Studie, daß in den Jahren 1996 und 1997 auf Grund der Strukturanpassungsgesetze hier die Einnahmen großzügig geschätzt wurden und Gott sei Dank auch real höher geflossen sind, als diese Studie letztendlich auch aussagt. Die neue Studie von 1998 bis in das Jahr 2000 – und weiter brauchen wir heute nicht diskutieren, denn diese Studie geht bis ins Jahr 2000 – hat sehr wohl günstigere Voraussichten im März 1998 hier gezeigt. Siehe da, mit Jahresende 1998 gibt es auch hier Einschnitte. Mir fehlt in dieser Studie auch die Einführung des Euro, die in der Studie nicht berücksichtigt ist. Denn daß auch diese Maßnahme oder diese wichtige Sache plus/minus Auswirkungen haben wird, ist keine Neuigkeit, wo wir genau wissen, daß die Fakturierung unserer Exportunternehmen in Österreich zu 52 Prozent in Dollars passiert. In Zukunft wird die Fakturierung sicherlich in den elf Euro-Ländern in Euro und nicht mehr in Dollar erfolgen. Daher wird es auch hier Auswirkungen auf die Gesamteinnahmen unseres Bundesbudgets, sprich auch auf die Ertragsanteile im Land, Auswirkungen geben.

Ich habe schon sehr oft in diesem Haus, und ich werde auch nicht müde, es zu tun – (Abg. Dr. Flecker: „Das wundert mich, daß Sie nicht müde werden!“) Nein, Herr Klubobmann, sicherlich nicht, ich habe

eine gute Kondition, das können Sie mir glauben. Ich komme aus der Obersteiermark, aber eh Sie auch, aber nur zum Teil. (Abg. Dr. Flecker: „Aber Ihre ist im Moment besser als unsere!“)

Wir wissen nie, wie sich unsere Einnahmen oder unser Budget vollzieht. Ich habe schon oft hier gefragt, ob wir vierteljährlich – ist vielleicht zu eng, ich sage das sehr deutlich –, aber vielleicht zwei- oder dreimal im Jahr hätte es der Landtag sehr gerne, glaube ich, wenn wir den Budgetvollzug im großen und ganzen erfahren könnten. Das ist leider Gottes nicht der Fall, der Herr Landesrat wehrt sich grundsätzlich. Ich glaube aber, daß es wirklich von Vorteil wäre, wenn man das wissen würde, und nicht daß man immer vor die Tatsachen gestellt wird, wenn der Rechnungsabschluß kommt, das sind die Einnahmen. Zum Zweiten hat man dann einen großen Betrag von fortgefallenen Ansätzen festgeschrieben. Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein.

Verehrte Damen und Herren, die Maastricht-Kriterien sind hier auch aufgezählt und angeführt, 3 Prozent der Nettoneuverschuldung, 2,7 Prozent der Bund, 0,3 Prozent die Länder und Gemeinden. Das ist ein Volumen von etwa 5,7 Milliarden Schilling, für Länder und Gemeinden.

Lange Zeit wußte man nicht, wie sich die 0,3 Prozent zwischen Ländern und Gemeinden aufteilen. Gott sei Dank, und das war im vorhergehenden Tagesordnungspunkt sehr deutlich drinnen, ist hier eine Aufteilung gekommen. Die 0,3 Prozent sind so, daß 0,11 Prozent die Länder außer Wien, 0,09 Prozent die Gemeinde Wien oder das Land Wien und letztendlich 0,10 Prozent die Gemeinden, das sind wieder insgesamt, umgerechnet auf 100 Prozent, 21 Prozent und etwas, viele Kommas, fällt auf das Land, und ich glaube, 19 und viele Kommas fallen dann auf die Gemeinden. Hier wird es sicherlich in der Zukunft große Anstrengungen geben müssen – um diese Rahmenbedingungen zu erfüllen. Und ich sage das auch, das sind ja die Eckdaten, wenn ich das so salopp formulieren darf. Wir wissen, und das hat Freund Christian Brünner vorher gesagt, im Jahr 2002 will man 1,4 Prozent haben. Das bedeutet für Länder und Gemeinden, ein Nullbudget beziehungsweise positiv zu budgetieren, sprich, man wird hier sicherlich auch Überschüsse erwirtschaften müssen.

In dieser Studie ist weiters ein positiver Aspekt drinnen, was die Zinsen anbelangt. Die Zinsenbelastung ist sehr gesunken. Hier gibt es aber drei Gründe: Die Neuverschuldung ist geringer gestiegen als angenommen. Die Abgänge wurden durch Innere Anleihen gedeckt beziehungsweise bedeckt. Das erfolgt zinslos. Das Zinsniveau im allgemeinen, verehrte Damen und Herren, ist auch gesunken.

Lassen Sie mich zum zweiten Schwerpunkt in dieser Vorlage, zum Konzept, betreffend den Hypo-Verkauf, kommen. Hier ist eine Liste drinnen von einigen Vorhaben.

Was mich, Herr Landesrat Ressel, ganz besonders wundert, daß Sie für 1,5 und etwas Milliarden Schilling nicht mehr Platz finden als ein DIN A4-Blatt, beiderseitig beschrieben, und – ich sage das sehr deutlich – mit einer lapidaren Begründung, „Sicherung der Stabilität im Haushalt – Maastricht-Kriterien“ und zum Zweiten „Rest für die Auswirkungen, die noch unbe-

kannt sind – Steuerreform, Finanzausgleich, Krankenanstaltenfinanzierung, Volkszählung, künftige EU-Finanzierung und dergleichen“, auf Grund dieser Dinge muß man das einer Rücklage zuführen.

Ich habe Sie, und das geht auch aus dieser Vorlage hervor, im Finanz-Ausschuß gefragt, wie Sie sich das vorstellen. Wir wissen, wenn ab 2000 die Rücklagen aufgelöst, sogar zweckgebundene Rücklagen aufgelöst werden, daß diese Rücklagen die Maastricht-Salden dementsprechend belasten. Sie haben mir dort keine Antwort gegeben, oder vielleicht ist sie untergegangen, ich sage das bewußt. (Landesrat Ing. Ressel: „Ich habe Ihnen die Antwort gegeben!“) Nein, nicht. Ich bitte Sie sehr höflich, daß Sie vielleicht, wenn es möglich ist, heute hier diesbezüglich Stellung nehmen können. (Landesrat Ing. Ressel: „Herr Abgeordneter, der Fairneß halber, ich habe zu Ihnen gesagt, im Rahmen des Rechnungsabschlusses 1998 werden wir dieses Problem darlegen und bereinigen. Es wäre fair, wenn Sie das bestätigen!“) Danke! Aber das ist mir trotzdem zu wenig, Herr Landesrat, weil wenn Sie sagen, im Zuge des Rechnungsabschlusses werden wir dann das Problem darlegen, dann ist es bereits dort ein Problem, und ich wollte eigentlich von Ihnen hören, daß wir diesem Problem letztendlich vielleicht doch vorher aus dem Weg gehen. Das möchte ich dazu sagen.

Verehrte Damen und Herren, uns, das heißt meiner Fraktion, fehlen bei dieser Vorlage die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Hier wird einfach grob drübergeredet und, entschuldige, argumentiert, wir brauchen die Drittel für die von mir angeführten voraussichtlichen Maßnahmen. Letztendlich würden wir sie aber jetzt brauchen. Wir kennen die Arbeitslosenstatistik, wir kennen hier die Quoten. Und fehlt uns daher, daß hier arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, sprich Investitionen größeren Ausmaßes, die könnten wir sicherlich brauchen, angeführt sind. (Abg. Dr. Flecker: „Was ist denn das Investitionsprogramm?“)

Zum Zweiten wissen wir genau, das WIFO hat uns in der Vergangenheit folgendes bestätigt: Zwischen Budgetkonsolidierung und Maßnahmen zur Verbesserung der steirischen Wirtschaftsstruktur gibt es immer wieder Konflikte. Das ist auch keine Neuigkeit. Das WIFO zeigt uns in dieser Studie, daß es in der Vergangenheit richtig war, das Investitionsvolumen auf Grund der Budgetkonsolidierung nicht einzuengen. Darum meine ich, daß mit diesen 1,5 Milliarden Schilling hier auf jeden Fall höhere Investitionen zu tätigen wären.

Was mir in Ihrer Aufzählung auch fehlt – hier kommt man bis zum Verkehrsverbund, bis zu den 9 Millionen Schilling, Herr Landesrat –, wir haben hier in diesem Haus ein Sonderstraßenbauprogramm für unsere Landesstraßen von 500 Millionen Schilling beschlossen. Wir haben vor Weihnachten in außer- und überplanmäßigen Vorhaben die 125 Millionen Schilling auch beschlossen. Das hat dem Straßenbau und der Bauwirtschaft gut getan. Es sind jetzt noch 375 Millionen Schilling offen. Die sind hier auf Ihrer Liste nicht drauf. Ich würde Sie bitten, ob Sie uns das auch sagen können, ob Sie sich dieses Restvolumen für diese Vorhaben 1999 und 2000 irgendwo vorstellen können.

Verehrte Damen und Herren, weil hier aus unserer Sicht keine konkreten Gespräche zwischen dem Finanzreferenten und dem Wirtschaftsreferenten über die Budgetvorschau geführt wurden, und das Szenario des Finanzressorts, wonach die Hypo-Erlöse auf Grund der ungünstigen Einnahmenentwicklung vorläufig auf eine Rücklage zu legen seien, auf Grund dieser Information nicht haltbar ist, können wir daher dieser Vorlage nicht zustimmen.

Ich erlaube mir hier, einen Entschließungsantrag einzubringen.

Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages der Abgeordneten Straßberger und Mag. Hohegger, betreffend Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der Aktien der Landes-Hypothekenbank, zu Tagesordnungspunkt 13, betreffend Regierungsvorlage Einl.-Zahlen 766/2 und 878/4.

Der Steiermärkische Landtag hat am 7. Juli 1998 den Verkauf von 49 Prozent der Aktien der Landes-Hypothekenbank zum Angebotspreis von 1,666 Milliarden Schilling genehmigt. Die Steiermärkische Landesregierung hat am 13. Juli 1998 bereits vorweg die Verwendung von 125 Millionen Schilling aus diesem Erlös für Landesstraßenbauprojekte und 25 Millionen Schilling für Beschneigungsanlagen privater Schilfbetreiber beschlossen.

Entsprechend der Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 766/2 und 878/4, über die „modifizierte Budgetvorschau des Landes Steiermark 1996 bis 2000“ haben sich die Einnahmen im Vergleich zu den genehmigten Landesvoranschlägen 1998 und 1999 besser entwickelt. Obwohl in der Zwischenzeit auch die Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes zu revidieren waren, sind die restlichen Mittel aus der Privatisierung der Landes-Hypothekenbank im Ausmaß von 1,516 Milliarden Schilling einer eigenen Rücklage „Erlöse aus der Privatisierung der Hypo-Bank“ zugeführt worden.

Die Aufrechterhaltung der Stabilität des Landeshaushaltes mag eine Begründung für diese budgetäre Maßnahme sein. Um der Steiermark durch diese Privatisierung zusätzliche Wertschöpfung mit zusätzlicher Beschäftigungsauswirkung zu verleihen, sollte vor allem in jene Projekte, die keine Folgekosten verursachen, im Rahmen eines einzurichtenden „Zukunftsfonds Steiermark“ aus diesen Mitteln zweckgebunden – möglicherweise auch über Beteiligungen – investiert werden.

Ziel des „Zukunftsfonds Steiermark“ soll sein, Projekte zu finanzieren, die den Standort Steiermark und die Lebensqualität in der Steiermark aufwerten sowie zusätzliche Arbeitsplätze schaffen werden.

Aus diesem Programm sollen vorrangig Projekte finanziert werden, die die wirtschaftliche Regionalentwicklung beschleunigen. Dabei werden Projekte mit hoher regionaler Wertschöpfung, mit einem hohen Innovationsgrad, Projekte, die die Exportquote deutlich steigern oder deutliche Arbeitsplatzeffekte, insbesondere im Bereich von qualifizierten Stellen oder von Arbeitsplätzen für benachteiligte Gruppen zeigen, bevorzugt (zum Beispiel Werkstoffkompetenzzentrum Leoben, Ventures Capital, Sonderprojekte für Landesstraßen, Stadthalle Graz, Holding-Tourismusprojekte

et cetera). Darüber hinaus sollen interdisziplinäre Projekte zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Tourismus und Kultur sowie Pilotprojekte mit Leitbildfunktion und überregionaler Ausstrahlung finanziert werden.

Regional gesehen sollen Projekte in der Obersteiermark (zum Beispiel Wirtschaftspark Obersteiermark) und in der Südostregion (Grenzraum zur EU-Südost-erweiterung) bevorzugt behandelt werden.

Bei jedem zur Finanzierung beziehungsweise zur Umsetzung eingereichten Projekt ist ein geeignetes fachliches Projektmanagement für die Umsetzung des Projektes nachzuweisen und ist sicherzustellen, daß nach der Entscheidung über die Finanzierung durch den „Zukunftsfonds Steiermark“ die Ausfinanzierung des Projektes gewährleistet ist. Darüber hinaus muß der nachfolgende Betrieb ohne den weiteren Einsatz von Landesmitteln sichergestellt sein. Der Einsatz der zweckgebundenen Fondsmittel soll somit die Startmöglichkeit für regionalwirtschaftlich bedeutsame Projekte sicherstellen.

Dieser Fonds soll mit dem Verkaufserlös der Hypo-Bank-Aktien in der Höhe von 1,516 Milliarden Schilling und allfälligen weiteren Privatisierungserlösen, die dem Land Steiermark zufließen werden, dotiert werden.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den einer eigenen Rücklage zugeführten Erlös aus dem Verkauf der Aktien der Landes-Hypothekenbank in der Höhe von 1,516 Milliarden Schilling in Maßnahmen zur Verbesserung des Standortes Steiermark zu investieren und zweitens dem Landtag ein Konzept über einen „Zukunftsfonds Steiermark“ vorzulegen, in dem jene Projekte Priorität haben, die die höchste zusätzliche regionale Wertschöpfung, einen zusätzlichen Export- und einen zusätzlichen Arbeitsplatzeffekt erzielen. Die besonderen Erfordernisse der Obersteiermark und der Südostregion (Grenzraum zur EU-Südost-erweiterung) sind dabei zu berücksichtigen.

Verehrte Damen und Herren, ich ersuche Sie sehr höflich, diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu erteilen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.20 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (18.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag einbringen. Und zwar ist das Kinderbetreuungs- und das Kinderförderungsgesetz ja in aller Munde, offensichtlich wird es auch zu einem Wahlkampfthema werden, das zeichnet sich schon ab. Wir sind der Meinung, wenn das Land schon 1,6 Milliarden aus dem Erlös der Hypo lukriert hat, daß es sinnvoll wäre, einen Teil davon – und zwar genau 500 Millionen Schilling – für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Und zwar aus dem einen Grund, zumal Landesrat Ressel laut unseren Informationen nur bedingt diesem Betreuungs- und Förderungs-

gesetz in der Landesregierung zugestimmt hat, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß er die Entwicklung des Bundes in bezug – wenn ich das richtig verstanden habe, es war etwas kompliziert, dieses Schreiben – auf den Finanzausgleich nicht absehen kann und daher er auch nicht weiß, inwieweit und vor allem auch wie schnell dieses Kinderbetreuungsförderungsgesetz umgesetzt werden kann. Deshalb sind wir der Meinung, 500 Millionen Schilling für die Kinderbetreuung und das Kinderbetreuungsförderungsgesetz zur Verfügung zu stellen, wäre sinnvoll, zumal die Kindergärten und Horte sofort umgesetzt werden könnten, und zwar nicht erst im Jahre 2001 beziehungsweise im Jahre 2003.

Ich möchte daher den Antrag stellen, die Landesregierung wird aufgefordert, zusätzliche 500 Millionen Schilling vom Verkauf der Hypo-Bank zweckgebunden für jene Mehrkosten vorzusehen, die entstehen, wenn das geplante Kinderbetreuungsförderungsgesetz auch für Kindergärten und Horte sofort eingeführt wird. Dies würde bedeuten, daß die Dauer für eine volle Umsetzung des Gesetzes von zehn Jahren um mindestens drei, auf sieben Jahre reduziert wird. Ich ersuche um Annahme. Danke! (18.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Er hat das Wort.

Abg. Gennaro (18.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Freund Straßberger, nach deiner Wortmeldung habe ich den Eindruck gehabt, in der Sache selbst hast du eigentlich nicht viel kritisieren können, weil ja die Fakten klar am Tisch liegen. Ich habe vielmehr den Eindruck gehabt, erstens einmal, daß ihr eure mitgetragenen Landtagsbeschlüsse über das Budget nicht wahrhaben wollt, und zweitens habe ich herausgehört, daß das fast nur so quasi eine gekränkte Eitelkeit ist, weil der zuständige Landesrat mit dem nichtzuständigen Landesrat vorher angeblich nicht gesprochen und diskutiert hat. Ich darf euch nur noch einmal daran erinnern, daß wir bei dem Budget im Punkt 11 gemeinsam beschlossen haben, außer die Freiheitlichen, die haben das Budget nicht mitgetragen, daß zur Finanzierung – (Abg. Dr. Brunner: „Wir auch nicht!“) Ja, Sie auch nicht. Sie sind so klein, ich habe vergessen, Entschuldigung, nur die zwei großen Regierungsverantwortlichen haben das beschlossen, daß zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes und so weiter von rund 3,87 Milliarden Schilling vorrangig allfällige Erlöse aus Teilprivatisierungen heranzuziehen sind. Was die Situation betrifft, Prognose über das Jahr 2000 hinaus, glaube ich, wenn man das ein bißchen realistisch sieht – wir werden ja auch noch Gelegenheit haben, das Budget 2000 zu diskutieren, aber alles, was darüber hinausgeht, ist zur Zeit meiner Meinung nach eine Kaffeesudleserei, weil niemand zur Zeit abschätzen kann, wie sich die Verhandlungen in der Frage Steuerreform auswirken werden, in welcher Form der Finanzausgleich nach dem Jahre 2000 sich abspielen wird, wie die neuen Krankenanstaltenfinanzierungen sind, wie sich die Volkszählung auswirken wird und eben die künftige EU-Finanzierung. Wir haben beschlossen, dieses Geld, diese 1,6 Milliarden Schilling in der Rücklage zu be-

lassen, bis – und das steht auch deutlich drinnen – diese Situationen, die ich jetzt genannt habe, aufgeklärt werden können. Im großen und ganzen muß ich sagen, freue ich mich auch persönlich, daß wir sicher keine Jubelstimmung haben, man muß aber auch die Kirche im Dorf lassen, und das gleiche, was für die ÖVP bei der Wirtschaft immer gilt, daß eh alles in Ordnung ist, das nehme ich jetzt für mich in Anspruch und sage, wir können und müßten eigentlich stolz sein, daß wir von der Ausgangssituation 1995 im Budget eigentlich – und das bestätigt der Wirtschaftsförderungsbericht von Dr. Lehnier – relativ gut liegen. Ich will nicht sagen super, aber gut liegen, indem wir unsere Hausaufgaben erfüllt haben, daß wir die Einsparungsvorgaben, wenn ich auf das Jahr 1996 zurückgehe, wo wir 6,7 Prozent gehabt haben, 1997 10 Prozent, wo wir in den Doppelbudgets 98/99 eben auch durch die Zielvorgaben, die die Landesregierungsmitglieder dann einzuhalten gehabt haben, relativ gut liegen. Was die Einnahmensituation betrifft, hat der Herr Landesrat im letzten Finanz-Ausschuß – wo ich leider nicht dabei sein konnte, ich habe es mir berichten lassen – bereits erklärt, daß wir fast punktgenau mit den Prognosen sind. Und wenn man sagt, ob es sinnvoll ist, einen Bericht zu diskutieren, der im März in Auftrag gegeben wird und praktisch ein Jahr zurückliegt, dann darf ich nur eines vermerken, für mich ist es schon sinnvoll, insofern weil man erkennen kann – und Prognosen schwanken immer, auch im Wirtschaftswachstum. (Abg. Straßberger: „Kollege!“)

Das weißt du, du bist ein Finanzexperte, der bin ich nicht. Ich bin nicht so ein Insider wie du, aber ich beschäftige mich halt auch damit und hoffe, das zu verstehen, daß bitte Prognosen – (Abg. Mag. Hartinger: „Er ist ein Experte!“) Ja, aber er ist ein Überexperte, das bin ich nicht, er ist ja im Finanzbereich beschäftigt und hat daher mehr Zugang, liebe Beate. Man muß das auch zugeben, man muß auch erkennen, wo sein Horizont ist oder sein Plafond ist. Das ist bei dir schwer, weil du weißt alles, aber ich weiß, wo meine Grenzen sind, nur nebenbei gesagt. (Beifall bei der SPÖ.)

Daß diese Entwicklung der Prognosen sicherlich auch immer schwankt, was das Wirtschaftswachstum ist, aber es sind kleinere Nuancen. Im Grundsatz nachliegen wir, bestätigt bitte, mit unserer Vorgangsweise relativ gut. Und wenn man sagt, bei 13 Milliarden Ertragseinnahmen, daß wir plus/minus 100 Millionen in der Prognose liegen, glaube ich, ist das ein hervorragendes Ergebnis. Daher glaube ich sehr wohl, und auch bestätigt von der Klubobfrau Mag. Bleckmann – da habe ich nur gleich die Ohren angelegt, wie sie gesagt hat, nach dem Bericht, es ist eh alles in Ordnung, alles super, alles paletti. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das steht in dem Bericht!“) Das steht in dem Bericht, der ist ja bitte auch bestätigt vom Wirtschaftsforschungsinstitut. Also ist er nicht vom Landesrat Ressel gemacht, sondern wir haben da ein Dokument, wo wir sagen können, das waren andere, weil sonst hätten wir gleich wieder politische Einfärbung dokumentiert. Das ist nicht der Fall. Ich freue mich.

Auch die Zinsentwicklung ist dahingehend aufgezeigt, daß wir relativ auf dem richtigen Weg sind. Wenn man ausgeht, daß wir 1991 noch echte Fremdmittel von 14 Milliarden gehabt haben und jetzt er-

kennen können, daß wir rund 12 Milliarden haben, ist auch diese Entwicklung, meiner Meinung nach, sehr positiv.

Daher können und werden wir den Entschließungsantrag der ÖVP nicht unterstützen. Ich weiß, im Prinzip ist es so, da spielt eigentlich schon am Beginn die gekränkte Eitelkeit mit und die Überlegung, das kannst heräuslesen dabei, der Paierl will sich das ganze Geld unter den Nagel reißen, wobei wir dementsprechend jetzt aufgezeigt haben, welche Entwicklung sich darstellen kann. Es ist immer besser, man hat noch etwas in der Kasse, als wenn man blank ist. Nach den Überlegungen und nach den Forderungen wäre das Geld nicht erst einmal, sondern schon dreimal weg, Herr Landesrat, glaube ich, weil die Begehrlichkeit sehr groß ist.

Daher bringen wir einen Entschließungseintrag ein der Abgeordneten Gennaro und Dr. Flecker.

Der Steiermärkische Landtag hat bei der Beschlufassung des Landesvoranschlages 1999 unter Punkt elf folgendes beschlossen:

„Elftens: Zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes von rund 3,87 Milliarden Schilling sind vorrangig allfällige Erlöse aus (Teil)Privatisierungen heranzuziehen.“

Das Sonderinvestitionsprogramm für diese Legislaturperiode enthält wichtige Leitprojekte, die für die Regionalentwicklung in sämtlichen Regionen von großer Bedeutung sind, die mit erheblichen Arbeitsplatzeffekten verbunden sind und eine hohe Wertschöpfung für die Region bedeuten.

Beispielsweise handelt es sich bei diesen Projekten um große Investitionen auf den Schibergen der Dachstein-Tauern-Region und im Murtal, um Investitionen in der Thermenregion, um den Neubau der Krankenhäuser Hartberg und Weiz, um wichtige Straßenvorhaben in der gesamten Steiermark, um Investitionen im Bereich der Berufsschulen und kultureller Einrichtungen (Landesarchiv, Joanneum) sowie die internationale Gartenschau im Jahr 2000 und vieles mehr.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Projekte des Sonderinvestitionsprogrammes weiterhin zügig umzusetzen und dabei darauf zu achten, daß eine möglichst hohe regionale Wertschöpfung erzielbar ist, um damit eine möglichst große Anzahl heimischer Arbeitsplätze zu sichern. Ich ersuche um Unterstützung. Beifall bei der SPÖ. – 18.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (18.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich lausche mit einem gewissen Amusement dem Schlagabtausch zwischen ÖVP und SPÖ, die beide in der Landesregierung sitzen. Dieser Schlagabtausch ist für mich ein weiteres Beispiel in einer langen Kette von Beispielen dafür, daß diese Proporzregierung abgeschafft gehört, daß diese Proporzregierung nicht bereit und fähig ist, von ihrer Konstruktion her, ein schlüssiges Regierungsprogramm für eine Regierungs-

periode zu erstellen, und dieses Regierungsprogramm dann auch umzusetzen. Meine Damen und Herren, die Frage, wie 1,6 Milliarden Schilling Privatisierungserlös verwendet werden sollen, ist ja nicht eine Lapalie des Streites, sondern da zeigt sich eine ganz grundsätzliche, unterschiedliche Auffassung im Hinblick auf Regierungstätigkeit zwischen ÖVP und SPÖ in diesem Land. In einer Mehrheitsregierung wäre das schlicht und einfach nicht möglich. Auch dort wird gestritten, aber wenn man sich dort über eine substantielle Frage nicht einigen kann, dann wird der entsprechende Vertretungskörper aufgelöst und es wird so quasi das Volk gefragt, diesen Streit in der Form von Wahlen zu schlichten. Einmal mehr ein ganz gravierendes Beispiel dafür, daß diese Proporzregierung nicht mehr die Probleme dieses Landes tatsächlich lösen kann.

Die Einlagezahlen, die hier zu debattieren sind, sind zwei. Es geht um eine modifizierte Budgetvorschau bis zum Jahr 2000 und um eine Vorschau über das Jahr 2000 hinaus, ein Beschluß des Landtages unter Federführung von Frau Mag. Bleckmann. Und das zweite, ein Beschluß des Landtages, daß ein Konzept, betreffend die Verwendung des Privatisierungserlöses Hypo-Verkauf, vorgelegt wird, unter meiner Federführung.

Beiden Anträgen, meine Damen und Herren, und beiden Beschlüssen des Landtages wird durch die beiden Regierungsvorlagen nicht Rechnung getragen, weder durch die Regierungsvorlage Budgetvorschau, noch die Regierungsvorlage Hypo-Bank-Erlöskonzept, und das Liberale Forum wird daher gegen beide Anträge stimmen.

Zum Ersten: Budgetprognose. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wenn man sagt, daß eine Budgetvorschau über das Jahr 2000 hinaus nicht möglich ist. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, ist eine solche Budgetvorschau über das Jahr 2000 hinaus mit vielen Unwegbarkeiten behaftet. (Abg. Straßberger: „Auch nicht zielführend!“) Ich verneine auch, daß es nicht zielführend sei. Selbstverständlich gibt es viele Unwegbarkeiten, du hast auch einige genannt, wie beispielsweise die Steuerreform, aber meine Damen und Herren, wichtige Untergliederungen dieses Landes, wie die KAGES, müssen über das Jahr 2000 hinaus ihre mittelfristige Budgetvorschau machen, und sie machen es auch, obwohl sie von diesen Rahmenbedingungen abhängig sind.

Meine Damen und Herren, alle Unternehmungen in diesem Land müssen ihre Konzepte, ihre Vorschau und ihre Planungen über das Jahr 2000 hinaus machen, obwohl sie zum Beispiel dabei und damit von der Steuerreform abhängig sind.

Ich habe überhaupt kein Verständnis, wenn das Land als öffentlicher Haushalt sagt, aber bitte, wir können unsere Vorstellungen nur bis zum Jahr 2000 entwickeln, was dann passiert, ab dem Jahr 2000, das wissen wir nicht, weil es mit Unwegbarkeiten behaftet ist.

Erstens einmal gibt es die Möglichkeit, durch zwei, drei, vier Szenarien, einige mögliche Variable einzufangen, und solche sind nicht drinnen, Herr Kollege Straßberger, deswegen stimmen wir auch nicht zu. Durch einige Szenarien irgendwelche Trends und Linien, betreffend eine Budgetsituation über das Jahr